DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

294 26. JAHRGANG März 2009 4,50 €

AUS DEM INHALT:

MONDRAGÓN

Das Handelsunternehmen Eroski war bisher schon eine große baskische Kooperative mit mehr als 8.000 TeilhaberInnen aus der Belegschaft. Mitten in der extremen Wirtschaftskrise Spaniens hatte die Hauptversammlung im Januar beschlossen, allen 52.000 Beschäftigten der Eroski-Gruppe, die zum baskischen Kooperativenverband Mondragón gehört, das angenehme Angebot zu machen, TeilhaberInnen zu werden, womit die weltweit größte Kooperative entstehen soll. Seite 3

GENTECHNIK

2009 soll es zu einer Ballung gentechnischer Experimente in der Obhut des staatlich getragenen »Agro-Biotechnikums« in Groß Lüsewitz (Mecklenburg-Vorpommern) kommen. Das jedenfalls wollen die Betreiber von mehreren Versuchsfeldern mit Weizen, Gerste, Kartoffeln und Petunien. Zur Zeit laufen mehrere Antragsverfahren – und Protest kündigt sich an. Seite 5

HAUSRETTUNG

Nach grundlegenden Gedanken und Ratschlägen aufgrund einschlägiger Erfahrungen, die in den ersten beiden Folgen behandelt wurden und den Reflexionen über den Weg in die Reparatur-Gesellschaft in der dritten Folge, geht es im vierten Teil unserer Artikelserie um die Frage, warum es besser ist, in einem alten Haus zu wohnen. Autor Konrad Kantstein nennt sieben gute Gründe auf Seite 6.

NICARAGUA

»Ende des Schweigens – 46 Jahre Diktatur sind genug« war vor 30 Jahren eine der Losungen, die sich ganz konkret durch eine Botschaftsbesetzung in Bonn und der Forderung nach Abbruch der Beziehungen der BRD-Regierung mit dem Somoza-Regime und der Entziehung der Konzernvollmachten von Mercedes und Siemens manifestierten. Projektarbeit im historischen Kontext beschreibt das Wuppertaler »Informationsbüro Nicaragua« in seinem Beitrag auf Seite 11.

DEBATTE

Immer wieder taucht die Frage auf, was denn damit gemeint sei, wenn von Krise die Rede ist. Welchen Charakter hat diese und was genau gerät da eigentlich in die Krise? Wie verhält sie sich zu Branchenkrisen und konjunturellen Krisen? Sollten wir es gar mit einer System- oder darüber hinaus mit einer Menschheitskrise zu tun haben? Diese und weitere Fragen stellt Julian Bierwirth in seinem Debattenbeitrag und plädiert für neue Formen des sozialen Miteinanders ohne die Logik von Ware, Geld und Staat. Seite 12

www.contraste.org

DIE SCHÖNE NEUE WELT DES WEB 2.0

Selbstorganisation im Social Web

Mit den neuen Möglichkeiten des Web 2.0 / Social Web verändert sich die Art und Weise, wie Menschen sich miteinander verständigen und wie sie kooperieren. Ein Leben ohne Internet ist heute kaum noch vorstellbar, und mit dem Web 2.0 verschwinden zunehmend die Grenzen zwischen den wenigen, die etwas veröffentlichen, und den vielen, die es lesen.

Das Konzept der »schnellen« Webseiten wurde nach dem Schnellbus »Wiki-Wiki« auf dem hawaiianischen Flughafen Honolulu benannt Foto: zordroyd/flickr.com

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Entgegen der marktliberalen Annahme eines nur auf den eigenen Vorteil bedachten Homo Oeconomicus zeigte sich schon in der erfolgreichen Entwicklung freier Software, dass unglaublich viele Menschen weltweit stattdessen eine große Bereitschaft zur Kooperation entwickeln, wenn ihnen die Möglichkeiten dafür zur Verfügung stehen. Der neue Homo Cooperativus widerspricht in seinem Verhalten nicht nur den Erwartungen kapitalistischer Konkurrenz, sondern auch manch klandestinen Gewohnheiten linker Bewegungen. Immer mehr Bereiche des Lebens finden öffentlich statt, Wissen und Ressourcen werden anderen zur Verfügung gestellt. In Communities wie Facebook, StudiVZ oder MySpace geben Menschen bereitwillig Auskunft über sich, lassen die Welt teilhaben an ihrem täglichen Tun und tauschen in globalen Freundeskreisen ihre Gedanken und vielerlei Daten aus.

Wer ein Anliegen hat, bringt es in Diskussionsforen oder Themenportale ein, oder schreibt gleich im eigenen Blog. Fachliche, kulturelle oder politische Themen können von vielen gemeinsam bearbeitet werden. Diese demokratischen Prozesse können als Summe vieler Einzelauffassungen qualitativ hochwertige Ergebnisse einer neu entstehenden »Schwarmintelligenz« hervorbringen, aber auch in banaler Geschwätzigkeit verpuffen.

Weltweit gespannte Netzwerke schaffen unendliche Kommunikationsmöglichkeiten. Jede und jeder hat die Chance, sich neu zu erfinden und mit frei gewählten Nicknames und selbst gestylten Aliasen in der virtuellen Welt Freundschaften zu schließen. Das kann ebenso einen Ersatz darstellen für Einsamkeit und Isolation in der realen Welt, als auch eine Bereicherung. Bestenfalls entspringen aus virtuellen Netzwerken Aktivitäten und selbstorganisierte Initiativen in der realen Welt.

Das so genannte »Web 2.0« oder »Social Web« ist nicht »sozial« im Sinne von charity, sondern als »gesellschaftlich« zu verstehen. Alle können daran Teil haben – sofern sie einen Zugang zur dafür erforderlichen Technologie, die nötigen Mittel und entsprechendes Wissen haben. Genau wie in der realen Welt bilden sich auch im Internet Gated Communities, wie zum Beispiel asmallworld.net, wo sich die an Geld und Einfluss Reichen vernetzen. Es gibt nichts Richtiges im Falschen, und so bringt jede emanzipatorische Errungenschaft auch Schattenseiten mit sich.

Nach einem einführenden Beitrag von Timo Luthmann, in dem er einen Überblick gibt zu Kennzeichen, Möglichkeiten und Problemen des Web 2.0, werfen wir mit Gabriele Hooffacker einen Blick zurück in die Zeit vor 20 Jahren, als noch grundsätzliche Debatten geführt wurden um den Einsatz von Computern, und die ersten selbstorganisierten digitalen Kommunikationssysteme entstanden. CONTRASTE gehörte damals schon zu den ersten, die diese in der redaktionellen Zusammenarbeit nutzten.

Mit Möglichkeiten und Grenzen des Webs 2.0 für politische Arbeit setzt sich Wiebke Johanning auseinander, und Jochen Schmück zeigt am Beispiel der Wiki-Software auf, wie digitale Zusammenarbeit aussehen kann. Um eine breite Teilhabe an der Welt des Internet zu ermöglichen, bauen Freifunk-Initiativen eigene Netzwerke auf, die einen Zugang ohne kostenpflichtige Provider ermöglichen. Bernd Hüttner interviewte den Berliner Freifunker Jürgen Neumann. Die Rezension eines Standardwerks zum Web 2.0, ebenfalls von Bernd Hüttner, rundet unseren Schwerpunkt ab.

Weil das Thema aber damit noch lange nicht erschöpft ist, werden wir in den nächsten Ausgaben weitere Beiträge dazu veröffentlichen. Unter anderem geht es dann um die Chancen, die das Social Web für Menschen mit Behinderungen bietet, um Mikroblogging als Hilfsmittel für politische Aktionen, aber auch um die Schattenseiten der IT-Branche und um die Frage, wie das alles nun weiter geht – was wird das Web 3.0 bringen?●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Hier ist Platz für Anzeigen

von Projekten, Betrieben, Verlagen etc.

Format:
36 x 90 mm
Preis:
108 EUR Netto
Kontakt:
contraste@online.de

4. STUTTGART OPEN FAIR (SOFA)

Perspektiven für ein anderes Stuttgart

Über 8.000 Menschen besuchten am Samstag, den 31. Januar, das 4. Stuttgart Open Fair (SOFa 2009) auf dem zentralen Schlossplatz in Stuttgart. Das im offenen Netzwerk von über 50 Initiativen veranstaltete Festival des Wandels bot ein vielfältiges Programm unter dem Titel »Energie für eine andere Welt«. Die BesucherInnen konnten auf der »WeltBühne« in Liveschaltungen die Atmosphäre des gleichzeitig stattfindenden Weltsozialforums in Belém miterleben.

Peter Streiff, Red. Stuttgart ● Ausgehend vom Brennpunkt des Weltsozialforums, der Abholzung des Regenwaldes in Amazonien, hatten sich die InitiatorInnen des Stuttgart Open Fair (SOFa) zum Ziel gesetzt, »Perspektiven für ein anderes Stuttgart« zu entwickeln und aufzuzeigen. Das Festival am letzten Januarwochenende umfasste verschiedenartige Veranstaltungsformen – ein »WeltStattMarkt« in der Fußgängerzone, thematische Workshops und kulturelle Highlights.

Dabei deckten die VeranstalterInnen ein breites Themenspektrum ab:
● Kritik am Agrobusiness und Entwicklung neuer Energien,
● Klima für Frieden und soziale Gerechtigkeit,
● Machtwirtschaft oder solidarische Ökonomie.

Die Suche nach Lösungen für die akuten globalen Krisen zog sich durch das ganze Festival. In der Auftaktveranstaltung rief Susan George, Mitgründerin von Attac, dazu auf, die Finanzmarktkrise zu nutzen, um die tiefer liegenden, sozialen und ökologischen Krisen zu lösen. Dies könne nur durch ein Zurückführen der Banken auf ihr Kerngeschäft, die Kreditvergabe, unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten erreicht werden. »Spekulationsgeschäfte gehören verboten.«

Das selbstverwaltete Kulturzentrum »Forum 3« lockte 400 BesucherInnen in Workshops über die Finanzmarktkrise, 60 Jahre Nato, Welthandel, Globale Soziale Rechte, Agrotreibstoff, Alternative Energien und Gentechnik.

Ursula Sladek von den Elektrizitätswerken Schönau zeigte eine Perspektive »2013 – Stuttgarter Stromnetz in Bürgerhand« auf. »Das ist möglich« so Sladek, »wichtig ist, jetzt schon zu planen. In Schönau brauchten wir 46 Gemeinderatsitzungen und zwei Bürgerentscheide, bis wir letztendlich das Stromnetz erwerben konnten.«

»Mit dem Stuttgart Open Fair bringen wir das Weltsozialforum und das Engagement für eine gerechtere, friedlichere und ökologisch nachhaltige Welt mitten auf den Schlossplatz«, sagte Johannes Lauterbach, Mit-Organisator des SOFa 2009. »Wir zeigen, dass die Lösung globaler Probleme hier bei uns gesucht werden muss und es dafür vielfältige Ansätze sowie eine breite Bewegung engagierter Menschen gibt.« Hierin wurde er auch von den GesprächspartnerInnen aus Belém während der Liveschaltung bestärkt.

Über 40 Infostände säumten den »WeltStattMarkt« auf dem Schlossplatz. Während die vergangenen »SOFas« eher von entwicklungspolitischen Gruppierungen getragen wurden, gelang es in diesem Jahr, verschiedene aktive Bürgerinitiativen, Jugendgruppen und auch Gewerkschaften mit ins Boot zu holen. So buhlten auf dem Schlossplatz der Weltladen mit fair gehandeltem Kaffee, die AktivistInnen mit Infos gegen das Bahn-Monster-Projekt Stuttgart21 und die BUNDjugend mit dem »Kohlosaurus« – einer CO_2-Schleuder – um die Aufmerksamkeit der PassantInnen. Unter aktiver Beteiligung der lokalen Verdi-Spitze gründete sich am SOFa ein linkes Bündnis, das lokale Perspektiven gegen die Finanzmarktkrise entwickeln will.

Das SOFa hatte sich zur Aufgabe gemacht, zivilgesellschaftliches Engagement und lokale Lösungen für globale Fragen vielen Menschen zugänglich zu machen. »Deswegen gingen wir mit dem WeltStattMarkt am Samstag auf die Königstraße, um die Leute beim Einkaufen und Bummeln abzuholen«, so Reinhard Hauff vom DEAB, dem Dachverband entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen. »Das Stuttgart Open Fair ist ein Erfolgsrezept, um mit den Themen der Globalisierung, Umwelt und der Sozialen Bewegung die Menschen auf der Straße anzusprechen.«●

Programm, Infos und Bilder unter: www.stuttgart-open-fair.de

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Mannichl, die Polizei und die Linke
Es ist bereits einige Wochen her, aber noch immer beschäftigt ein bemerkenswerter Vorfall Medien und Öffentlichkeit. Dabei deutete sich frühzeitig an, dass hier vor allem die Polizei – wie üblich – ein falsches Spiel spielte. Doch Beifall war ihr gewiss, auch und gerade von »links«, denn einiges spricht dafür, dass peinliche Vorgänge innerhalb der Polizei diesmal auf Rechtsradikale abgewälzt wurden. Billiger Beifall war die Folge statt skeptischer Blicke auf die Propaganda der Uniformierten.

Was war geschehen? Laut Polizei und bürgerlichen Medien hatten Rechtsradikale den Passauer Polizeichef niedergestochen. Der war plötzlich ein Held in Uniform – wohlgemerkt: Der Polizeichef im schwarzbraunen Passauischen. Dabei war sofort erkennbar, dass die Ermittlungen der Polizei mindestens schlampig liefen ... und die Tatwaffe aus dem Haus des Polizeichefs selbst stammte. Als Rechte eine Demo gegen die Vorverurteilungen durchführen wollten, forderten Linke deren Verbot. Ohne die Rechtsradikalen schützen zu wollen: Das war ebenso eine peinliche Hilfstruppentätigkeit für Staat und Repression wie ähnlich ausgerichtete Berichte in »linken« Zeitschriften. Am 17.12.2008 stellte die *Junge Welt* die Messerattacke als rechte Tat dar (S. 15). Zu Wort kamen als Verfechter des Guten der bayrische Innenminister und der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft. Gleichzeitig entblödete die *VVN-BdA* sich, die Attacke auf einen Polizeichef als schlimmer einzustufen als Attacken auf Obdachlose oder Ausländer: »Richtete sich der Terror von Rechtsextremisten – über 130 Tote in den letzten beiden Jahrzehnten – bisher vor allem gegen Ausländer, gegen Obdachlose oder von den Nazis als »links« Verdächtigte und alle Menschen, die sich ihnen entgegenstellen, so zeigt die Tat vom Wochenende die erschreckende Konsequenz der auch in Bayern immer stärker werdenden Nazipropaganda.«

Erst am 8.1.2009 wagte die bürgerliche *Süddeutsche Zeitung,* Ungereimtheiten zu benennen. Tags darauf räumte die Staatsanwaltschaft Versäumnisse ein. Ausgerechnet die Linken-MdB Jelpke blies am 12.1.2009 in *Junge Welt* weiter zur Ehrenrettung des Polizeichefs. Am 19.1.2008 (*Frankurter Rundschau*, S. 8) wurde dann bekannt, dass die Polizei von Anfang an wusste, dass die rechtsradikalen Verdächtigen nichts mit der Tat zu tun hatten. Der Staatsschutz hatte sie hundert Kilometer entfernt in Erding bei München beobachtet. Verhaftet wurden sie aber trotzdem ... der Nazitäterthese wegen.

Ein Jahr in Haft
Am Samstag, dem 09. Februar 2008 wurde Natalja während der Demonstration gegen die jährliche NATO-Sicherheitskonferenz in München verhaftet. Ihr wird vorgeworfen, sich gewalttätig Polizeimaßnahmen widersetzt zu haben. Gegen sie wurde ein Haftbefehl erlassen und sie befindet sich seitdem in München hinter Gittern. Natalja wurde schon während des G8-Gipfels im Sommer 2007 in Deutschland verhaftet und zu zehn Monaten Haft verurteilt. Außerdem hat sie ein drittes Verfahren, da sie bei einer Demonstration am 1. Mai des selben Jahres festgenommen wurde. Kommen keine weiteren rechtskräftigen Verurteilungen, wird Natalja am 6. Juni entlassen. Von ihr stammen die Sätze: »Für mich begann die Gefangenschaft mit einer Art Schock, der langsam verschwindet. Er wird ersetzt durch einen Zustand der dauerhaften Betrübnis, die ist jedoch eher im Hintergrund und wird mit einer starken Schicht Müdigkeit, Langeweile und Erschöpfung bedeckt.«
Solidaritätsseite: http://natalja.blogsport.de/

Neue Schlagstöcke
Bei immer mehr Polizeieinheiten wird ein Teleskopschlagstock aus Stahl eingeführt. Er wiegt 500g, kann auf 50 Zentimeter ausgefahren werden, schwere Verletzungen hervorrufen und heißt *EKA*. Das bedeutet »Einsatzstock Kurz Ausziehbar«. Er soll ab Sommer unter anderem in Hamburg den alten Gummiknüppel ablösen. Der »EKA« wird von der Fa. Bonowi hergestellt und vertrieben. Ein deutscher Vertrieb schrieb: »Dieser Artikel ist ausweispflichtig – Bitte senden Sie uns eine Kopie Ihres Ausweises und Dienstausweises (Behörden – B.O.S), WBK, oder Befähigungsnachweis (Multiplikatorenausbildung, Trainerurkunde, Ausbildungsnachweis IHK o.ä.) per Fax oder email. Dieser Artikel wird mit der Seriennummer auf diesen Nachweis registriert und ist somit von der Rückgabe ausgeschlossen!« Mehr und etwas wirre Zusatzinformationen unter:
www.de.indymedia.org/2009/01/240311.shtml.

Indymedia-Computer beschlagnahmt (England)
Am 22. Januar 2009 wurde ein Server von Indymedia UK in Manchester von der Polizei beschlagnahmt. Die Anordnung ging von einem Richter an die Polizei in der Grafschaft Kent. Die Beschlagnahme steht womöglich in Zusammenhang mit Artikeln, die über das »SHAC 7-Verfahren« berichteten. In diesem Verfahren wurden am 21. Januar sieben AktivistInnen der Kampagne »Stop Huntingdon Animal Cruelty (SHAC)« zu insgesamt 50 Jahren Haft verurteilt. Quelle: telepolis.

Verfahren gegen Klima-AktivistInnen
Am 20. August 2008 besetzten etwa 40 Personen die Baustelle des Vattenfall-Kohlekraftwerks in Hamburg-Moorburg. Von einem Kran ließen sie ein Transparent mit der Aufschrift »Energiekonzerne enteignen«. Mehrere hundert KlimacamperInnen und HamburgerInnen machten sich spontan von einer Demonstration in Wilhelmsburg auf den Weg, um die AktivistInnen zu unterstützen. Die Polizei kesselte zunächst die BesetzerInnen am Boden der Baustelle ein und nahm sie in Gewahrsam. Dann löste sie die Kundgebung vor dem Kraftwerk mit der Begründung auf, es sei Musik gespielt worden und daher kein politischer Zweck mehr erkennbar. Die DemonstrantInnen wurden weggetragen und Personalien aufgenommen. Nun erhielten sie Bußgeldbescheide über 100 EUR, gegen die viele Widerspruch einlegten. Ein Aktivist erhielt einen Strafbefehl wegen Widerstandes – er legte Widerspruch ein. Da Vattenfall Strafanzeige gegen die BesetzerInnen gestellt hat, laufen weitere Verfahren wegen Hausfriedensbruch. Info:
www.de.indymedia.org/2009/01/240035.shtml.

Wieder Toter in Polizeigewahrsam
In der Nacht zum 17.1. starb in Ilmenau ein 28-Jähriger im Polizeigewahrsam. Bei dem Toten handelt es sich um einen Menschen aus der Punk-Szene in Ilmenau. Im Gewahrsam der Polizei kommen immer wieder Menschen zu Schäden oder gar zu Tode. Die Umstände lassen sich fast nie aufklären, weil die BeamtInnen sich gegenseitig decken, gemeinsam das Opfer beschuldigen oder Nichtwissen heucheln. Selbst in den wenigen Fällen, in denen PolizistInnen wegen Gewalttaten angeklagt wurden, kam es meist zu Freisprüchen. Fallsammlung:
www.polizeizeugen.de.vu.

Jörg Bergstedt

AKTION 2009

Redaktion Heidelberg ● Erfreuliches gibt es vom Kongress »Solidarische Ökonomie«, der vom 20. bis 22. Februar in Wien stattfand, zu berichten. Der Stand unseres Zeitungsprojektes erfuhr regen Zulauf durch die etwa 800 BesucherInnen des Kongresses. Gut 300 Zeitungsausgaben wurden unter die Menschen gebracht und sieben Schnupperabos wurden am Stand geordert. Wir hoffen, dass sich das bald auch in der Abostatistik niederschlagen wird. Die sieht leider immer noch negativ aus. Im Monat Februar gab es vier Neuabos, leider wieder fünf Kündigungen, darunter ein Abo, das wegen Nichzahlens der Abogebühr eingestellt werden musste. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 152+ Abos.

Weiterhin sehr positiv ist der Spendeneingang, seit Mitte November 2008 wurden insgesamt 4.600 EUR auf unserem Spendenkonto gutgeschrieben, wir benötigen nun noch 1.900 EUR, damit wir auch 2009 ohne Neuverschuldung über die Runden kommen. Schön wäre es, wenn die Restsumme bis zu unserem 25jährigen Jubiläum im Oktober eingehen würde.

Nachfolgend die eingegangenen Spenden, für die wir uns herzlich bedanken:

- Almuth Boyé, Baden-Baden (60 EUR)
- Michael Faulhaber, Naumburg (38 EUR)
- Norbert Schneider, Saalfeld (8,20 EUR)
- Michael Adam, Dortmund (5 EUR)
- Ensar Duran und Jochen Rodd, ??? (500 EUR)
- N.N., Saarbrücken (300 EUR)
- Christoph Geitz, Köln (40 EUR)
- Hans-Jörg Gehrken, Hamburg (50 EUR)

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2009

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2009: 1.900 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 152+ Neuabos

Wir hoffen weiterhin auf Eure Unterstützung! Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Konto-Nr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung).

Kostenlose Überdrucke für die Werbung auf Treffen & Tagungen können bestellt werden unter contraste@online.de●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

AUFRUF 2009:

Förderschwerpunkt: Illegalisierte

Aspirina D7 ist eine Stiftung mit dem Ziel, das Engagement für ein selbstbestimmtes Leben und die Schaffung autonomer (Über-)Lebensräume zu unterstützen. Auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, struktureller Gewalt und der damit verbundenen Ausgrenzung vorzubeugen und ihr wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen. Projekte und Initiativen, die von uns Mittel erhalten, sind:

- Einrichtungen, die zum Thema sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen arbeiten;
- Projekte im Bereich Antirassismus und MigrantInnenarbeit;
- Projekte die sich mit geschlechtsspezifischer Gesundheitsversorgung und -politik beschäftigen.

2009 wird eine Förderung in allen drei Bereichen stattfinden.

Es gibt gute Gründe, sich für Antirassismus und MigrantInnenarbeit einzusetzen: Menschen, die ihr Heimatland verlassen, tun dies zumeist nicht leicht und leichtfertig, sondern um Notlagen zu entkommen, die oft (welt)politisch produziert sind. Es ist menschenverachtend, wie weite Teile der Gesellschaft eines westlichen Einwanderungslandes agieren, das historisch und gegenwärtig auf der mächtigen und profitablen Seite innerhalb der weltpolitischen Konstellationen steht.

Aspirina D7 will sich für ein menschenwürdiges Leben und Miteinander einsetzen und sich solidarisch an die Seite derjenigen stellen, die auf Grund ihrer Herkunft ausgegrenzt und diskriminiert werden. Ziel unserer Förderung sind Gruppen und Initiativen, die die Situation von MigrantInnen sichtbar machen, sie konkret unterstützen oder ihre Situation zu verändern suchen. Ebenso unterstützen wir Projekte, die gegen Rassismus in der Gesellschaft arbeiten. Da unsere Mittel begrenzt sind, fördern wir dieses Jahr ausschließlich Projekte und Initiativen, die illegalisierte Menschen unterstützen. Dies kann sowohl die konkrete Arbeit mit illegalisierten Menschen sein, als auch Lobby- oder Öffentlichkeitsarbeit in deren Interesse.

Wir vergeben 2009 im Bereich Migration insgesamt Zuschüsse in einer Höhe von 10.000 EUR. Pro Projekt sind ein Zuschuss in einer maximalen Höhe von 3.000 EUR und ein Darlehen in einer maximalen Höhe von 10.000 EUR möglich.

Zu einem Antrag gehört das Antragsformular, eine einseitige Zusammenfassung eures Vorhabens mit einer Kurzdarstellung eurer Gruppe sowie die Beantwortung unserer Fragen auf 3-5 Seiten. Die Antragsunterlagen findet ihr unter www.AspirinaD7.de.

Nach Abschluss des Projektes erwarten wir einen geeigneten Bericht, den wir gegebenenfalls veröffentlichen, wenn nichts dagegen spricht. Richtet bitte eure Anträge (**auf Papier!**) bis zum **1.04.2009** an folgende Adresse:
Aspirina D7, Am Schlossberg7, 77887 Sasbachwalden
Bis Ende Juni werden wir uns bei euch melden!

Bis dahin solidarische Grüße
Aspirina D7

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Smoky Texas: Hamburg – Berlin

Mit anspruchsvollen politischen Texten, die sich jenseits von klassischen Klischees bewegen und einen zarten Grundoptimismus beinhalten, präsentiert sich die Hamburger Indy-Spaceband »Smoky Texas« auf ihrem Debütalbum »Hamburg – Berlin«. Die Texte, die aus der Feder von Sänger Uli Mentz stammen, beschreiben den alltäglichen Wahnsinn von Alltag, Konsum und Maloche, der in düsteren Szenarien dargestellt wird – »Es ist endloses Warten, es ist nie wie es soll // es kommt immer anders als gedacht. // schales Bier, wenig Schlaf, schöne Worte, die nichts taugen, // aber manchmal haben wir auch gelacht« (aus: »Jenseits von Allem«) – und dennoch gibt es immer wieder den Hoffnungsschimmer, dass nicht alles verloren ist. So endet der Song »Jenseits von Allem« mit den Worten: »Aber du Sonnenschein, steht wieder im Regen, // dabei willst du doch nur ans Licht. // Kleines Glück, Leidenschaft, ewige Liebe, // auch wenn zwischendurch dein kleines Herz zerbricht«. Untermalt wird der Gesang durch einen sehr eigenen, relativ einfachen Mix, aus Neofolk, Reggae- und Skaelementen sowie Country und Punkfacetten. Dafür hat die Band auch zwei Gastmusiker ins Boot geholt. Die Stimme des Sängers erinnert dabei etwas an die Band »ABWÄRTS« und deren Frontmann Frank Z.

Streckenweise ist diese Mischung etwas gewöhnungsbedürftig, da sie stilistisch auch streckenweise den Inhalt der Worte zu konterkarieren scheint. Besonders deutlich wird dies bei dem Track »Eine gute Idee«, der allgemein in seiner Länge überzogen wird. Das Album hat somit kleinere Schwächen, wo die Band noch dran zu feilen hat, aber ist insgesamt ein sehr interessantes Projekt mit Potentialen und guten Ansätzen. Einfach mal auf der Website reinhören....●

DJ Chaoz

Label: Plattenbau / Jump Up
Bezug über Jump Up (www.jump-up.de)
Weitere Informationen zur Band & Hörproben:
www.smokytexas.de

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

KOOPERATIVENVERBAND MONDRAGÓN (MCC)

Basken bilden größte Kooperative weltweit

Alle 52.000 Beschäftigte der Supermarktkette Eroski sollen zu Teilhabern der Firma werden. Überall in Spanien sind sie zu finden, die Supermärkte von Eroski.

Von Ralf Streck, Arrasate/indymedia ● Viele wissen nichts über die Herkunft der 2.500 Läden und können sich den Namen nicht erklären. Es handelte sich bisher um eine große baskische Kooperative, mit mehr als 8.000 Teilhabern aus der Belegschaft. Der Name ist zweideutig, denn »erosi« bedeutet auf Baskisch kaufen und »eroso« »angenehm«, weshalb man »angenehmes Einkaufen« daraus machen kann. Mitten in der extremen Wirtschaftskrise Spaniens hat die Hauptversammlung im Januar beschlossen, allen 52.000 Beschäftigten der Eroski-Gruppe das angenehme Angebot zu machen, Teilhaber zu werden, womit die weltweit größte Kooperative entstehen soll.

Eine von 52.000 MitarbeiterInnen, die bald Teilhaberin bei Eroski wird

Am Geschäftssitz in der Stadt Elorrio stimmten die 500 Delegierten der Kooperativenmitglieder dem Projekt EMES zu. Nun wird der gesamten Belegschaft das Angebot gemacht, »Teilhaber am Eigentum, am Gewinn und den Entscheidungen der Firma« zu werden. Eroski gibt nie interne Abstimmungsergebnisse bekannt, bestätigte aber, dass das Projekt die Zustimmung von etwa 80 Prozent der Delegierten erhielt. Ein zweijähriger Diskussions- und Studienprozess sei erfolgreich abgeschlossen worden, worüber sich der Generaldirektor Agustín Markaide »zufrieden und stolz« zeigte.

Eroski, die weltweit unter die Handelsriesen aufgestiegen ist und in Deutschland mit Edeka kooperiert, steht nun vor der Mammutaufgabe, alle Gesellschaften der Gruppe in Kooperativen zu verwandeln. Durch Neueröffnungen und Zukäufe stieg Eroski weltweit auf den 90. Rang unter den Handelsunternehmen auf, wurde gerade über die Studie »2008 Global Powers of Retailing« bestätigt. Beim Umsatzwachstum erreichte sie sogar Platz 37.

Zentral war dafür 2007 der Erwerb von Anteilen (75%) an der Caprabo-Kette. Eroski konnte seine Präsenz in zwei bedeutenden Märkten mit hoher Kaufkraft ausbauen: Katalonien und Madrid. Eröffnet hat Eroski, zu der auch Sportgeschäfte, Reisebüros, Tankstellen gehören, auch schon Märkte in Frankreich und Andorra. Mit Caprabo wurden fast 500 Läden und 15.000 Beschäftigte übernommen, deren Integration nun abgeschlossen werden soll.

Eroski wird als Mutterfirma den Prozess zur Schaffung von gemischten Kooperativen anführen. Die Mutter wird Mitglied in den neuen Kooperativen und behält sich das Recht vor, über den Geschäftszweck und den Geschäftssitz zu entscheiden. Damit soll der Gefahr begegnet werden, dass die Entscheidungskompetenz nach Spanien wandert, weil die Basken in der neuen Struktur freiwillig zur Minderheit werden, um allen gleiche Arbeitsbedingungen zu bieten.

Der Prozess soll die baskische Kooperativenbewegung stärken. Zwar wird Eroski größte Einzelkooperative, doch die Firma, mit 39jähriger Tradition, gehört weiter dem Kooperativenverband Mondragón (MCC) und über die Solidargemeinschaft erklärt sich das Wachstum. Noch in der Franco-Diktatur gegründet, arbeiten bei MCC nun über 100.000 Menschen.

Die Kooperativen sind die größten Arbeitgeber in den Provinzen Gipuzkoa, Biskaya und Navarra, das historisch zum Baskenland gehört. Im Maschinenbau sind die Kooperativen sehr bedeutsam, zu ihnen gehört mit Fagor auch der größte »spanische« Elektrogerätehersteller, eine Sparkasse, etc. Benannt wurde MCC nach dem Sitz in der Stadt Arrasate, die aber einst nur Mondragón hieß, weil Baskisch in der Diktatur verboten war. In Arrasate regiert die linke Baskische Aktion (EAE/ANV), die nun ebenfalls verboten wurde und die Bürgermeisterin wird bisweilen schon mal inhaftiert.

Die Kooperativen sind ein Beispiel dafür, dass hier vieles anders läuft. Das zeigt sich an ihrer Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und damit auch bei der Arbeitslosigkeit. Die liegt im Autonomiegebiet bei 4,6 Prozent, im spanischen Staat gesamt bei 14 Prozent. Wegen der Wirtschaftkrise, in die Madrider Politiker und Banken das Land gestürzt haben, schätzt die EU-Kommission, dass es bald 19 Prozent sein können. So ist das Angebot von Eroski, das über die Teilhabe auch eine Jobgarantie bietet, nun vor allem für die spanische Belegschaft höchst interessant, an die sich das Projekt vor allem richtet.●
www.eroski.es

Siehe auch:
Spaniens Wirtschaft geht in den freien Fall über. Das Land wird zur Gefahr für den Euro, die Kreditwürdigkeit des Landes wird nun offiziell in Frage gestellt.
www.heise.de/tp/blogs/8/122117

Originalartikel:
http://de.indymedia.org/2009/01/240103.shtml

Eroski-Filiale

STRÖMUNGSÜBERGREIFENDE PLATTFORM IM WEB

Indymedia linksunten online

Nach einem knapp einjährigen Organisationsprozess steht linksunten.indymedia.org ab sofort als strömungsübergreifende Plattform für unabhängige Berichterstattung zur Verfügung. Auf mehreren Treffen in verschiedenen Städten im Südwesten Deutschlands wurde die politische Zielsetzung des Projektes festgelegt und in einem Mission Statement veröffentlicht.

indymedia linksunten ● Als Teil der Aufnahme in das Netzwerk der *Independent Media Centres* (IMC) wurden Moderationskriterien verfasst, anhand derer die Beiträge von den ModeratorInnen sortiert werden. In den letzten Wochen haben wir unsere Homepage aufgebaut...

MedienaktivistInnen können ModeratorInnen werden, wenn sie von einem/einer ModeratorIn auf der internen Mailingliste vorgeschlagen wurden und es innerhalb einer Woche keinen Widerspruch gab. Außerdem sollten sie regelmäßig an den Treffen von *Indymedia linksunten* teilnehmen.

Es gibt auf linksunten.indymedia.org die Möglichkeit, sich anonym anzumelden, um einen Account-Namen zu registrieren und dadurch Kontinuität und Wiedererkennung zu ermöglichen. Alle Inhalte können natürlich auch ohne Anmeldung und ohne vorherige Moderation veröffentlicht werden. Zusätzlich können angemeldete NutzerInnen den Status von GenossInnen erhalten, wenn mindestens eine moderierende Person ihnen vertraut. Innerhalb eines Tages teilt dieseR ModeratorIn die Freischaltung auf der internen Mailingliste mit. GenossInnen können eigene Inhalte nachträglich ändern, sowie Kollektivartikel mit autonomer Rechteverwaltung erstellen. Weiter gibt es verschiedene Rollen für die technische Wartung und Entwicklung der Website. Zukünftige Techies müssen an mindestens einem Treffen von *IMC linksunten* teilnehmen und sich schon zuvor als ModeratorInnen engagiert haben.

Indymedia linksunten soll eine Plattform für emanzipatorische Berichterstattung zu politischen Ereignissen und Themen sein. Sie soll lokale Vernetzung fördern und ist gleichzeitig ins globale Indynetz integriert. Bereits im Entstehungsprozess hat uns die Solidarität anderer IMCs bei der Suche nach Servern außerhalb Europas geholfen. Zugleich waren der Testserver von Indymedia linksunten indirekt von der Repression gegen Indymedia UK betroffen. Auch *IMC linksunten* hat durch die Veröffentlichung von Modulen für das von vielen IMCs genutzten Content Management Systems Drupal unter einer freien Software-Lizenz das Netzwerk solidarisch unterstützt.

Bei der technischen Realisierung der Website haben wir uns an den Bedürfnissen politischer Medienarbeit orientiert. Anonymes Veröffentlichen wird durch das OpenPosting-Prinzip realisiert. Die Sicherheit von AutorInnen und LeserInnen soll durch ein freies https-Zertifikat verbessert werden, für welches das Root-Zertifikat von CaCert importiert werden muss. IP-Adressen werden wir selbstverständlich nicht speichern.

Transparenz der Moderation soll durch Versionsgeschichten, einsehbare Listen versteckter und zensierter Inhalte und öffentliche Mailinglisten gewährleistet werden. Die Mobilisierungsfähigkeit soll durch einen Kalender und eine Terminliste zusätzlich unterstützt sowie deren Vernetzungsaspekt hervorgehoben werden. Gleichzeitig wird so auch ein chronologisches Archiv aufgebaut. Technische Hürden beim Verfassen von Inhalten sollen durch einen HTML-Editor mit menügeführter Integration von Fotos abgebaut werden. Bildergalerien und Audioplayer sollen Präsentation und Wiederverwendung von Fotos und Audiodateien ermöglichen.

Viel Zeit haben wir auf die Darstellung und Moderation von Ergänzungen und Kommentaren verwendet. Ergänzungen werden hervorgehoben, indem nicht-inhaltliche Kommentare eingeklappt dargestellt werden. Diskussionen werden durch die Möglichkeit auf Ergänzungen und Kommentare zu antworten gefördert und übersichtlicher. Kommentare können dynamisch ausgeklappt und die Sortierung in Ergänzungen und Kommentare kann aufgehoben werden.

Besonderes Augenmerk haben wir auf die Mehrsprachigkeit von linskunten.indymedia.org gelegt. Sowohl Inhalte als auch Menüs können leicht übersetzt werden. Dies ist im mehrsprachigen Dreyeckland die Voraussetzung für grenzüberschreitende Medienarbeit. Gerade in Hinblick auf den NATO-Gipfel Anfang April 2009 wird *linksunten* auch in Frankreich genutzt werden. Wir laden euch vom 25. bis zum 31. März ins Convergence Center im Autonomen Zentrum KTS Freiburg ein, um mit uns das Medienzentrum aufzubauen und für den Protest gegen den Gipfel zu nutzen.●

http://linksunten.indymedia.org/de/node/98

PRÄMIE FÜR NEUE ABOS !

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine CD-ROM als Prämie:

CONTRASTE-Archiv-CD 2008 mit dem »Reader der AlternativMedien«. Inhalt: Die CONTRASTE-Jahrgänge 2005-2007 im Originallayout als pdf, der Jahrgang 1984 mit text-pdf. Zusätzlich: Alle uns bekannten linken und alternativen Zeitschriften der BRD und Schweiz mit Beschreibungen in zwei Datenbanken.

Ich bin bereits JahresabonnentIn oder Fördermitglied und habe untenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Bitte schickt mir die nebenstehend angekreuzte Prämie zu.

Meine Anschrift:

Vor- und Nachname

Straße

PLZ, Wohnort

Abonnement

Ich abonniere CONTRASTE für 1 Jahr zu untenstehenden Bedingungen gegen Rechnung. Jahresabo Inland 45 EUR / Ausland 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Vor- und Nachname

Straße

PLZ, Wohnort

Datum, 1. Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen widerrufen werden
Zu Kenntnis genommen:

Datum, 2. Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ANSTOSS FÜR EIN KULTURPAKET

Mehr Kultur braucht das Land

Mitte Januar 2009 beschloss der Koalitionsausschuss von CDU, CSU und SPD ein Konjunkturpaket in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die konkreten Maßnahmen sind wenig überraschend: Förderung der Automobilindustrie, Straßenbau bzw -sanierung und Steuersenkungen. Einmal mehr offenbart das Paket, das Politik in Deutschland immer Politik für die Auto-Lobby ist. Mehr noch: eine völlige Visions- und Phantasielosigkeit paart sich hier mit einem Anachronismus, der in seiner Autofixiertheit Klimaschutzziele wieder in weite Ferne rücken lässt.

Von Gerald Grüneklee, Anares ● Eine so haarsträubende Politik fordert unsere Reaktion geradezu heraus, und so haben wir mit unserem ANARES Buch- und Medienvertrieb als erste, eher symbolische Maßnahme unsererseits ab Mitte Januar 2009 eine **Abwrackprämie für Altbücher** umgesetzt: wir bieten 100 Euro Ankaufspreis für 100 Bücher, die mindestens 9 Jahre alt sind. Voraussetzung: die von diesem Ankauf Begünstigten kaufen im Gegenzug für mindestens 555 Euro Verkaufspreis Bücher bei uns, die höchstens 8 Jahre alt sind. Dies kann einmalig geschehen oder auch in Form einer Vorauszahlung (Bücherkonto) abgerechnet werden.

Diese Verschrottungsprämie ist natürlich nicht wörtlich zu nehmen – zu unselig sind die Erinnerungen an Bücherverbrennungen, und so möchten wir die gebrauchten Bücher wieder in Umlauf bringen, sei es im Verkauf oder als Spende an gemeinnützige Bibliotheken, Initiativen etc. Mit unserer Aktion möchten wir vielmehr die Lesekultur der Autogesellschaft als ein zukunftsweisendes, nachhaltiges Projekt entgegenstellen.

Die Vernunft ist damit auf unserer Seite, nicht auf jener der Regierenden: Schließlich arbeiten mehr Menschen im Kulturbereich als in der Autoindustrie, und Lesen ist ein Beitrag zum Klimaschutz. Denn Bücher produzieren, wenn sie erst einmal hergestellt wurden, keine Abgase mehr, es braucht auch keinen Flächenfraß und keine Zersiedelung der Landschaft durch immer mehr Parkplätze, neue Strassen etc.

Vor allem aber: dass in einer Gesellschaft, die sich in wohlfeilen Sonntagsreden immer wieder gerne auf ihre kulturellen und geistesgeschichtlichen Traditionen beruft, faktisch einzig die (Un-)Kultur der ökologischen (und langfristig auch ökonomischen) Zerstörung gefördert wird, wollen wir nicht länger still hinnehmen. Wir verstehen unsere Initiative somit auch als Anstoß an andere Kulturschaffende der verschiedensten Bereiche, sich endlich energisch für eine Kulturförderung einzusetzen, die diesen Namen auch verdient.

Da sich, wie skizziert, Wirtschaftsförderung und Umweltschutz im kulturellen Sektor bestens vereinbaren lassen und zu befürchten ist, dass das zweite Kulturpaket ebenso wie das erste Bündel wirkungslos verpuffen wird, fordern wir stattdessen ein 50-MILLIARDEN-PAKET FÜR DIE KULTUR. Dies wäre nebenbei auch ein erster Baustein zu einer Wirtschaftsdemokratie, die nach den Verheerungen, die die Deregulierung der Finanzwirtschaft mit sich brachte, unbedingt stärker beachtet werden sollte. Denn im Kulturbereich arbeiten unzählige Einzelpersonen, Kleinst- und Kleinbetriebe und Projekte, so dass das Geld nicht letztlich nur wieder in die Hände weniger Konzernherren gelangen würde.

Ein günstiges Datum zur Verabschiedung eines solchen KULTURPAKETES wäre der 23. APRIL 2009, der WELTTAG DES BUCHES. Und sage niemand, dies sei zu kurzfristig, die oben genannten, ebenso sinnlosen wie dummen millardenschweren Geschenke für die Automobilkonzerne wurden schließlich auch innerhalb kürzester Zeit beschlossen.

Wie gesagt, unsere zwar ernstgemeinte, doch eher symbolische ABWRACKPRÄMIE FÜR ALTBÜCHER soll nur ein erster Schritt sein. Wir rufen alle Kulturschaffenden auf, sich mit eigenen Ideen und Aktionen lautstark gegen das Autopaket und für ein umfassendes KULTURPAKET einzusetzen. Wir danken allen, die unsere Pressemitteilung weiterleiten oder abdrucken. Und wir freuen uns über alle, die den angeschubsten Ball weiterspielen: sprechen Sie Initiativen für die Leseförderung, den Buchhandel und die Verlage an, tun Sie sich mit anderen Kulturbereichen zusammen, knüpfen Sie mit an einem Netz der Kultur, das unser aller Anliegen massiv und unüberhörbar in die Öffentlichkeit trägt. Stoßen Sie die öffentliche Diskussion an, auf das auch die Regierenden nicht mehr länger die Kultur nur als gesellschaftlichen Zierrat betrachten, den man sich »leisten können« muss: gerade die bisherigen Konjunkturpakete zeigen ja, das es am Geld nicht mangelt. Leiten wir das Geld mit gemeinsamer Kraft und Entschlossenheit endlich in die richtigen Kanäle!●

Kontakt:
E-Mail: info@anares-buecher.de
Internet: www.anares-buecher.de

Anzeige

REZENSION

Wohnen im Alter – Nachdenken über sinnvolle Perspektiven

Die ideale Wohnform für alle gibt es nicht, dies veranschaulicht eine Veröffentlichung des Soziologen François Höpflinger. In seinem Buch gibt er auf Grundlage empirischer Ergebnisse einen guten Einblick in die Wohnbedürfnisse älterer Menschen. Die Daten beruhen auf einer repräsentativen Befragung (1.248 Teilnehmer) von in der deutschsprachigen Schweiz lebenden Personen im Alter von 60 Jahren und älter. Eingebettet wird das Ganze in die Darstellung der grundsätzlich bekannten demographischen Entwicklungen sowie die deutlich erkennbar längeren Fähigkeiten vieler Menschen, ihr Leben trotz zunehmenden Alters selbst zu gestalten.

Kapitel des Buches sind: demografische Perspektiven, Altern im Wandel, Lebens- und Haushaltsformen in späteren Lebensphasen, Wohnform und Wohnsituation älterer Menschen in Privathaushalten, Wohnwünsche, Wohnprobleme und Wohnperspektiven im höheren Lebensalter, Wohnformen im Vergleich und innovative Wohnformen im Alter. Die Ausführungen sind gut lesbar geschrieben. Abschließend werden fünf Beispiele für die Gestaltung des Wohnens im Alter als Porträts sehr unterschiedlicher Organisationsformen auf jeweils vier Seiten plus Steckbrief plus Fotos beschrieben. Sie reichen von der Hauswohngemeinschaft auf gehobenem Niveau, dem Wohnen mit Dienstleistungen, einer Altersresidenz bzw. eines Altersheim, einer Pflegewohngruppe mit Umsorgung bis zum Lebensende sowie einer proaktiven Hausgemeinschaft mit vier Generationen unter einem Dach, organisiert als Genossenschaft. Das Ganze wird am Ende mit einem Serviceteil und Literaturhinweisen abgeschlossen.

Dies, wie auch die vorherigen Ausführungen, konzentrieren sich auf die Schweizer Situation. Da hier aber einige Entwicklungen und Modelle der bundesdeutschen Wirklichkeit voraus sind, lassen sich daraus sehr gut Argumente und innovative Anregungen für Konzepte in Deutschland gewinnen.●

dp

François Höpflinger (Hg.): Traditionelles und neues Wohnen im Alter, 2. Aufl., Zürich (Seismo-Verlag) 2004, 172 S., 20 EUR

FÖRDERPREISE FÜR DIE ÖKO-LANDWIRTSCHAFT

»Unser Kapital ist die Gemeinschaft«

Auf der Internationalen Grünen Woche wurden Ende Januar zum neunten Mal die Förderpreise für vorbildlich ökologisch wirtschaftende Betriebe verliehen.

Redaktion Heidelberg ● Zur Preisverleihung kam – anders als in den Vorjahren – auch Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner höchstpersönlich. Sie freue sich auf gute Zusammenarbeit mit den Bio-Bauern, sagte sie. Dazu ermuntere sie der Mut, die Kreativität und die Risikobereitschaft der Preisträger, neue Wege zu gehen. Immerhin eine schöne Geste den nicht immer freundlich behandelten Öko-Landwirten gegenüber.

Den ausgezeichneten Betrieben geht es nicht nur um gesunde Lebensmittel, sondern auch um eine Bereicherung des Landlebens: »Unser Kapital ist die Gemeinschaft«, so war zu hören.

Der **Buschberghof** in Fuhlenhagen vor den Toren Hamburgs wirtschaftet seit über 50 Jahren biologisch-dynamisch und praktiziert seit 20 Jahren das Konzept »Community Supported Agriculture«, das aus Japan und den USA kommt. Die Kunden sind Teil der Gemeinschaft und können Einfluss auf das Sortiment nehmen. Sie leisten dafür einen festen monatlichen Beitrag.

Ein weiterer Preisträger: das **Pfarrgut Taubenheim** nahe Meißen. Die Eheleute Schwarzwälder waren Mitglieder der kirchlichen Umweltbewegung in der DDR und hatten kurz vor der Wende den Bio-Anbauverband Gäa mitgegründet. Quasi aus dem Nichts schufen sie einen ökologischen Betrieb, zu dem auch eine Hofbäkkerei und hofeigene Milchverarbeitung gehören.

Der dritte Preisträger ist die **Erzeugergemeinschaft Dreschflegel** aus Witzenhausen in Hessen. Sie ist ein Zusammenschluss von elf landwirtschaftlichen Betrieben unterschiedlicher Verbände, die sich der Saatgutzucht und -vermehrung verschrieben haben. Dreschflegel betreut einen Kundenstamm von 30.000 Betrieben. Es gehöre Mut dazu, meint die Jury, als kleines Unternehmen in einem Wirtschaftsbereich zu agieren, der von großen Konzernen dominiert werde, und dabei besondere Qualitätsansprüche durchzuhalten.

Als Dankeschön für diese Auszeichnung wurde Frau Aigner ein Gesetzesrahmen für gentechnikfreie Saatgutarbeit von der Erzeugergemeinschaft überreicht. »Unsere von Ihnen ausgezeichnete Arbeit muss langfristig sichergestellt sein. Das ist derzeit gesetzlich nicht geregelt. Diese Grauzone muss gefüllt werden,« erläuterte Stefi Clar bei der Preisverleihung und ergänzte schmunzelnd: »und wir sagen wie!« Bevor Jens Molter den Rahmen überreichte, entfernte er zunächst ein graues Bild, als Symbol für den ungeregelten Zustand. Darunter kamen zwölf Artikel zum Vorschein, die zeigen, wie gentechnikfreie Saatgutarbeit laut Dreschflegel gewährleistet werden kann.

»Der Bundesrat hat die Bundesregierung im November 2007 aufgefordert, Koexistenzregeln für den Saatgutbereich aufzustellen,« erklärt Quirin Wember. »Die Regierung wartet aber noch auf die Festlegung von EU-Schwellenwerten bzgl. gentechnischer Verunreinigungen im Saatgut.« Dreschflegel fordert die Bundesregierung und Frau Aigner aus Anlass der Preisverleihung auf, dass sie in der EU für einen Grenzwert solcher Verunreinigungen von 0,0 % eintreten. Daran gekoppelt ist die Forderung, dass sämtliche Kosten, die zur Vermeidung und Kontrolle von Verunreinigungen anfallen, von den Gentechnik-BetreiberInnen zu tragen sind: »Immens hohe Kosten auf allen Stufen der Land- und Ernährungswirtschaft werden auf die EndverbraucherInnen abgewälzt, weil sich eine Handvoll Konzerne eine goldene Nase verdienen will. Diese Umgehung des VerursacherInnen-Prinzips muss so schnell wie möglich aufhören,« so Ludwig Watschong.

Quirin Wember ergänzt: »Eine nationale Koexistenzregelung im Saatgutbereich muss sicherstellen, dass langfristig gentechnikfreie Arbeit, die diesen Namen verdient, möglich bleibt.« Der Gesetzesrahmen wurde von Frau Aigner dankend entgegengenommen. Sie sicherte zu, die zwölf Artikel aufmerksam durchzulesen.●

www.buschberghof.de
www.pfarrgut-taubenheim.de
www.dreschflegel-saatgut.de

Anzeige

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Kleines Theater – große Stücke

Aufführungen zum Aufrütteln

Etwas versteckt im Wrangelkiez befindet sich die »Berliner Compagnie«, ein kleines Theater, das es sich zur notwendigen Aufgabe gemacht hat, Stücke mit aktuell gesellschaftlichen Themen auf die Bühne zu bringen. Anfang der Achtziger Jahre hervorgegangen aus der Friedensbewegung, versteht es sich noch heute als alternatives politisches Tourneetheater. Das Ensemble lebt und arbeitet in Berlin, spielt jedoch seine meist selbst entwickelten Stücke im gesamten deutschsprachigen Raum. Seit der Gründung handeln die liebevoll inszenierten Stücke vom Frieden, von Gerechtigkeit und Menschenrechten.

Das Besondere an diesem Theater ist, dass die Vorstellungen meist mit Aktionen wie Demonstrationen, Unterschrift- und Plakataktionen und Diskussionen verbunden werden. Wie zum Beispiel beim Stück »Das Blaue Wunder«, welches sich mit der Privatisierung von Wasser auseinandersetzt. Die Aufführungen wurden genutzt, um gemeinsam mit dem Berliner Wassertisch die über 30.000 Unterschriften für ein Volksbegehren gegen die Teilprivatisierung der Berliner Wasserwerke zu sammeln.

Das aktuelle Stück »Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch« beschäftigt sich mit dem Krieg in Afghanistan und wird getragen von der Kernaussage: »Es gibt keine Kriegsverbrechen. Der Krieg ist das Verbrechen.« Hintergrund ist die anhaltende und sich verschärfende Auseinandersetzung in der Bundesrepublik über das deutsche militärische Engagement in Afghanistan. Die Menschen fragen sich, ob es stimmt, dass mit Hilfe der Bundeswehr dort der demokratische Aufbau eines Staates abgesichert wird, eines Staates, der dann keinen Terror mehr exportiert. Wird Deutschland am Hindukusch verteidigt? Das ist die grundlegende Frage dieser theatralischen Untersuchung. Und neben überwiegend ernsten und nachdenklichen Szenen, gibt es auch immer wieder Grund zur Bewunderung menschlicher Größe und Gelegenheit zum Lachen.

Seit 1982 spielt die Berliner Compagnie jährlich in circa 60 Städten. 2009 sind das neben Hannover auch Dannenberg, Ingolstadt, Augsburg und Erlangen. Die Stücke können passend zu politischen Aktionen angefragt werden. Der aktuelle Tourneeplan kann auf der Internetseite www.berlinercompagnie.de eingesehen werden.●

Katja Grabert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72
Spenden bitte an:
Förderverein Netzwerk Selbsthilfe e.V.,
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 100 205 00,
Kontonummer: 302 33 00

BALLUNG RISKANTER GENVERSUCHE AM AGROBIOTECHNIKUM IN GROSS LÜSEWITZ

Eine Region wird zum Versuchskaninchen!

Wird der östliche Landkreis Doberan zur Versuchszone für genmanipulierte Pflanzen? Der Eindruck entsteht, weil es 2009 zu einer Ballung etlicher teurer gentechnischer Experimente auf wenigen Quadratkilometern in der Obhut des staatlich getragenen AgroBiotechnikums kommen soll. Das jedenfalls wollen die Betreiber von mehreren Versuchsfeldern mit Weizen, Gerste, Kartoffeln und Petunien. Sie sitzen vor allem in Universitäten, während EinwohnerInnen, Tiere und Pflanzen der ganzen Region ungefragt zu lebenden Versuchskaninchen werden. Zur Zeit laufen mehrere Antragsverfahren – und Protest kündigt sich an.

Redaktion Heidelberg/jb ● Die Zusammenballung der Versuche am Agrobiotechnikum hat mehrere Gründe. Zum einen bietet das Biotechnik-Gründerzentrum eine gut ausgebaute, aber nicht ausgelastete Infrastruktur für gentechnische Experimente. Zudem wirbt die Führungsspitze um die Rostocker Universitätsprofessorin Inge Broer um solche Versuche. Bedeutender aber dürfte ein weiterer Grund sein: Die Gentechnik in Deutschland steht erheblich unter Druck. Eine überwältigende Mehrheit der Menschen lehnt manipulierte Nahrungsmittel ab. Die Propaganda aus Politik und Wirtschaft verpuffte bislang wirkungslos.

Ganz im Gegenteil: 2008 gewannen GentechnikgegnerInnen immer stärker die Überhand. Im Frühjahr besetzten sie sieben Felder. Für vier Felder bedeutete die Aktion das Aus. Drei wurden zwar gewaltsam geräumt, aber die Freude der Betreiber währte nicht lang. Denn zwei Versuchsanlagen wurden wenige Wochen nach der Aussaat beschädigt – so wie etliche weitere Felder überall im Land. Lobbyverbände und gentechnikfreundliche Parteien und Medien befürchteten schon das Aus des Forschungsstandortes Deutschland, obwohl Überwachungs- und Genehmigungsbehörden auf Bundes- und EU-Ebene einseitig mit konzernnahen Personen durchsetzt sind und der Staat die ungeliebte Gentechnik mit Steuermillionen aufzupeppeln versucht.

Nun ist es wieder der Staat, Steuergelder und die für Verbraucherschutz zuständige Behörde BVL, die für 2009 den Weg für die Gentechnik freizuräumen versuchen. Dafür planen sie die Zusammenlegung teurer Forschungsfelder in staatlicher Sicherung auf zwei Standorten. Neben dem riesigen Gelände der ehemaligen Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig wurde das neuerdings in Obhut der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern betriebene *AgroBiotechnikum* in Groß Lüsewitz ausgewählt. Offenbar hegen die Verantwortlichen die Hoffnung, dort auf weniger Protest zu stoßen oder die Flächen besser sichern zu können.

Groß Lüsewitz als High-Gentech-Standort

Einer der Versuche, die nun nach Groß Lüsewitz verlegt worden sind, ist ein seit Jahren umkämpftes Feld mit transgener Gerste der Universität Gießen. Dieser Versuch sollte bereits 2006 bis 2008 stattfinden – auf eigenen Flächen der Uni im Stadtgebiet Gießen. Doch daraus wurde nichts: Zweimal zerstörten AktivistInnen die Anlage, im dritten Jahr wurde die Fläche vor der Aussaat besetzt. Die Uni gab den Versuch auf und versucht nun eine Wiederholung im fernen Nordosten der Republik.

Gießener FeldbesetzerInnen wollen örtlichen Widerstand unterstützen

Ob der Plan der Uni Gießen aufgeht, ist fraglich. Denn der Protest will mit umziehen: »Pollen und Saatgut kennen keine Grenzen – daher gilt für uns nicht: Aus den Augen, aus dem Sinn!« kündigte die an der letztjährigen Feldbesetzung beteiligte Johanna an. Ihr Mitstreiter Jörg, der ebenfalls im vergangenen Jahr dabei war, begründete seine Ablehnung des Experiments: »In beiden Versuchsjahren kam es in Gießen zu dem, was als größte Panne der Gentechnik anzusehen ist: Die transgene Gerste stand ungesichert längere Zeit im Freien herum«. Niemand wird jemals nachweisen können, welche Folgen diese Ereignisse hatten, die durch Nichtbeachtung der Sicherheitsbestimmungen entstanden und bis heute verschwiegen wurden. Um so wichtiger findet er nun, eine Wiederholung des aus seiner Sicht überflüssigen Versuchs zu verhindern.

Darum haben die GentechnikgegnerInnen alle Unterlagen ins Internet gesetzt und Argumente gegen das Feld zusammengestellt (erreichbar über www.aggrobiotechnikum.de). Es gibt Unterschriftenlisten, mit denen der Protest auch auf sehr einfache Art ausgedrückt werden kann. Seit dem 14. Januar liegen in Broderstorf, nahe am Versuchsstandort, und in der Genehmigungsbehörde BVL in Berlin die Antragsunterlagen der Universität Gießen aus. Bis zum 13. März können alle BürgerInnen von nah und fern Einwendungen gegen das Experiment mit der Gerste erheben.

Informationsveranstaltungen zum Gengerstenfeld in Sanitz und Rostock

Gießener GentechnikgegnerInnen wollen die Betroffenen vor Ort mit näheren Einblicken in die Hintergründe des Gengerstenversuchs unterstützen. Sie haben Pannen und Vertuschungen aus drei Jahren Versuch in Gießen zusammengetragen und haben diese im Februar 2009 in Rostock und Sanitz präsentiert und über die Ziele und Methoden der Genforschung am *AgroBiotechnikum* informiert. »Wir hoffen, dass viele Menschen Einwendungen schreiben und sich Betroffene finden, die gegen den Versuch klagen«, wünscht Hauke – auch ein Feldbesetzer des letzten Jahres. »Gentechnik ist überall gefährlich – wir wollen auch in Groß Lüsewitz kein Gerstenfeld und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit den Betroffenen desselben Feldes, gegen das wir uns drei Jahre gewehrt haben.«●

Mehr Informationen:
● Zum Filz rund um den neuen Gengerstenstandort, das AgroBiotechnikum, die dortigen Tarnvereine und Firmen (FINAB, biovativ) und die zentralen Personen Prof. Inge Broer und Kerstin Schmidt siehe unter www.umweltinstitut.org/gentechnik/allgemeines-gentechnik/genfilz_mp-610.html)
● Kritik an und Aktionen gegen Gentechnik in Hessen, u.a. das Gerstenfeld von 2006 bis 2008 in Gießen: www.gendreck-giessen.de.vu
● Selbstdarstellung des AgroBiotechnikums: www.agrobiotechnikum.de
● Kritik am AgroBiotechnikum: www.aggrobiotechnikum.de.vu
● Widerstand gegen Gentechnik: www.gentech-weg.de.vu

Foto-Wandkalender »Genfelder befreien 2009«
13 hochkarätige und mitreissende Fotos von den umkämpften Genäckern des Frühjahrs 2008:
Falkenberg, Gießen, Oberboihingen, Northeim, Gatersleben, Groß Gerau, Laase (Wendland), dazu Einblicke in die Geschichte der direkten Aktion zu Agro-Gentechnik. Spektakuläres Über-A3-Format. 12,80 EUR.
Bestellung: www.projektwerkstatt.de/materialien/da_kalender.htm

KRITISCHER AGRARBERICHT 2009:

»Weiter wie bisher ist keine Option!«

Im Jahr 2009 werden nach Prognosen der »Food and Agriculture Organization« der UN (FAO) mehr Menschen als je zuvor auf diesem Planeten hungern. Gleichzeitig wird möglicherweise die größte Ernte aller Zeiten eingefahren. Und schließlich wird die Landwirtschaft mehr Treibhausgase als je zuvor ausstoßen, ihren Wasserverbrauch weiter steigern und maßgeblich zur weiteren Beschleunigung des Artensterbens beitragen. Der Weltagrarbericht (IAASTD) der Weltbank und Vereinten Nationen, der im April von 60 Regierungen verabschiedet und jetzt veröffentlicht wurde, bringt es auf einen einfachen Nenner: »Weiter wie bisher ist keine Option!«

Redaktion Heidelberg ● Das ist die Bilanz von über 400 internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nach vierjähriger Arbeit. »Leider scheinen bisher weder die Weltbank noch die maßgeblichen Regierungen in Nord und Süd die Forderung nach einer radikalen Neuausrichtung der Landwirtschaft wirklich ernst zu nehmen«, sagte Benedikt Haerlin von der *Zukunftsstiftung Landwirtschaft*, der im Aufsichtsrat des IAASTD die Nichtregierungsorganisationen vertrat. »Der Weltagrarbericht fordert eine radikale Wende, weg von industrialisierter Überproduktion in Industrieländern und hin zu kleinbäuerlich strukturierter Ernährungs-Souveränität vor Ort. Die Bundesregierung, aber auch die Agrarindustrie und der Bauernverband müssen den Tatsachen ins Auge sehen: Der Wahn der industriellen Landwirtschaft und ihres grenzenlosen Wachstums ist ausgeträumt«.

Geringerer Fleischkonsum als Beitrag gegen den Klimawandel

Die Landwirtschaft trägt weltweit erheblich zur Klimaerwärmung bei – allen voran die industrielle Tierhaltung, deren negative Klimafolgen und Emissionen aller Voraussicht nach in den nächsten Jahrzenten weltweit noch zunehmen werden. Denn Fleisch gilt als Prestigeprodukt und daher wird sein Anteil an der menschlichen Ernährung vor allem in den Entwicklungsländern kontinuierlich anwachsen. In den Industrienationen stagniert er seit Jahren auf hohem Niveau. Der Ausstoß der klimawirksamen Gase Methan und Lachgas droht durch die zunehmende industrielle Nutztierhaltung und den wieder steigenden Einsatz von synthetischem Stickstoffdünger bis 2030 um 60 Prozent (Methan) bzw. 35 bis 60 Prozent (Lachgas) anzuwachsen.

Heidrun Betz vom Deutschen Tierschutzbund appellierte daher an die Verbraucherinnen und Verbraucher, den Konsum von Nahrungsmitteln tierischer Herkunft zu reduzieren: »Neben den klimarelevanten Folgen ist der Fleischkonsum auch energetisch höchst ineffizient: Je nach Tierart werden etwa zehn pflanzliche Kalorien benötigt, um eine Kalorie tierischen Ursprungs herzustellen«. Es gelte daher, nicht nur produktionstechnische Optimierungsmöglichkeiten zu finden, sondern auch, das Konsum- und Ernährungsverhalten zu überdenken. Auch wer auf Fleisch, Milch oder Joghurt nicht verzichten wolle, könne einen Beitrag leisten, so Heidrun Betz: »Wer Produkte der ökologischen Landwirtschaft oder aus besonders artgerechter Tierhaltung (NEULAND) bevorzugt und auf die regionale Herkunft achtet, trägt ebenfalls dazu bei, die klimaschädlichen Effekte der Nutztierhaltung zu verringern«.

Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) forderte einen Wandel der Leitbilder und ein konkretes Eingreifen der Politik: »Agrarministerin Aigner, die Ernährungsindustrie und der Deutsche Bauernverband bekennen sich zum Agrarexport als Markt der Zukunft. Davon profitieren aber nur wenige Exporteure. Die Mehrheit der Bauern hat nichts davon. So hatten wir 2008 zwar einen Exportrekord bei Schweinefleisch aus Deutschland, doch gleichzeitig mussten 17 Prozent der Schweinehalter aufgeben«.

Statt Euphorie müsse die Exportorientierung bei Milch und Fleisch einen Klimaalarm auslösen, mahnte Weiger. »Über 70 Prozent des Eiweißfutters für die Tierhaltung in Deutschland wird importiert. Es ist oftmals gentechnisch verändert und stammt häufig aus Regenwaldgebieten. Hierzulande stellen die Emissionen aus Überdüngung und immer größeren Ställen massive Belastungen für Klima, Wasser, Artenvielfalt und auch Anwohner dar«. Hubert Weiger forderte von Agrarministerin Aigner, die Agrarförderung in Deutschland nach der jüngsten EU-Agrarreform umgehend gezielt auf besonders klimaverträgliche Weidehaltung auszurichten und eine nachhaltige Strategie zur Selbstversorgung der EU mit Eiweißfutter zu entwickeln. Gleichzeitig brauche es eine Werbekampagne für das Label »ohne Gentechnik« auf tierischen Lebensmitteln.

Scharfe Kritik an der Agrarpolitik von Bundesregierung und Europäischer Union äußerte auch Bernd Voß von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): »Obwohl der Agrarhaushalt mit jährlich über 50 Milliarden Euro einen Hauptposten im EU-Haushalt ausmacht, verhalten sich Bundesministerin Ilse Aigner und ihre Kolleginnen und Kollegen so, als gebe es weder eine Finanz- und Wirtschaftskrise noch den Klimawandel und den wieder ansteigenden weltweiten Hunger. Mit ihren jüngsten Beschlüssen zur EU-Agrarpolitik sorgen sie dafür, dass der Großteil der Gelder ohne gezielte soziale und ökologische Qualifizierung vergeben und vor allem Flächenbesitz belohnt wird. Dabei steht längst an, das Geld gezielt für mehr Wertschöpfung und damit für Arbeitsplätze einzusetzen. Auch marktpolitisch seien die Beschlüsse fatal, besonders bei der Milch. Eine am Bedarf des Marktes orientierte Anpassung der Erzeugungsmenge werde verhindert. Obwohl die Märkte für Milch sowohl in der EU als auch international überlaufen, setze die Politik die Zeichen auf zusätzliche Produktion, indem die Quoten nochmals ausgeweitet wurden. Davon verspricht sich eine kleine Zahl von exportorientierten Molkereikonzernen Vorteile. Aber diese Ausrichtung auf Weltmarktanteile führt zu Erzeugerpreisen, die für die europäischen Milchbauern katastrophal sind. Sie sind schon auf unter 25 Cent je Liter gefallen und liegen damit unter den Produktionskosten. Obendrein zerstört diese aggressive Exportstrategie die Märkte für die ländliche Bevölkerung in den Entwicklungs- und Schwellenländern«, so Bernd Voß, Milcherzeuger in Schleswig-Holstein. »Der Milchstreik vom Sommer 2008 zeigt aber, dass die Milchbauern nunmehr bereit sind, für ihre eigenen Interessen auch aktiv einzutreten.«●

Bestelladresse:
Kritischer Agrarbericht, 19,80 EUR plus Versandkosten
ISBN 978-3-930 413-36-2
ABL-Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Tel.: (0 23 81) 49 22 88, Fax: 49 22 21
E-Mail: verlag@bauernstimme.de
Internet: www.bauernstimme.de

MEDIEN

Gefangenen Info erscheint weiter

Redaktion Heidelberg ● Das Gefangenen Info (GI) existiert seit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen im Jahre 1989 (zuerst als Hungerstreik Info, dann Angehörigen Info und später dann als Gefangenen Info) und sollte zum Ende des Jahres 2008 von der Bildfläche verschwinden. Der bisherige Herausgeber, der GNN-Verlag, hat die Herausgabe des Infos im Dezember letzten Jahres eingestellt.

Die neue Redaktion, sieht viele Gründe für die Weiterführung des GI, wie auch im Vorwort zur Ausgabe Nr. 344 beschrieben: »Unser Beitrag ist es, die Verbindung von Gefangenen und der Bewegung draußen zu stärken und uns nicht spalten zu lassen... Menschen, die weggesperrt werden, muss die Möglichkeit gegeben werden, am Leben draußen teilzunehmen und auch wir müssen uns die Möglichkeit schaffen an ihrem Leben teilzunehmen...«.

Die neue Redaktion sucht dringend neue Abonnenten, um die Zukunft des Projektes auch finanziell zu gewährleisten.●
Redaktionsanschrift:
Gefangenen Info, c/o Rote Hilfe OG Berlin, Stadtteilladen Lunte e.V., Weisestraße 53, 12049 Berlin
Mail: inforedaktion@political-prisoners.net

ARTIKELSERIE IN SACHEN HAUSRETTUNG: VIERTE FOLGE

Sieben gute Gründe, in einem alten Haus zu leben

Die Wohnerfahrungen und -wünsche von CONTRASTE-LeserInnen sind vermutlich etwas anders als die der NormalbürgerInnen: flexibler, gemeinschaftlicher, aber auch beharrlich. Das Interesse an alten Häusern und der Kampf gegen die kapitalistische Abrisswut bleiben für Gruppen, die alternative Wohnformen realisieren möchten, auf der Tagesordnung. CONTRASTE will mit einer Artikelserie von Konrad Kantstein Überlegungen und Tipps eines »alten Hasen« in Sachen Hausrettung vermitteln. Nach grundlegenden Gedanken und Ratschlägen aufgrund einschlägiger Erfahrungen, die in den ersten beiden Folgen behandelt wurden und den Reflexionen über den Weg in die Reparatur-Gesellschaft in der dritten Folge geht es nun um die Frage, warum es besser ist, in einem alten Haus zu wohnen.

Von Konrad Kantstein ● Oft hat man keine Wahl: man muss dort wohnen, wo man ein Auskommen findet, wo die Miete erschwinglich ist, wo die Verkehrsverhältnisse für die lebensnotwendigen Wege günstig sind. Aber an den großen Weichenstellungen des Lebens kann oder muss man sich doch entscheiden: Zusammenziehen oder allein bleiben, in der Stadt oder auf dem Lande, in einem alten Haus oder einem Neubau? Diese Fragen führen nicht selten zu Konsequenzen und gesamtgesellschaftlichen Folgen, die weit über die persönliche Befindlichkeit hinaus reichen.

Dabei wollen wir die Frage der Eigentumsverhältnisse bzw. die der Finanzierbarkeit von individuellem oder gemeinschaftlichem Wohneigentum zunächst unberücksichtigt lassen. Denn man kann und muss sich solchen grundsätzlichen Fragen auch unabhängig von den jeweiligen Einkommens- und Vermögensverhältnissen stellen. Es kommt nicht immer in erster Linie darauf an, wie viel Geld jemand zur Verfügung hat, sondern wie und wo er oder sie leben möchte. Wo der Wunsch mächtig genug ist, finden sich unter Umständen Möglichkeiten der Realisierung, die vorher undenkbar waren, lassen sich Hindernisse aus dem Weg räumen, die unüberwindbar schienen.

Viele Menschen träumen immer noch vom Eigenheim mit Garten vor den Toren der Stadt. Ein Traum, dessen Realisierung sich nur noch als Energieverschleiß und Flächenverschwendung bezeichnen lässt. Jede Sekunde werden in der Bundesrepublik über 13qm zugebaut oder versiegelt, jeden Tag über 114 Hektar, das entspricht einer Fläche von 125 Fußballfeldern. Die Städte veröden im Innern und wuchern nach außen. An machen Orten stehen schon ganze Häuserblöcke leer. Die Menschen, die sich den Traum vom Eigenheim erfüllen, scheinen nicht zu begreifen, dass sie sich damit immer weiter von genau dem entfernen, was sie eigentlich möchten: dem Zugang zur unverstellten Natur. Je mehr die Städte wachsen, desto weiter müssen die Stadtbewohner reisen, um die freie Natur erleben zu können. Insgesamt erhöhen sich damit die Mobilitätskosten: eine Familie mit Kindern braucht oft schon zwei Autos für all die Wege zur Arbeit, zum Einkauf, zur Schule, zur Klavierstunde oder zum Sportverein. Der private Autoverkehr beansprucht in den städtischen Ballungsgebieten etwa zehnmal so viel Platz wie es die Nutzung von Bahn oder Bus täte. Erst die rasante Erhöhung der Benzinpreise hat manchen Berufspendler mit Eigenheim im Grünen sehr nachdenklich gemacht und zwingt nun auch die Baupolitiker, Stadtplaner und Wohnungsbaugesellschaften, der Sanierung der Kernstädte den Vorrang einzuräumen. Die alte Idee der »Stadt der kurzen Wege,« in der man alles Lebensnotwenige zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Kinderwagen erreichen kann, wird wieder aktuell. Mittlerweile haben wir schon fast ein Viertel der Fläche der Bundesrepublik betoniert, geteert, versiegelt oder überbaut. Das schadet auch dem Klima und dem Wasserhaushalt. Es isoliert und reduziert den Lebensraum von Tieren und Pflanzen. Jedes Jahr werden etwa 500.000 Tiere auf Deutschlands Straßen totgefahren.

Es scheint eine unausrottbare Wunschvorstellung zu sein, ein frei stehendes Haus mit Doppelgarage und einem wenigstens handtuchgroßen Garten sein eigen zu nennen. Manche Menschen legen sich dafür ein halbes Leben lang krumm. Die bundesdeutsche Politik hat diesen Wunsch seit Konrad Adenauer genährt und gefördert. Und schon Ferdinand Lassalle hat vor 125 Jahren gewusst: »Es gibt nur ein einziges Mittel, die Arbeiterbewegung zu besiegen: man gebe jedem Arbeiter ein Eigenheim mit Garten!« Nun merken wir angesichts der Klimakatastrophe und der schrumpfenden Ölvorräte, wie verhängnisvoll diese Ruhigstellungs-Strategie war.

Nachdem nun in Deutschland so viele Häuser leer stehen, könnten theoretisch sehr viele Menschen nun endlich weniger beengt leben als früher. Wenn sie es über sich brächten, dorthin zu ziehen, wo es Wohnungen im Überfluss gibt. Wir sollten die Menschen mobilisieren, anstatt die Immobilien abzuräumen und woanders neu zu bauen. Die Hausbesetzerbewegung hat gezeigt, wie historische Wohnungen kreativ aus- und umgebaut, wie Räume zusammengelegt, Hofgärten und Dachterrassen angelegt und Häuser gemeinschaftlich genutzt werden können.

Damit wir uns recht verstehen: Es soll hier nicht ein jeder dazu verdonnert werden, unbedingt in ein altes Haus zu ziehen oder gar ein solches zu erwerben. Wir wollen nur einen Diskurs darüber in Gang bringen, warum es besser sein kann, in einem alten Haus zu leben. Es gibt nämlich viele gute Gründe, sachliche und seelische, ein altes Haus einem Neubau vorzuziehen. Zum Beispiel diese:

Die Waldemarstraße in Berlin-Kreuzberg zur Zeit der Hausbesetzungen Anfang der 80er Jahre Foto: Dietmar Kramer, Berlin

Das ökologische Gewissen. Wer ein altes Gebäude weiternutzt, muss es nicht zerstören und abräumen, um einen Neubau zu errichten. Beides – der Abriss und der Neubau – kostet sehr viel Energie, die gespart werden könnte. Wer sich ins Vorhandene fügt, schont die Umwelt, bewahrt die Geschichte und vermeidet es, das gewachsene Erscheinungsbild des Ortes zu beeinträchtigen und zu beleidigen. Die »ökologischste« Bauweise besteht darin, gar nicht (neu) zu bauen, sondern vorhandene Bauten zu reparieren, sie zu ertüchtigen und umzunutzen.

Die Haltbarkeit. Die meisten Häuser, die vor 1919 erbaut worden sind, wurden, wie man damals sagte »für die Ewigkeit« gebaut. Die Mauerstärken und Balkenquerschnitte, Treppenhäuser und Dachstühle waren so dimensioniert und ausgeführt, dass sie jahrzehntelangen Belastungen und wechselnden Nutzungen standhielten. Sogar die Fenster und Türen waren von so guter Qualität, dass es noch heute in der Regel sinnvoller ist, sie zu reparieren als sie zu entsorgen und durch neue Produkte (z.B. Kunststofffenster) zu ersetzen. Die historischen Baumaterialien sind oft wieder verwendbar und dann immer noch beständiger und brauchbarer als das, was heute in den Baumärkten angeboten wird. Heute erbaute Eigenheime haben eine durchschnittliche Lebensdauer von dreißig bis fünfzig Jahren. Der Dachstuhl mit den dünnen Sparrenquerschnitten wird manchmal schon vom nächsten Sturm hinweggefegt, die Dachdekkung muss oft schon nach zehn Jahren erneuert werden. Nach drei bis fünf Jahrzehnten kann der ganze Bau dann als Sondermüll entsorgt werden. Qualitätsvollere Neubauten sind oft richtig teuer. Dagegen halten historische Bauern- und Bürgerhäuser nicht selten dreihundert Jahre und mehr.

Das menschliche Maß. Die alten Häuser sind in der Regel mit Menschenkraft erbaut. Die Steine mussten herbei getragen, die Balken gestemmt oder mit Kränen hochgezogen werden, also mussten sie so bemessen sein, dass sie handhabbar blieben. Das schlägt sich in den Dimensionen der Bauten nieder, in den Raumhöhen und Öffnungen. Aus dem dritten oder vierten Stock eines älteren Mietwohnhauses kann man das Geschehen auf der Straße noch im Blick behalten und den dort spielenden Kindern etwas zurufen. Aus dem 15. Stockwerk eines Hochhauses ist das nicht mehr möglich. Man spürt das menschliche Maß, wenn man durch Fachwerkstädte wie Alsfeld, Quedlinburg oder Hannoversch Münden geht. Das macht einen Großteil ihrer Schönheit aus, ohne dass das den Bewohnern und Besuchern immer bewusst wäre.

Regionale Baukultur. Vor mehr als 150 Jahren wurden die Materialien überwiegend mit Pferdefuhrwerken zur Baustelle gebracht, das war kostspielig. Deshalb wurden Baustoffe vorgezogen, die sich in der Region finden ließen: Felsen und Backsteine, Lehm und Sand, Stammholz und Weidenruten, Stroh und Reet. Diese Materialien garantierten ein gesundes Raumklima in dem fertigen Bau, sie waren überdies mehrheitlich wieder verwendbar, wenn das Haus einmal abgetragen werden musste. Daraus ergaben sich Stoffkreisläufe, Bauweisen und Stile, die aus den regional vorhandenen oder herstellbaren Materialien entwickelt worden waren. Das hat einmal den Charakter einer Region geprägt, das macht sie bis heute identifizierbar und unterscheidbar.

Authentizität. Ein großer Baum, eine alte Kirche, eine Allee, ein historisches Haus: das sind lebendige Zeugen der Vergangenheit, real im Raum stehende Objekte, die man anfassen und im Begehen oder Umschreiten erleben kann. Alles, was davon erhalten bleibt, stellt sich gegen die Entwirklichung und Virtualisierung der Welt. Nur das, was real vorhanden ist, trägt etwas zum wirklichen Reichtum der Erde bei, zu ihrer Schönheit und Vielgestaltigkeit. Es kann mit allen Sinnen wahrgenommen werden. Reale Natur-, Material-und Raumerfahrungen bieten andere Erlebnisse als die bunten Flimmerbilder, die der Wirklichkeit zunehmend den Rang streitig machen, und zwar besonders auch im Leben der Kinder, die in einer von Medien beherrschten Welt aufwachsen. Wenn Kinder dagegen die Chance bekommen, im Umgang mit Sand, Wasser, Holz, Lehm, Farbe, Stoff, Papier und Fell sinnliche Erfahrungen zu machen, und wenn in dem Fell gar noch ein lebendiges Tier steckt oder wenn sie schon in jungen Jahren am Feuermachen, Kochen oder Brotbacken beteiligt werden, dann können sie so sehr viel komplexere und direktere Eindrücke gewinnen als im Betrachten von Videofilmen oder Computerspielen. Der Schutz von authentischen historischen Objekten und Bauten ist zugleich ein praktischer Widerstand gegen die Beschleunigungsprozesse der Moderne. Er setzt Beharrung, Bewahrung und Erhaltung gegen den immer schnelleren Ressourcenverbrauch, Materialumschlag und Stoffdurchfluss.

Geschichtlichkeit. Es ist etwas anderes, ob wir in einem Neubau leben oder in einem Haus, in dem schon Generationen vor uns gelebt haben. Es ist die Vergegenständlichung früher gelebten Lebens, ein Werk von Menschen, die wir nicht kennen konnten, durch deren Bau-Werk wir aber mit ihnen ins Gespräch kommen können. Sie haben ihre Spuren hinterlassen, z.B. Zimmermannszeichen oder abgetretene Treppenstufen. Man kann sich selbst als ein Zwischenglied in der Geschichte der Bewohner eines Hauses erfahren. Da war jemand vor uns. Und es wird hoffentlich auch noch jemand nach uns kommen. Es lässt sich vorstellen, wie hier früher gelebt und gestorben, gearbeitet und gefeiert wurde. Alte Häuser können tatsächlich so etwas wie eine Aura haben, einen Geist, der noch in den Räumen weht. Das gilt nicht nur für die Wohnräume von Goethe und Schiller in Weimar. Dass die Jugendzentrums- und Fabrikbesetzerbewegung der siebziger Jahre sich zu den leer stehenden Industriebauten des 19. Jahrhunderts hingezogen fühlte, lag wohl nicht nur an den faszinierenden Raumdimensionen, sondern auch an den Spuren der Arbeitswelt, die in den Räumen noch erfahrbar war.

Manche Bauten enthalten versteckte Botschaften, die mitunter erst sehr viel später gelesen werden können. In einem mecklenburgischen Gutshaus war hinter einer Türzarge das Liebesgeständnis eines Tischlers auf einem Stück Holz versteckt, das den erstaunten Besitzern 125 Jahre später in die Hände fiel:

»Hier arbeitete ich vom 4. August bis Mitte September 1862 bei dem Pächter Herr Brudlow. Die Wirtschafterin und Meierin Christine Floring von der Meierei zu --- wollte ich mich zur Braut anschaffen, aber der Radmacher Sult kam mir zuvor und so musste ich abtreten. Carl Palm aus Labnitz zu Sachsen-Anhalt.« (Wörtlich zitiert).

An den Stadtmauern und Tortürmen, Bauernhäusern und Schlössern, Industrieanlagen und Verkehrsbauten ist die Geschichte ablesbar. Jedes dieser Bauwerke ist eine historische Quelle, die uns nicht weniger eindrücklich als mancher Roman oder Film von der Vergangenheit erzählt und von den Menschen, denen sie ihre Existenz verdankt. Wir wären sehr viel ärmer, wenn wir dieses aufgeschlagene Geschichtsbuch der gebauten Realität nicht hätten.

Lebensqualität. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alte Häuser, besonders auf dem Lande und in kleineren Städten, wo es oft noch einen Zugang zu angrenzendem Grün (Garten, Park, Straßenbäume etc.) gibt, ihren Bewohnern eine höhere Lebensqualität bieten können als Neubauten. Natürliche Materialien wie Holz und Lehm, das gesunde Raumklima, die Maßverhältnisse und Raumabmessungen, der »Atem der Geschichte«, die Einmaligkeit und Authentizität des Hauses erhöhen das Lebensgefühl der Bewohner. Es ist ein Glück, wenn man dann sagen kann: hier bin ich angekommen, hier fühle ich mich wohl, hier bin ich zuhause. Man muss ja deshalb nicht gleich spießig werden.●

Konrad Kantstein ist Kulturhistoriker und ehrenamtlicher Hausretter und Denkmalschützer.

ÜBERBLICK

Social Web

Was ist das Web2.0?

Das WorldWideWeb (WWW) ist der populärste Dienst im Internet. Bis vor wenigen Jahren zeichnete es sich vor allem dadurch aus, dass die dort vorzufindenden Inhalte schlicht abgerufen wurden. Der Umgang mit dem Medium war von Passivität geprägt, denn nur in Ausnahmefällen steuerten die InternetnutzerInnen selbst Inhalte, etwa in Form einer eigenen Homepage, bei.

Von Timo Luthmann, Osnabrück ● Web2.0 propagiert einen grundlegenden Wandel im Umgang mit dem WorldWideWeb. Unter dem Schlagwort »Mitmachnetz« beschreibt Web2.0 vielfältige Möglichkeiten der Partizipation. Möglichkeiten zum aktiven Austausch oder zur Beteiligung boten sich den NutzerInnen dabei schon vor dem Aufkommen des Web2.0. Internetdienste wie Chats, Foren und die E-Mail-Funktionalität sind traditionelle Säulen des Onlinemediums. Was also zeichnet das Mitmachnetz aus?

Charakteristisch für das Web2.0 ist seine einfache Handhabbarkeit. Die NutzerInnen können ohne technisches Vorwissen eigene Beiträge im WorldWideWeb publizieren, Beiträge anderer kommentieren, sich virtuell vernetzen oder in Foren präsentieren. Hinter solchen Internetseiten kommen Softwarelösungen zum Einsatz, die eine Beteiligung überhaupt erst ermöglichen, so genannte Social Software. Diese wertet das Abrufnetz WorldWideWeb technisch auf und überführt es in das leicht zu bedienende »Internet zum Mitmachen«. So ist es NutzerInnen möglich, beispielsweise Beiträge auf Wikipedia zu veröffentlichen oder ein Video auf YouTube einzustellen.

Wie verschiebt das Web2.0 die Macht konkret?

Publizieren

Das Web2.0 verschiebt durch die neuen Möglichkeiten Texte, Videos und Audiobeiträge zu publizieren, die alten Begrenzungen des öffentlichen Ausdrucks. Dabei vollzieht sich eine Massenamateurisierung der Medienproduktion. Die bürgerliche Öffentlichkeit geprägt durch die Massenkommunikation (One-To-Many) verwandelt sich in eine **vernetzte Öffentlichkeit**, die eine wechselseitige Kommunikation (Many-To-Many) zulässt.

Gruppen gründen

Das am stärksten transformative Potential des Web2.0 ist nach Clay Shirky die Möglichkeit, einfach neue Gruppen zu gründen. Dabei nimmt er an, dass bisher für die meisten Aspekte des modernen Lebens die Grundlösung gewesen ist, Menschen in Organisationen zu vereinen. Doch je größer Gruppen sind, desto komplexer sind sie und desto höher sind die Transaktionskosten, wie z.B. Such-, Informations- und Entscheidungskosten.

Die Senkung der Transaktionskosten durch soziale Werkzeuge wie Blogs, Wikis und Soziale Netzwerke hat dazu geführt, das Gruppengründungen wesentlich einfacher sind und dadurch Alternativen zu institutionellem Handeln entstehen: **Lose strukturierte Gruppen, die ohne organisatorisches Management und jenseits des Profitmotivs handeln.**

Kooperieren

Das Web2.0 ermöglicht eine Vielzahl von verschiedenen Kooperationsmöglichkeiten. Die einfachste Kooperationsstufe ist das **Teilen** von digitalen Gütern wie z.B. Fotos auf einer Fotoplattform wie flickr. Die nächste Stufe der **Kooperation** ist kollaborative Produktion z.B. von Texten für die Wikipedia. Kollaborative Produktion ist eine weiterentwickelte Form der Kooperation, die die Spannung zwischen dem Individuum und der Gruppe erhöht. Die höchste Form der Kooperation ist **kollektives Handeln**, welches eine gemeinsame Vision benötigt. Ein Beispiel für eine Gruppe, die kollektiv agiert und für die verschiedenste Social Software eine strategische Bedeutung hat, bzw. erst vielfältiges Handeln ermöglicht, ist z.B. der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat).

Doch wie sieht die Web2.0-Nutzung durch die Menschen in Deutschland praktisch aus?

Bei den meisten Angeboten ist es laut der ARD/ZDF-Onlinestudie 2008 nur eine geringe Zahl von Menschen, die für die Bereitstellung der Inhalte sorgt und so die Idee des aktiven Mitmachens weiter trägt. So rufen 51 Prozent der NutzerInnen beispielsweise Inhalte auf Videoportalen ab, bereitgestellt werden diese aber von gerade einmal 3 Prozent der NutzerInnen. Massenattraktiv ist also nicht der Mitmachgedanke des Web2.0, sondern ein schlichtes Unterhaltungs- und Informationsbedürfnis, welches durch nutzerInnen-generierte Inhalte einer Minderheit befriedigt wird. Für AktivistInnen mit Mitteilungs- und Partizipationsbedürfnis aber bietet das Web2.0 vielfältige Möglichkeiten. Dies sind die bescheidenen Anfänge eines offenbar evolutionären Prozesses. Mit einer Ausnahme: Bei Sozialen Netzwerken funktioniert der Gedanke des »Mitmachens«. Profile werden angelegt, Gruppen gegründet, die Menschen partizipieren aktiv. Somit kommt Sozialen Netzwerken eine strategische Bedeutung zu.

»The invention of a tool doesn't create change; it has to have been around long enough that most of society is using it.« Clay Shirky (Übers.: »Die Erfindung eines Werkzeugs bewirkt keinen Wandel; es muss lange genug da gewesen sein, damit der größte Teil der Gesellschaft es nutzt.« d. Red.)

Wo wurden Web2.0-Anwendungen schon für Selbstorganisation und politische Kommunikation genutzt?

Das beste Beispiel über die Wirkungsmächtigkeit dieser Werkzeuge ist die Obamakampagne, welche aktiv Soziale Netzwerke, Videoplattformen und Mikroblogs genutzt hat, um seine Basis zu mobilisieren und Geld zu sammeln. Ohne sein Soziales Netzwerk *mybarakobama.com* wäre Obama nicht Präsident geworden.

Welche Einschränkungen gelten für das Web2.0?

Digital Divide

Die digitale Kluft grenzt massiv Menschen durch nicht vorhandene Internetanschlüsse und mangelnde digitale Kultur- und Kommunikationstechnik und deren Vermittlung vom emanzipatorischen Potential des Internets aus. In Deutschland sind ca. ein Drittel der Bevölkerung offline und global gesehen 85%.

Mangelnde Kulturtechnik des Digitalen

Mangelndes Bewusstsein im Umgang mit digitalen Medien birgt ein Gefahrenpotential, insbesondere beim sorglosen Umgang mit persönlichen Informationen. Um das Potential des Web2.0 positiv zu nutzen, ist ein bewusster Umgang mit (persönlichen) Informationen und Medien notwendig, weswegen der Vermittlung von Medienkompetenz und der Kulturtechnik des Digitalen eine wichtige Rolle zukommt.

Überwachung

Durch die Vorratsdatenspeicherung und andere Überwachungsmaßnahmen wie z.B. die »Great Firewall of China« wird das emanzipatorische Potential des Web2.0 beschränkt. Andererseits kontrollieren Medienkonzerne alle großen Sozialen Netzwerke.

Wie sieht eine emanzipatorische Perspektive aus?

Für Soziale Bewegungen sind eigene Strukturen unerlässlich. Deshalb ist es fatal, sich bei strategischen Kommunikationsmitteln wie Sozialen Netzwerken, wo eine Fülle von persönlichen Daten anfallen, auf kommerzielle Anbieter zu verlassen, die nicht demokratisch kontrolliert werden können. Der informationsbasierte Ansatz von indymedia muss um Soziale Netzwerke erweitert werden. Deshalb entwickelt die Genossenschaft mensch.coop eG gerade die Open-Source-Software LOSP für dezentrale Soziale Netzwerke und möchte selbst ein Soziales Netzwerk für Solidarische Ökonomie, Soziale Bewegungen und Kunst/Kultur unter http://mensch.coop anbieten.●

EIN BLICK ZURÜCK

Computernetz 1.0: Das CL-Netz

Das CL-Netz (www.cl-netz.de) war Anfang der 1990er Jahre in Deutschland die erste bedeutende Infrastruktur zur Computervernetzung von Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen und -organisationen im deutschsprachigen Raum. Die Online-Kommunikation über CL nahm Elemente des Web 2.0 vorweg: themenorientiertes gemeinschaftliches Arbeiten und Diskutieren.

Gabriele Hooffacker, München ● Zu den ersten Online-Systemen zählten die 1987 gegründeten *Bionic* aus Bielefeld, *LINKS* aus München (daraus entstand *LINK-M*) sowie die 1988 gegründete *OLN* aus Hannover. 1988 stellten Peter Lokk und Gabriele Hooffacker beim »Alternativen Mediengipfel« in Darmstadt das CL-Netz vor.

Sie schrieben dazu 1991 : »Den Computer für die politische Arbeit einsetzen – sollen wir, oder sollen wir nicht? Siebenundzwanzig Frauen und Männer unterschiedlichster Herkunft (dabei waren auch die CONTRASTE-Redaktionen Heidelberg und Nürnberg), alle politisch oder im Umweltbereich engagiert, diskutieren einen Abend lang. Die Erregung steigt, der Lärmpegel auch. Peter, alles andere als ein Computerfreak, steigt auf einen Stuhl und erkämpft sich Gehör. »Bevor wir uns den Schädel einschlagen: Wer von euch arbeitet überhaupt mit dem Computer?« Eine Hand geht hoch, eine zweite. Gemurmel. Weitere Hände heben sich. Schließlich sind alle Hände oben – ein überraschendes Ergebnis des »alternativen Medien-Treffens«. Alle setzen Computer ein, fast alle klagen: Die Hardware bringt es nicht, das Gestalten von Broschüren und Magazinen ist mühsamer als vorher, Flugblätter sehen schlechter aus, Augenflimmern stellt sich ein, teuer war das Ding auch.

In derselben Runde ist zu hören: Der Computer kann Wunderdinge. Staat und Wirtschaft setzen Computer längst ein, ein Knopfdruck, und alle Informationen über dich oder mich sind verfügbar. Sollten wir nicht besser bei der Schreibmaschine oder beim handschriftlichen Brief bleiben? Das Fazit von 1991 ist auch 18 Jahre später gültig: »Ähnliche Diskussionen haben wir wiederholt geführt. Computer pfui, bäh – oder: Ohne Computer geht es nicht. Doch Ängste, Wünsche, Vorurteile helfen nicht weiter. Im Gegenteil: Sie stehen der sachlichen Information im Weg.(...)« (**Quelle:** *M. Goldmann/ G.Hooffacker (1991): Politisch arbeiten mit dem Computer, Reinbek*).

Im Oktober 1989 gibt es LINKSystem-Mailboxen bereits in acht Städten – München, Köln, Nürnberg, Saarlouis, Hannover, Lörrach, Aachen und Mannheim. Die Bürgerrechtsbewegung der DDR unter dem Pseudonym *ZENTRAL_GREIF* sendet ihr Gründungsdokument an die LINK-H. In Zusammenarbeit mit Udo Schacht-Wiegand (Hannover) kooperieren die Online-Angebote */COMPOST* und */LINKSYS*.

1990 veröffentlichte Gabriele Hooffacker in der Computerzeitschrift »Computer Persönlich« den ersten Beitrag über ein rechtsextremes Mailboxnetz. Sie hatte den folgenden Textauszug im *Thule-Netz* recherchiert:

»Es geht keinesfalls darum, eigenständige staatliche Gebilde oder ähnlichen Unsinn ins Leben zu rufen. Nein, befreite Zonen bedeutet für uns (..) die Etablierung einer GEGENMACHT. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen WIR faktisch die Macht ausüben, in denen WIR sanktionsfähig sind, d.h. WIR bestrafen Abweichler und Feinde, WIR unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten (..)« Sie analysierte: »'Vernetzung' heißt das Schlagwort, das die Rechtsextremen den Bürgerinitiativen der 80er Jahre abgeschaut und ihren politischen Zielen angepasst haben. Organisatorischer Hintergrund der im Thule-Netz zusammengeschlossenen Gruppen: ein Bündnis zwischen der legalistischen NPD und ihren Nachwuchsorganisationen Junge Nationaldemokraten (JN) und Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) auf der einen und der rechtsextremen 'Freiheitlichen deutschen Arbeiterpartei' (FAP) auf der anderen Seite. In der Erlanger Mailbox 'Widerstand' treten Organisationen quer durch die rechten Reihen auf: von den 'Stiefelnazis' bis zu REPs und Redakteuren der rechtsintellektuellen Zeitschrift 'Junge Freiheit'. Ihre Pseudonyme: Strolchi, Warlord, Hagestolz, Blunck, Loki, Alfred Tetzlaff. Ihr Hintergrund: Fast alle gehören zur Fraktion der intellektuellen 'Neuen Rechten'.«

Auf der END-Konvention in Helsinki wird 1990 der Beitritt des CL-Netzes zum weltweiten nichtkommerziellen Mailboxverbund »Association of Progressive Communications« (APC) verabredet. »European Nuclear Disarmament« (END) war eine Kampagne der Friedensbewegung, die sich mit den Folgen des Kalten Kriegs auseinandersetzte. 1991 endete die END-Convention in Moskau spektakulär: Auf dem Workshop »Telecommunications for peace« hatten sich Computernetzwerker aus Europa, den USA und der Sowjetunion getroffen. Mit ausdrücklicher Förderung durch Gorbatschow war in Moskau der Telekommunikationsdienst »GlasNet« entstanden, der über die APC mit dem deutschsprachigen CL-Netz verbunden war. Einen Tag nach Ende der END-Convention begann der Putsch gegen Gorbatschow. Das Ende der Sowjetunion wurde sichtbar. Die Putschisten hatten die Auslandsverbindungen von Moskau aus unter Kontrolle. Doch über die Computernetze der Mailboxbetreiber gelangten die Informationen von Moskau innerhalb der Sowjetunion weiter bis nach Weißrussland, von dort nach Estland, über eine Telefonleitung nach Helsinki, und von dort nach Los Angeles, London, Hannover und München in die ganze Welt. Auf diese Weise hielten die Friedensaktivisten weiterhin Kontakt und informierten in ihren Heimatländern die Öffentlichkeit über die Vorgänge in Moskau.

1991 veranstaltete Eric Bachman, als der Krieg in Jugoslawien begann, bei den Friedensgruppen vor Ort Seminare für gewaltfreien Widerstand. »Za Mir« bedeutet in den meisten Sprachen, die im ehemaligen Jugoslawien gesprochen werden »für den Frieden«. Das Zamir Mailbox-Projekt wurde eingerichtet, um Friedens-, Menschenrechts- und Mediengruppen in den verschiedenen Landesteilen eine Möglichkeit zu ge-

Fortsetzung auf Seite 8

POLITISCHE ARBEIT

Social Web

Schöne neue Internet-Welt

Kaum ein Begriff hat in den letzten Jahren für so viel Wirbel gesorgt wie das Schlagwort vom Web 2.0. Doch was ist dran an der schönen, neuen Internetwelt mit ihren sozialen Netzwerken, Weblogs, Foren und Videoportalen? Und wie lassen sich diese neuen Kommunikationsformen für die politische Arbeit nutzen?

Von Wiebke Johanning, Verden ● Antworten auf diese Fragen findet man vor allem bei den politischen Gruppen, die bereits einen großen Teil ihrer Arbeit über das Netz organisieren. Dazu gehört das Online-Netzwerk *»Campact«*, das Kampagnen organisiert, mit denen sich Menschen via Internet in politische Entscheidungen einmischen. Aktuell sammelt *»Campact«* mit Online-Petitionen Unterschriften für den Ausstieg aus der Atomenergie und gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke. Außerdem können BürgerInnen auf der Campact-Internetseite eigene Fotos und Slogans gegen Gentechnik hochladen, die dann vor dem Landwirtschaftsministerium in Berlin plakatiert werden – ein gutes Beispiel für das Mitmach-Web neuester Prägung.

Für Campact-Mitarbeiterin Julia Seeliger ist klar: »Politische Kampagnen müssen das Web 2.0 nutzen, um die Leute zu erreichen. Schließlich hat Obama gezeigt, dass man damit sogar US-Wahlen gewinnen kann.« Die Vorteile der neuen Kommunikationsmöglichkeiten liegen für Seeliger auf der Hand: »Man kann damit sehr viel Aufmerksamkeit erringen und zielgenau Leute ansprechen und vernetzen.« Campact betreibt dafür ein eigenes Mitglieder-Netzwerk. Außerdem nutzt *»Campact«* von Zeit zu Zeit den Mikronachrichtendienst *Twitter*, um Anhänger über den Verlauf von Aktionen zu informieren. Das größte Kapital des Online-Netzwerks bleibt aber sein riesiger E-Mail-Verteiler. »Damit erreichen wir insgesamt über 90.000 Leute«, erklärt Seeliger. Sie ist allerdings auch überzeugt, dass politische Arbeit nicht auf das Internet beschränkt bleiben darf: »Es ist wichtig, dass die Kampagnen vom Internet in den Offline-Bereich überschwappen. Beides ergänzt sich.«

Kaya Deniz von der Datenschutz-Initiative *»Safer Privacy«*, sieht das ähnlich. Für ihn stehen Protestformen im virtuellen und im realen Raum gleichberechtigt nebeneinander. Anders könne man manchmal die Verantwortlichen auch gar nicht erreichen, erklärt Deniz: »Es gibt immer noch viele Politiker, die sich ihre E-Mails ausdrucken lassen, weil sie mit Technik nichts zu tun haben wollen. Denen muss man dann eben auch die Unterschriften von Online-Kampagnen ausdrucken und vors Büro karren.«

Dagegen seien Online-Aktionen gegen Unternehmen, die sich über das Internet vermarkten oder präsentieren, durchaus wirksam. »Das hat die Kampagne gegen die Abschiebepraxis der Lufthansa gezeigt«, sagt Deniz. Über 13.000 Menschen waren 2001 dem Aufruf antirassistischer Initiativen gefolgt, hatten gleichzeitig die Website der Fluglinie aufgerufen und dadurch für zwei Stunden lahmgelegt. Die Lufthansa stellte daraufhin Strafanzeige wegen Nötigung und Aufruf zu Straftaten. Von diesem Vorwurf wurden die Initiatoren der Online-Demonstration mittlerweile freigesprochen.

Doch das Web 2.0 verändert mit seinen technischen Möglichkeiten nicht nur die externe, sondern auch die interne Kommunikation vieler politischer Organisationen. Ein gutes Beispiel dafür ist der »Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung« (AK Vorrat), der 2005 von BürgerrechtlerInnen und DatenschützerInnen gegründet wurde und sich aus Spenden finanziert. Unterstützt wird der AK Vorrat auch von der Stiftung bridge, die sich für Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft einsetzt.

Ohne Aktionen vor Ort geht es nicht: Mit einem »Kohlosaurus« demonstrieren Campact-Anhänger in Mannheim gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke. Die Unterschriften zu der Aktion sammelt das Online-Netzwerk allerdings im Internet. Foto: CAMPACT

INFO

stiftung bridge – Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft

Die drei in dem Text vorgestellten Organisationen »Campact«, »Safer Privacy« und »AK Vorrat« werden gefördert von der »Stiftung bridge«, einer Treuhandstiftung unter dem Dach der »Bewegungsstiftung«. Bridge steht für Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft. Seit 2003 unterstützt die »Stiftung bridge« Kampagnen, die sich für Bürgerrechte wie Meinungsfreiheit und Datenschutz und für einen fairen Zugang zu Wissen einsetzen. Zu den aktuellen Förderprojekten von bridge gehört auch der Bielefelder Datenschutzverein »Foebud« und die »Kampagne gegen die E-Gesundheitskarte« des »Komitees für Grundrechte und Demokratie«.
Antragsschluss für die nächste Förderrunde ist der 15. April 2009.
Mehr Informationen unter:
www.stiftung-bridge.de

Obwohl das Bündnis keine festen Organisationsstrukturen hat, es also weder eine formelle Mitgliedschaft noch offizielle Funktionsträger gibt, ist der AK Vorrat mittlerweile zum bekanntesten Aktionsbündnis im Kampf gegen staatliche Überwachung geworden. Zurzeit gehören dem AK bundesweit über 1.200 UnterstützerInnen in etwa 60 Ortsgruppen an. Rund 35.0000 BürgerInnen haben sich bisher an seiner Massenverfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung beteiligt. Und 50.000 Menschen folgten 2008 seinem Aufruf und demonstrierten in Berlin unter dem Motto »Freiheit statt Angst« gegen Datensammelwut und Überwachungsstaat.

Für Werner Hülsmann, der im AK Vorrat mitarbeitet, wären diese Erfolge ohne das Internet nicht realisierbar gewesen: »Ein großer Teil unserer inhaltlichen Arbeit findet im Netz statt«, sagt der Informatiker und Datenschutzberater, der auch als Stifter bei der *»Stiftung bridge«* eingestiegen ist. Diskussionen werden im AK vor allem über Mailinglisten und über das Wiki, einer gemeinsamen Textsammlung im Internet, geführt. Doch nicht alles lässt sich im virtuellen Raum regeln, erklärt Hülsmann: »Es finden auch regelmäßig lokale und bundesweite Treffen statt. Und für die Demonstration in Berlin haben wir mit ganz klassischen Formen mobilisiert – Plakate, Infostände, Spuckis und Flyer.« Werner Hülsmann ist überzeugt, dass jede Gruppe, die politisch erfolgreich agieren will, das Internet nutzen sollte. Allerdings hätten nicht alle die dafür nötigen Kapazitäten, die Infrastruktur und Manpower.

Das Ressourcen-Problem sieht auch Markus Beckedahl, Netzaktivist, Blogger und Gründer von *»Newthinking Communications«*, einer Internetagentur mit politischem Anspruch. Gleichzeitig hat er festgestellt, dass es in manchen politischen Kreisen auch eine Abwehrhaltung gegen die neuen Kommunikationsformen gibt. Als Agenturchef hat Beckedahl schon Organisationen wie Greenpeace, Verdi und die Grünen in Sachen Internet-Kommunikation beraten und war jedes Mal überrascht, wie schwer sich manche damit tun. »Gerade bei Organisationen mit höherer Altersstruktur gibt es da psychologische Barrieren«, sagt Beckedahl. Dabei könne man mit dem Web 2.0 viel mehr Leute als bisher für Kampagnen gewinnen. »Man muss nur die richtigen Angebote machen.«●

CL-NETZ-FRÜHJAHRSTREFFEN 2009

Strategie Zukunft: Initiativen vernetzen sich

Das /CL-Netz ist seit mehr als 20 Jahren Schnittpunkt für viele Gruppen und Initiativen aus den Themenfeldern Antiatom, Antifaschismus, Umwelt, Politik, Datenschutz und direkter Demokratie. Das diesjährige Frühjahrstreffen bietet allen Aktiven die Möglichkeit, sich auszutauschen, neue Ideen zu entwickeln und gemeinsam an künftigen Projekten zu arbeiten.

Unsere Themen sind diesmal: Zusammenarbeit der vertretenen Initiativen – Was ist möglich und wie könnte es funktionieren? Dabei geht es um neue Überlegungen zur Weiterentwicklung des /CL-Netzes. Dazu treffen wir uns vom 26. bis 28. März 2009 in Nürnberg.

Anmeldung und Tagungsorganisation:
Nürnberger Medienakademie e.V., Peter Lokk, Humboldtstr. 117, 90459 Nürnberg
Tel.: (09 11) 43 58 67 und (0 89) 167 51 06,
Fax (0 89) 131406
Mail: Medienakademie@link-m.de

Anzeige

FORTSETZUNG VON SEITE 7

ben, miteinander zu kommunizieren – und mit dem Rest der Welt in Verbindung zu treten. Das war deswegen so schwierig, weil die Telefonleitungen zwischen den verschiedenen Teilen Ex-Jugoslawiens unterbrochen worden waren: Von Serbien aus war es nicht möglich, ein Gespräch nach Kroatien zu führen. Auslandsleitungen funktionierten aber noch. Die Nachrichten von der *Zamir-BG* in Belgrad wurden deshalb über die BIONIC in Bielefeld nach Zagreb zur *Zamir-ZG* geschickt. Es gab Zamir-Systeme in Ljubljana in Slowenien, Zagreb in Kroatien, Belgrad in Serbien, Tuzla in Bosnien, Pristina im Kosovo und sogar im mehrere Jahre lang von den Serben belagerten Sarajevo in Bosnien. Für viele Menschen dort war Zamir der einzige Draht nach außen. Die Mailbox in Sarajevo hatte drei Telefonzugänge und versorgte damit 5.000 (!) Teilnehmer/-innen.

1992 reiste Wam Kat aus der Friedensbewegung in Holland nach Kroatien, weil er es nicht mehr ertragen konnte, den Krieg in Jugoslawien im Fernsehen zu sehen. Er landete in Zagreb und wurde Systemadministrator der *Zamir-ZG*. Ursprünglich wollte er nur ein paar Monate bleiben – es wurden mehrere Jahre. So begann er Anfang 1992 Tagebuch zu schreiben, damit seine Kinder, die er in Holland zurückgelassen hatte, wussten, was ihr Vater macht, während er fort ist. Und er schrieb öffentlich, weil auch der Rest der Welt wissen sollte, was gerade in Ex-Jugoslawien passiert.

In seinem »Zagreb Diary« gibt er ausführliche Schilderungen der politischen Situation, der Kriegshandlungen, wie sie ihm von Leuten direkt berichtet wurden und kommentiert auch die Berichterstattung der lokalen Medien sowie CNN und SKY, die in Zagreb per Satellit empfangen werden können. Heute würde man sagen: Er bloggte. Er berichtet von der Verwirrung durch neue Straßennamen (nach politisch motivierter Umbenennung), von bettelnden Kriegsinvaliden in der Straßenbahn und der Beschämung der Fahrgäste, die nichts geben können, weil sie selbst nichts haben, von den Parks in Sarajevo, die nach und nach zu Friedhöfen umfunktioniert wurden und von allen Fleckchen freier Erde innerhalb der Stadt, wo Gemüse ausgesät wurde, um etwas zu Essen zu produzieren.

1993 ist über den */CL-Gate* nahezu jede E-Mail-Adresse auf der Welt erreichbar. Die E-Mail- und Newsanbindung an das Internet wird über das Leibniz-Rechenzentrum der Universität München organisiert. Das */CL-Netz* verbindet 1994 mehr als 200 Mailboxen und etwa 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in sieben europäischen Ländern. Zu den wichtigsten Veröffentlichungen zählt ein Beitrag im »SPIEGEL spezial« im April 1997 zur Computermesse *CeBIT*, in dem das *CL-Netz* als Avantgarde der Vernetzung gewürdigt wird. Beiträge erscheinen in der Leipziger Volkszeitung, der Süddeutschen Zeitung, der Wochenzeitung »Freitag«, der »Jungen Welt« und im Onlinemagazin »Konr@d«. Gabriele Hooffacker und der Verein »Kommunikation und Neue Medien e.V.« werden im Herbst mit dem Medienpädagogischen Preis 1997 der GMK Bielefeld für das CL-Netz ausgezeichnet. Das Preisgeld von 3.000 Mark kommt dem Verein zugute.

Heute ist das CL-Netz eine Sammlung von Internetforen auf Basis von Usenet-Technologie, die auch über mehrere Webportale und per *RSS-Feed* zugänglich sind. Eine ehrenamtlich arbeitende Redaktion sichtet eingehende Pressemitteilungen, Meldungen und Beiträge der User sowie aus den Medien und stellt sie nach Ressorts geordnet zur Verfügung.●

Buch zum Thema: Wem gehört das Internet? www.wem-gehoert-das-internet.de, München 2008

Anzeige

WIKI-PRINZIP

Social Web

Let's Wiki !

Web 2.0 wird zumeist mit »Mitmach-Internet« übersetzt. Das ist nicht falsch. Aber diese Interpretation des Web 2.0 greift beim Wiki-Prinzip zu kurz. Denn Wikis sind weit mehr als bloße Mitmach-Einrichtungen. Ihr eigentliches Potential ist es, dass sie Freiräume für die selbstorganisierte Zusammenarbeit von Menschen bieten. Wikis sind Labore, in denen neue Formen der Organisation von Arbeit und Wissen erprobt und gestaltet werden.

Das Konzept der »schnellen« Webseiten wurde nach dem Schnellbus »Wiki-Wiki« auf dem hawaiianischen Flughafen Honolulu benannt Foto: zordroyd/flickr.com

Von Jochen Schmück, Potsdam ● Das erste echte Wiki, das WikiWikiWeb, wurde am 25. März 1995 von dem US-amerikanischen Softwareentwickler Ward Cunningham ins Internet gestellt. Cunningham benannte das Konzept der »schnellen« Webseiten, die von jedem Besucher verändert werden können, nach dem Schnellbus »Wiki-Wiki« auf dem hawaiianischen Flughafen Honolulu.

Der Erfolg des Wiki-Prinzips ist eng mit dem Erfolg der weltweiten Open-Source-Software-Bewegung verbunden. Schon bald nach der Inbetriebnahme des WikiWikiWeb entstanden erste Klone der Software und Wikis wurden zu einem populären Online-Tool in der Szene rund um die Freie Software. Gerade für Projekte, die auf der Arbeit von Freiwilligen basierten und nicht von oben her gemanagt wurden, erwiesen sich Wikis als ein ideales Tool zur Planung und Steuerung des gemeinschaftlichen Vorhabens.

Den Durchbruch zu einem Massenmedium erlebte das Wiki-Konzept durch die Online-Enzyklopädie *Wikipedia*. Im Januar 2000 hatten die beiden US-Amerikaner Larry Sanger und Jimmy Wales die *Nupedia*, das erste Projekt zum Aufbau einer Online-Enzyklopädie, gestartet. Doch diesem Projekt war zunächst kein Erfolg beschieden, da der Prozess der Artikelproduktion sehr bürokratisch angelegt war. Die Artikel wurden von motivierten und fachkompetenten Freiwilligen verfasst, deren Texte vor Veröffentlichung einen komplizierten Prozess von Faktenprüfung, Lektorat und redaktioneller Finalisierung überstehen mussten. Dadurch hatten die Nupedia-Artikel zwar eine sehr hohe Qualität, aber das Projekt selbst wuchs sehr langsam.

Im Januar 2001 machte Larry Sanger den Vorschlag, ein Wiki nach Art des WikiWikiWeb als eine Art digitaler »Schmierzettel« für die Nupedia-Autoren einzurichten. Die unter der Domain wikipedia.com ins Internet gestellte Wiki-Plattform zog zur Überraschung der Nupedia-Redaktion viele neue Autoren an, die gar kein Interesse an der *Nupedia* selbst hatten. Das Projekt entwickelte eine starke Eigendynamik, die schließlich zur Einstellung der *Nupedia* und zum legendären Erfolg der freien Online-Enzyklopädie *Wikipedia* führte. Bis Ende des Jahres 2001 verfügte die Wikipedia bereits über 20.000 Artikel und erschien in 18 Sprachen. Inzwischen (1) erscheint

Benutzer-Sperrung bei Wikipedia

die *Wikipedia* in 260 Sprachversionen (2) und allein die englischsprachige Ausgabe beinhaltet über 2.700.000 Artikel (im Vergleich dazu verfügt die Onlineversion der renommierten Encyclopædia Britannica z.Z. über 120.000 Artikel).

In den Folgejahren wurde eine Vielzahl neuer Webportale auf Wiki-Basis gegründet. Das Wiki-Konzept wurde an verschiedene Arten von Texten angepasst, um auch nicht-enzyklopädischen Inhalten gerecht zu werden. Als Schwesterprojekte der *Wikipedia* erschienen z.B. *Wikinews*, *Wiktionary*, *Wikibooks*, *Wikisource*, *Wikiquote* und *Wikispecies*. Inzwischen gibt es Wikis zu jedem nur denkbaren Thema: Angefangen von »A« wie *Ameisenwiki.de*, das über die Biologie von Ameisen informiert, über das *DadAWeb.de*, dem Portal der deutschsprachigen Anarchie- und Anarchismusforschung, die Wikipedia-Parodie *Kamelopedia* (kamelopedia.mormo.org), die *Podopedia.de*, die Enzyklopädie der medizinischen Fußpflege, bis hin zu »Z«, wie *ZUM-Wiki* (wiki.zum.de), einer offenen Plattform für Lehrinhalte und Lernprozesse.

Die regulierte Anarchie der Wikis

Innerhalb der neuen webbasierten Medien ist das Wiki eine ideale Ergänzung zum Blog. Während das Blog (zumeist) die unbearbeitete, eigensinnige Stimme einer Einzelperson zum Ausdruck bringt, macht das Wiki als Medium eher für Gruppen Sinn. Die meisten Wikis sind Arbeitsgemeinschaften von Freiwilligen. Gemeinschaft basiert auf Vertrauen, und Vertrauen ist am ehesten vorhanden, wenn die Beteiligten einander kennen und für ihre Beiträge persönlich verantwortlich sind.

Natürlich sind in einem offenen System wie einem Wiki Konflikte der Benutzer wegen Meinungsverschiedenheiten vorprogrammiert. Dementsprechend haben in allen Wikis die Fragen der Konfliktlösung einen hohen Stellenwert. Mit den herkömmlichen Methoden der Konfliktlösung kommt man in einem Wiki nicht sehr weit. In einem Wiki gibt es eben keine zentrale Instanz, die durch ein Machtwort für »Ordnung« sorgen kann. Wikis sind im Prinzip dezentrale und nicht-hierarchische Einrichtungen. Es gibt zwar Administratoren und Sysops, die sich vor allem um die technische und inhaltlich-strukturelle Pflege des Wikis kümmern, die auch die Möglichkeit haben, Benutzer zu sperren. Aber eine Benutzer-Sperrung durch einen Administrator erfolgt erst dann, wenn der Konflikt nicht innerhalb der Autoren-Community selbst z.B. mit dem Mittel der Diskussion gelöst werden kann.

Rein technisch betrachtet ist das Wiki keine allzu originelle Erfindung. Das eigentliche Potential des Wikis liegt im sozialen Bereich. Das Wiki bringt Menschen dazu, sich Gedanken über Methoden der sozialen Selbstorganisation zu machen. Wikis sind deutlich mehr als bloße Mitmach-Einrichtungen nach Art der Freien Radios, die wie in Italien ab Mitte der 1970er Jahren mit dem Mittel des »offenen Mikrofons« versuchten, eine Gegenöffentlichkeit gegenüber den etablierten Medien zu schaffen. Wikis sind Medium und Organisationsplattform zugleich. Sie geben den Menschen die Möglichkeit, in freier Übereinstimmung kollektiv tätig zu werden und dabei über die Art und Weise ihrer Zusammenarbeit selbst zu entscheiden. Das macht Wikis zu einem sozialen Labor, in dem neue Formen der Organisation von Arbeit und Wissen erprobt und gestaltet werden können.

Wikis können durchaus als zeitgenössisches Beispiel für eine gelebte Anarchie (im Sinne von Ordnung ohne Herrschaft) betrachtet werden. Ähnlich wie die regulierten Anarchien unserer vorstaatlichen Vorfahren sind auch die Wiki-Communities unserer Tage auf die freie Übereinstimmung ihrer Mitglieder zur Einhaltung der gemeinschaftlich erarbeiteten Regeln angewiesen. Die meisten Web-Communities regeln den Umgang ihrer Mitglieder über eine sogenannte Netiquette (Kunstwort aus engl. net – Netz und etiquette – Etikette). Dort, wo keine Zwangsmechanismen eines auf Befehl und Gehorsam basierenden Ordnungssystems existieren, wirkt der moralische Appell und die soziale Sanktion – und das zumeist sogar mit ganz beachtlichem Erfolg.

In Wikis, die keine Zugangsbeschränkung kennen und anonyme Beiträge ermöglichen, kommt es gelegentlich zu sogenannten »Edit-Wars« (wörtlich: Bearbeitungskriege), wenn zwei oder mehrere Benutzer abwechselnd die Änderungen des jeweils anderen Benutzers rückgängig machen (»revertieren«) oder überwiegend überschreiben, in der Hoffnung, dass der andere irgendwann aufgibt. Dieses Verhalten wird allgemein als asozial abgelehnt, und in den meisten Wikis gibt es Regeln, die dieses Verhalten verbieten und die streitenden Benutzer auf die Diskussionsseite verweisen.

Ein Dauerstreitthema ist in der *Wikipedia* die Frage der Neutralität von Artikeln. Um zu verhindern, dass Nutzer die *Wikipedia* für weltanschauliche oder politische Propaganda missbrauchen, wurde für alle Wikipedias die Regel des neutralen Standpunkts (»neutral point of view«, NPOV) als verbindliches Prinzip eingeführt. Danach soll ein Artikel so geschrieben sein, dass möglichst viele Autoren ihm zustimmen können. Wenn zu einem Thema mehrere verschiedene Ansichten existieren, dann soll der Artikel diese fair beschreiben, aber nicht selbst Position beziehen. Artikel, deren Neutralität umstritten ist, werden mit einem Neutralitätsvermerk versehen (siehe Abb. Seite 7). In der Praxis wird natürlich heftig darüber gestritten, was »allgemein anerkannt« ist, und welcher Standpunkt an welcher Stelle im Artikel, wenn überhaupt, erwähnt werden soll. Gerade bei kontroversen Themen ist die Einhaltung des neutralen Standpunktes häufig ein mühevoller sozialer Prozess von nicht enden wollenden Diskussionen, der nicht immer von Erfolg gekrönt ist.

Doch das Neutralitäts-Modell der Wikipedia ist nur eine Variante, das Wiki-Prinzip praktisch umzusetzen. Einen anderen Weg geht beispielsweise das ebenfalls auf einer Wiki-Plattform publizierte *Lexikon der Anarchie* (lexikon-der-anarchie.de), das bewusst darauf verzichtet, unterschiedliche Standpunkte im Prozess einer kollektiven Konsensbildung miteinander in Einklang zu bringen. Vielmehr begegnet man dem Problem umstrittener Themen und Artikel dort wie folgt:

»Was wir nicht haben möchten, ist den Streit um die »richtige Sicht« der Dinge innerhalb unserer Beiträge, wie das bei Public-Domain-Publikationen leider häufig der Fall ist. Wer eine andere Sicht hat, soll eben einen eigenen Beitrag zum Thema schreiben, ganz im Sinne der Devise: Zu jedem Beitrag eine/n AutorIn und zu jedem Thema so viele AutorInnen, wie es unterschiedliche Sichtweisen gibt. Das ist das Sym-

Fortsetzung auf Seite 10

INTERVIEW

Social Web

Freie Netze für alle

freifunk.net ist eine lose Community. In vielen Städten und Dörfern gibt es lokale freifunk.net-Initiativen, die in allen Bereichen selbständig entscheiden, wie und zu welchen Bedingungen sie ihre Netzwerke betreiben. Da freifunk.net kein Verein ist und auch kein offizielles Organ besitzt, ist das Interview mit Jürgen Neumann ausschließlich die Darstellung seiner persönlichen Sichtweise. Jürgen Neumann arbeitet seit 1984 in verschiedenen Funktionen im IT-Sektor. Als Spezialist für strategisches IT-Management war er bereits für zahlreiche Firmen und Organisationen tätig. Er engagiert sich seit den 90er Jahren ehrenamtlich in verschiedenen Projekten, u.a. für die Etablierung und Verbreitung von freier OpenSource basierter Hard- und Software. 2002/3 gründete er im Rahmen von »mindworxs«, einem Netzwerk von OrganisationsberaterInnen, IT- und WebspezialistInnen, das Projekt freifunk.net mit.

CONTRASTE: *Welche Folgen erhofft sich freifunk.net von einem öffentlich zugänglichen, flächendeckenden WLAN-Netz?*

Jürgen Neumann: Zunächst muss gesagt werden, dass es gar nicht zwingend um ein WLAN-Netz geht (also ein Funknetz), sondern viel mehr um den freien Zugang zum Internet – oder noch präziser zu einem OPLAN-Netz (siehe www.oplan.org/concept/what.html), also einem offenen lokalen Netzwerk, über das alle die Möglichkeit haben, frei und ungehindert Daten auszutauschen, und welches selbstverständlich auch Übergänge (Gateways) zum Internet haben sollte. Wir reden vor allem nur deshalb so viel von WLAN, weil das kurzfristig die einzige Möglichkeit ist, ein solches Netz selbständig zu errichten. Das liegt zum einen an Gesetzen und Regularien (WLAN ist die einzige lizenzfreie Daten-Funkfrequenz) und zum anderen natürlich an den Kosten.

Ich glaube – wie viele andere Menschen auch – dass ein freies Netzwerk, zu dem prinzipiell alle Zugang haben, zunächst eine Frage der Chancengleichheit ist. Denn der Zugang zum Netz und die damit verbundene Möglichkeit der Information und Kommunikation hat unserer Einschätzung nach einen wesentlichen Einfluss auf die Chancen eines Individuums, einer Gruppe, einer Region, einer Gesellschaft und am Ende natürlich der Menschheit. Auf der Webseite http://start.freifunk.net/ heißt es dazu u.a.: »Unsere Vision ist die Demokratisierung der Kommunikationsmedien durch freie Netzwerke«. freifunk.net ist eindeutig eine Reaktion auf die Tatsache, dass es ein solches Netz bis heute nicht gibt.

Wenn ein solches Netz tatsächlich zustande kommen würde, wer würde dann die Kosten tragen?

Bei freifunk.net trägt jede und jeder die Kosten seines eigenen WLAN-Knotens selbst. Wer will, spendet darüber hinaus noch einen Teil seiner Internetbandbreite an die Community.

Wie finanzieren sich die Freifunk-Netze und in wessen Interesse handelt freifunk.net?

Im Interesse seiner und durch seine NutzerInnen.

Ist Freifunk politisch? Oder eher eine rein zweckgebundene Interessensgemeinschaft?

Als typische Community ist freifunk.net selbst nicht politisch – wenn gleich viele Aktive eindeutig auch netz-politische Interessen verfolgen und in vielen Fällen sich auch in entsprechenden Organisationen engagieren.

Welchen Zusammenhang sieht Freifunk zwischen der eigenen Arbeit und alternativen Modellen von Erwerbsarbeit (z.B. der digitalen Bohème)?

Durch WLAN, oder genereller, »funkbasierte Netze« wird es möglich, seinen individuellen Arbeitsplatz theoretisch an einen beliebigen Ort zu verlagern. Da freifunk.net-Initiativen besonders dort entstehen, wo noch keine gute, preiswerte und flächendeckende Breitband-Versorgung existiert, entsteht oft ein Zusammenhang, da viele Menschen heute für Ihre Arbeit einen guten Zugang zum Internet benötigen. Darüber hinaus schafft ein existierendes freifunk.net-Netzwerk natürlich auch die Voraussetzungen, um ortsunabhängig per WLAN an irgendeinem Ort arbeiten zu können. Die Arbeit der freifunk.net-AktivistInnen ist in aller Regel ehrenamtlich. Das erworbene Wissen lässt sich aber natürlich in vielen Bereichen gut und auch kommerziell einbringen.

Versteht sich Freifunk als eine Organisation(sform) der digitalen Bohème?

Ich glaube das Selbstverständnis entspricht eher dem DIY (Do-It-Yourself) Gedanken. Aber die Grenzen sind da wahrscheinlich fließend.

Welche Rolle spielen freie Netze beim Übergang zu und in einer Wissensgesellschaft?

Nach unserer Überzeugung könnten sie eine extrem wichtige Rolle haben.

Wie ist das Verhältnis zwischen der Freifunk-Initiative und dem freien Markt der Internetanbieter zu bewerten? Gibt es ein Konkurrenzverhältnis?

Nein. Das Verständnis von freifunk.net und das eines Internetproviders in Bezug auf ein Netzwerk sind unterschiedlich. Der Provider verkauft in der Regel einen asymmetrischen Internetzugang, wir bauen gemeinsam mit allen NutzerInnen unser eigenes Netzwerk (OPLAN) mit Internetanbindung. Das ist ein riesengroßer Unterschied.

Kann sich die digitale Bohème nur in rein zweckgebundenen Initiativen (Freifunk) organisieren, oder würde sie auch weitergehende Initiativen initiieren können?

Ich glaube, dass es innerhalb der digitalen Bohème prinzipiell jede Organisationsform oder Einheit geben kann – egal ob Community, Verein, GmbH oder sonst was.

Wie ist das Verhältnis zwischen Freifunk und anderen internetbasierten politischen Initiativen wie der Piratenpartei oder Netzpolitik.org?

Gut, denn viele unser Akteure sind selbst Mitglied in solcherlei Organisationen.

Die Fragen für CONTRASTE stellte Bernd Hüttner.●

Was ist freifunk.net?

freifunk.net ist eine nichtkommerzielle, freie und offene Metacommunity, die 2003 gegründet wurde. Ihr Ziel ist es, überall einen kostenfreien kabellosen Internetzugang anzubieten. Sie versteht sich als Teil der weltweiten Bewegung für freie drahtlose Netzwerke. Ihr Handeln und ihr Selbstverständnis basieren auf dem Konzept der lokalen öffentlichen Netzwerke für Internetzugang (vgl. www.oplan.org), das von dem englischen Internetpionier Malcolm Matson entwickelt wurde. freifunk.net möchte nicht nur technische und allgemeine Informationen über offene kabellose Netzwerke bereitstellen, sondern versucht ebenso, bei Einzelpersonen und in der Öffentlichkeit das Bewusstsein über die Notwendigkeit von freier Information und Kommunikation zu verbreiten.

Weitere Informationen auf http://blog.freifunk.net/.

REZENSION

Standardwerk zum Social Web

Das vor einem Jahr abgeschlossene Buch *Social Web* kann als preiswertes sozialwissenschaftliches Standardwerk zum Thema Web 2.0 gelten. In ihm geht es weniger um die Technik des Web 2.0, sondern die sozialen Aspekte, die hier aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive untersucht werden. Im Mittelpunkt stehen die medial vermittelten Kooperationsformen, die kollektive Meinungsbildung und der Austausch verschiedener Gruppen und Einzelpersonen.

Nach einer kurzen Einführung zur Geschichte des Internet widmen sich die drei AutorInnen der Kollaboration als wesentlicher Dimension der sozialen Interaktion in und mit Hilfe des Netzes. Dazu werden die verschiedenen Instrumente in ihrer Geschichte und spezifischen Funktionsweise ausführlich vorgestellt: Weblogs, Wikis, Social Network-Dienste, Social Sharing.

Im dritten Teil geht es dann um die Theorie oder die *gesellschaftliche* Bedeutung des Social Web. Diese sehen die AutorInnen vor allem darin, dass über die von NutzerInnen erzeugten Inhalte und Kooperationen jene einen empfundenen Mangel beheben. Die NutzerInnen gehen gegen ihre Isolierung und Vereinsamung im High-Tech-Kapitalismus an und mischen sich in die Kämpfe um Bedeutung und Anerkennung ein. Nicht zuletzt geht es im *Social Web* auch um Kreativität und Unterhaltung. Die AutorInnen sind nicht naiv, sie sehen die massiven ökonomischen Interessen, die es rund um das Web 2.0 gibt, sehr wohl, von Datenschutz- und Urheberrechtsproblemen und so weiter ganz abgesehen.

Das Buch ist als Lehrbuch konzipiert und es ist auch eines, und das in einem durchaus positiven Sinne, denn es verfügt über eine klare Gliederung und Formatierung und auch mit Grafiken wird nicht gespart. Es richtet sich nicht in erster Linie an am Thema Interessierte aus den sozialen Bewegungen, oder an Menschen, die das *Social Web* für politische oder oppositionelle Zwecke nutzen wollen. Es kann aber von diesen sehr gut genutzt werden.●

Bernd Hüttner

Anja Ebersbach, Markus Glaser, Richard Heigl: Social Web, UVK Verlag Konstanz 2008, 278 S., 19,90 EUR

FORTSETZUNG VON SEITE 9

pathische am Anarchismus: Wir müssen uns nicht auf die eine verbindliche Sicht der Dinge einigen. Denn die anarchistische Art, die Dinge zu sehen, ist die Perspektive der Vielfalt.« (3) Wikis sind offen für alle möglichen Ordnungssysteme. Selbst autoritäre Systeme sind vorstellbar. Die kreativsten Wikis sind aber mit Sicherheit diejenigen, deren Mitglieder ein Maximum an individueller Freiheit genießen und sich dabei ihrer persönlichen Verantwortung für die Gemeinschaft bewusst sind.

Weisheit der Massen oder Digitaler Maoismus?

In der Wiki-Welt ist die Ansicht recht häufig verbreitet, dass es kaum ein Problem gibt, das nicht durch den kollektiven Prozess der Einflussnahme seiner Teilnehmer korrigiert werden kann. Dieses Vertrauen in die »Weisheit der Massen« oder in die »Schwarmintelligenz« geht bis hin zur Vision des Internets als einem »globalen Gehirn«, in dem jeder Mensch eine Nervenzelle ist. Vergleichbar mit einem Bienenschwarm oder einem Ameisennest würde das Kollektiv eine »höhere Intelligenz« hervorbringen, die ein Einzelner der Gruppe nie in dieser Qualität entwickeln könnte.

Gegen diese Auffassung, die mit dem Aufkommen des Web 2.0 selbst in Wissenschafts- und Wirtschaftskreisen zahlreiche Anhänger gefunden hat, regt sich mittlerweile vermehrt Widerspruch. Zu einer grundsätzlich kritischen Einschätzung der »Schwarmintelligenz« kommt der Internet-Pionier Jaron Lanier in seinem 2006 veröffentlichten Aufsatz »Digitaler Maoismus«:

»Es ist gut zu verstehen, was den Trugschluss des Kollektivismus für große Organisationen so attraktiv macht: Wenn es ein unfehlbares Grundprinzip gibt, müssen die Einzelnen keine Risiken eingehen und keine Verantwortung übernehmen. Das passt zu den enormen Unsicherheiten und der geradezu pathologischen Angst vor Verantwortung in unserer Zeit. Gleichzeitig müssen wir in Institutionen funktionieren, die keiner Führungskraft mehr verpflichtet sind. Jeder Einzelne, der Angst davor hat, innerhalb seiner Organisation das Falsche zu sagen, kann sich deswegen immer auf der sicheren Seite wähnen, solange er sich hinter einem Wiki oder ähnlichen Ritualen von Meta-Aggregaten verstecken kann.

Nun ist das Kollektiv nicht von Natur aus dumm. Weil die Höhen- und Tiefpunkte seiner Intelligenz nicht die gleichen sind wie bei Individuen, kann es sogar sehr wertvoll sein. (...) Das Kollektiv kann immer dann Klugheit beweisen, wenn es nicht die eigenen Fragestellungen definiert; wenn die Wertigkeit einer Frage mit einem schlichten Endergebnis, wie einem Zahlenwert festgelegt werden kann; und wenn das Informationssystem, welches das Kollektiv mit Fakten versorgt, einem System der Qualitätskontrolle unterliegt, das sich in einem hohen Maße auf Individuen stützt. Wenn nur eine dieser Vorgaben wegfällt, wird das Kollektiv unzuverlässig. Ein Individuum entwickelt dagegen ein Höchstmaß an Dummheit, wenn es mit umfangreichen Machtfunktionen ausgestattet und gleichzeitig von den Folgen seiner Handlungen abgeschirmt wird.« (4)

Fazit

Die Erfolgsgeschichte der *Wikipedia* zeigt, welch enormes sozialpolitisches Potential in den kollaborativen Medien steckt. Aber die *Wikipedia* repräsentiert nicht das Wiki-Prinzip an sich, sondern sie ist nur eine von vielen möglichen Interpretationen. Wikis sind offene Systeme, deren Regeln von denen festgelegt werden, die sie nutzen. Nach meiner Erfahrung funktionieren Wikis immer dann gut, wenn sie von einer kleinen und engagierten Community getragen werden, deren Mitglieder sich persönlich kennen, und die einen Konsens über den Umgang untereinander erlangt haben. Freiheit kann nur dort existierten, wo sie vom Geist der persönlichen Verantwortung getragen wird.

Das Wiki-Prinzip wird unsere Welt verändern. Und dies gilt nicht nur für die Art und Weise, wie wir Informationen sammeln und uns mit anderen abstimmen. Wikis geben uns die Möglichkeit, neue praktische Erfahrungen in der sozialen Selbstorganisation zu machen, die auch außerhalb des Cyberspace Sinn machen. Nutzen wir diese Chance: Let's Wiki!●

Jochen Schmück ist Kommunikationswissenschafter und Geschäftsführer der Internetagentur Web-Felix.com. Er bloggt unter: www.anarchie-drei-null.de.

Anmerkungen:

1) Alle in diesem Beitrag als aktuell bzw. als gegenwärtig bezeichneten Angaben stammen von Januar 2009.

2) Die deutschsprachige Wikipedia wurde im März 2001 als erste weitere Sprachausgabe nach der englischsprachigen Ur-Wikipedia gegründet. Mit über 850.000 Artikeln ist sie heute nach der englischen die zweitgrößte Wikipedia-Ausgabe und damit vermutlich auch das zweitgrößte Wiki der Welt.

3) Projektbeschreibung des Lexikons der Anarchie (Stand: 28.01.2009), http://dadaweb.de/wiki/Lexikon_der_Anarchie_-_Projektbeschreibung

4) Jaron Lanier: Digitaler Maoismus, Süddeutsche Zeitung, Nr.136, Freitag, den 16. Juni 2006, Online-Version: www.sueddeutsche.de/kultur/ 422/405200/text/

Anzeige

PROJEKTARBEIT IM HISTORISCHEN KONTEXT – 30 JAHRE PROJEKTE IN NICARAGUA

Zurück auf Los?

Zu Beginn der Existenz des Informationsbüro Nicaragua war unser Projekt das eher politische Projekt »Ende des Schweigens – 46 Jahre Diktatur sind genug«, konkret manifestiert durch eine Botschaftsbesetzung in Bonn und die Forderung nach Abbruch der Beziehungen der BRD-Regierung mit dem Somoza-Regime und der Entziehung der Konzernvollmachten von Mercedes und Siemens. Die Revolution in Nicaragua war eine gemeinsam geteilte Utopie.

Informationsbüro Nicaragua ● In Nicaragua selbst mobilisierte sie eine ganze Generation, die mit Pflastersteinen, selbstgebauten Bomben und Molotowcocktails die Nationalgarde Somozas angriff und nach dem Sieg in der großangelegten Alphabetisierungskampagne enthusiastisch in die Dörfer ging, um mit den Campesinos zu leben und ihnen Lesen und Schreiben beizubringen. Außerhalb von Nicaragua mobilisierte sie eine Generation von Menschen, die sich auf viele verschiedene Arten solidarisch zeigten, nicht zuletzt durch einen Aufenthalt in Nicaragua, der in den meisten Fällen das eigene Leben nachhaltig prägte und veränderte. Und es begann die Zeit der Projektionen.

Die erste Projektion war die sandinistische Befreiungsfront (FSLN), der das Infobüro die Verantwortung für die Menschliche Emanzipation übertrug und dies durch 1 Mio DM zur freien Verfügung ausdrückte. Das größte – zugleich politische und wirtschaftliche – Projekt der 80er war die Brigadenkampagne, die ein menschliches Schutzschild gegen die politische, wirtschaftliche und militärische Intervention der USA darstellte, zugleich materielle Solidarität vorort organisierte und in der Bundesrepublik die linke Öffentlichkeit voranbrachte. Viele, vor allem junge Menschen riskierten ihr Leben, um damit ein Stück sozialrevolutionärer Utopie voran zu bringen.

Das bedeutete zugleich eine Funktionalisierung Nicaraguas und der NicaraguanerInnen als Projektionsfeld für eigene Ideale und unerreichbare Ziele in der eigenen Gesellschaft. Dabei werden und wurden oft eigene Entwicklungsvorstellungen auf Nicaragua übertragen. Als Folge entstanden überall kleine persönliche Projekte, die je kleiner, desto persönlicher und authentischer schienen.

Die kleinen persönlichen Projekte

Zwischen 1979 und 1989 wurden über 1.000 Projekte allein von der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung finanziert. Mitte der 80er Jahre hatte das Informationsbüro Nicaragua eine Projektbroschüre, in der örtliche Gruppen wie auf einem Menü unter 50 Projekten ihr »eigenes« aussuchen konnten und damit einen Claim absteckten. Das Infobüro sah diese Projektarbeit zunehmend kritisch: die Projekte wurden häufig eurozentriert ausgerichtet, sie verdammten die Begünstigten zum Zugucken. Das »Ergebnis« (die Schule, der Gesundheitsposten, der Kindergarten) ging nach Fertigstellung wieder den Bach runter oder wurde zum Dauerprojekt, da die örtliche Versorgung nicht eingeplant war. Bei den flutweise expandierenden Materialcontainern besonders aus Städtepartnerschaftsinitiativen waren häufig Kosten und Aufwand für Organisation, Transport, Zoll, Verteilung höher als der tatsächliche Nutzen, da die gespendeten Materialien meist auch auf den lokalen Märkten erhältlich waren (vorausgesetzt Geld war vorhanden).

Die staatlich-revolutionären Aufbauprojekte

In der Projektarbeit in Nicaragua bedeutete Politisierung deshalb für unsere damalige Gruppe, Schluss zu machen mit dem bürgerlich-romantischen Kleinklein und staatlich-revolutionäre Aufbauprojekte zu priorisieren. Also: Schulen, Gesundheitszentren, Kaffeeverarbeitungsanlagen. Die Absicht war dabei, nicht eingleisige Unterstützung zu leisten, sondern einen politischen Dialog herbeizuführen. Die Unterstützung sollte sich nicht auf das bloße Geldsammeln beschränken. Projekte waren nicht das eigentliche Ziel, sondern ein »Mittel zum Zweck«. So ist die unabhängige Solidaritätsbewegung immer von der Analyse ausgegangen, dass sich die Verhältnisse im Norden verändern müssen, damit sie sich im Trikont auch verändern können. Verbunden wurde mit der Solidaritätsbewegung immer der Versuch, hier Politik zu machen.

Das fand dann auf zwei Ebenen statt, zum einen über Kampagnen gegen Weltwirtschaftsgipfel und IWF, aber auch in der Gründung des fairen Kaffeehandels (der damals noch alternativer Handel hieß) mit der Intention, über die Kritik der Welthandelsbedingungen am Beispiel einzelner Produkte breite bildungspolitische Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Der politische Kaffeeverkauf (nicht das heutige Labeling »fairer Produkte«) stand der Gründung des alternativen Handels Pate, der immer betonte, dass auch der Mehrpreis nicht »fair« war, sondern symbolisch für neue Welthandelsbedingungen stand.

Dass auch die Brigadenprojekte in Nicaragua nicht karitative Hilfe seien, sondern die Praxis des »antiimperialistischen Kampfes« unterstützen sollten, ist allerdings bei den »Besuchten« nicht so verstanden worden: In einer Umfrage sahen 90% der Befragten den Grund für die Anwesenheit von AusländerInnen in der Projektarbeit mit dem Motiv, »uns zu helfen, weil wir arm sind«. Nur knapp 11% konnten einen Zusammenhang mit politischer Solidarität erkennen. Ein tatsächlicher Dialog hat also nur unzureichend stattgefunden, das gewünschte Zeichen gegen die Politik der Bundesregierung wurde nicht erkannt.

Austausch-Projekte mit kleinen Initiativen und Organisationen

Seit Beginn der 90er Jahre sind wir von der traditionellen Förderung von sandinistischen Massenorganisationen im Gewerkschafts-, Frauen- bzw. Landbereich etc. übergegangen zur Projektarbeit mit kleinen Initiativen, Organisationen und Gruppen. Dies ergab sich einmal naturwüchsig mit dem Zerfall homogener sandinistisch orientierter Verbände, hatte aber auch mit unserer Kritik an hierarchischen und patriarchalischen Großorganisationen zu tun. Ernst machen wollten wir damit aber auch mit der Kritik am Entwicklungsdenken, indem wir statt der eindimensionalen Entwicklungshilfe den Austausch und die Beziehung zu konkreten Menschen in den Vordergrund gestellt haben. Ergebnis ist ein bunter Fächer von ca. 15 Projektpartnern, mit denen wir über viele Jahre gute Beziehungen aufbauen konnten und eine Menge gelernt haben.

Evaluation – oder was wollen wir voneinander?

Wir brauchen die Projektarbeit und die Informationen aus Nicaragua für unsere Öffentlichkeitsarbeit, wollen wir doch an den Beispielen internationale Muster aufzeigen und Menschen motivieren, sich selbst aktiv für eine Veränderung der Verhältnisse einzusetzen. Dieses langfristige Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit steht damit zunächst vor unserem Interesse, Menschen in Nicaragua durch Spenden zu unterstützen. Mit den Partnerorganisationen wollen wir Organisationsmöglichkeiten und politische Zielsetzungen austauschen und voneinander lernen. Schließlich wollen wir Menschen helfen, gegen jedwede Art von Ungerechtigkeit zu kämpfen. Deshalb streben wir auch nach größtmöglicher Transparenz und Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen uns und den Partnerorganisationen.

Wir beginnen daher die Evaluationsgespräche immer mit den entsprechenden Informationen über unsere Ziele und Interessen. Daran knüpfen wir Fragestellungen an die Partnerorganisationen nach kritischer Reflektion gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, Gender awareness oder der Arbeit an gesellschaftlichen Alternativen an. Es sind vor allem die Frauenorganisationen, die Geschlechterverhältnisse analysieren und an Alternativen arbeiten, wozu auch Selbstorganisierung in solidarischem Handeln mit politischen oder ökonomischen Zielen gehören.

Andere Fragestellungen zielen eher auf Strategien bzw. Methoden der Arbeit: wie z.B. die Eigendynamik der Organisationen überprüft wird, wie mit Abhängigkeiten (z.B. von Geldgebern, aber auch von der Kaffeeproduktion) umgegangen wird, ob politische Forderungen mit der Arbeit verbunden sind. Aber natürlich auch pragmatisches: ob die fiskalischen Anforderungen erfüllt werden, ob die Kommunikation klappt und ob die Projekte nach außen hin transparent sind.

Bei den Gesprächen, die wir in kleinen Gruppen mit Vertreterinnen der Partnerorganisationen durchführen, stellen wir uns zunächst gegenseitig unsere Organisationen mit Zielen, Strukturen und Methoden vor. Dabei unterscheidet sich die Tiefe des Gesprächs und die persönlichen Beziehungen natürlich sehr stark zwischen Begegnungen mit Freundinnen von der *FEM* oder dem *CMR*, mit denen uns auch persönliches in vielen Jahren gemeinsamer Arbeit begleitet hat, und den »neuen« Kontakten wie den Frauen von Myrab.

Mit den Frauen von der *FEM* haben wir z.b. sehr ausgiebig über unsere jeweiligen Organisationsformen diskutiert. Sie haben für sich das Problem erkannt, dass die Hauptbegünstigten der Projektfinanzierungen auch die sind, die die Mitglieder des höchsten Entscheidungsgremium stellen. Die Frauen arbeiten zur Zeit an einer Umstrukturierung, die auf jeden Fall die Begünstigten direkt beteiligt, Bevorzugung verhindert und trotzdem demokratisch bleibt.

Ähnliches ist auch Thema in den Gesprächen mit den KollegInnen von *ADIC* (einer NGO zur städtischen Entwicklung in Matagalpa). Dort soll der Vorstand, der bisher nur aus den Gründungsmitgliedern besteht, durch VertreterInnen aus den Stadtvierteln ersetzt beziehungsweise ergänzt werden. Wenn wir von uns berichten, gibt es immer wieder großes Interesse an unseren Strukturen – z.B. dem Konzept des Einheitslohns unter den Hauptamtlichen. Ein Prinzip, das in Nicaragua genauso selten ist wie bei uns. Auch die Unsicherheit der Jobs und die Abhängigkeiten von Geldgebern sind mehrfach Themen der Gespräche, bei denen wir gegenseitig unsere Erfahrungen austauschen.

Letztlich lassen wir uns natürlich auch die Ergebnisse der Projektaktivitäten darstellen und da wo es möglich ist, auch zeigen. Es gehört zu den schönsten Momenten, wenn wir z.B. die Ergebnisse der Projekte nicht nur in den materiellen Bedingungen sondern auch im Selbstbewusstsein der Landfrauen erleben oder Jugendlichen in armen Barrios bei ihrer materiellen und politischen Organisationsarbeit über die Schulter schauen können.

So ein »Evaluationsprozess« bietet viel Stoff für Diskussionen und weitere Auswertungen, aber vor allem auch das gute Gefühl mit den Projektförderungen vieles bewegen zu können. Allerdings gibt es auch die *für uns* doch ernüchternden Momente, die uns eher an die Umfrage aus den 80er Jahren erinnert als an unsere wohlüberlegten »Projektkriterien« von heute:

»Weltbank, EU, Brot für die Welt, Informationsbüro« ... in dieser Reihenfolge stehen die Ordner im Regal des Büros von »La Amistad«, einer Organisation, die in Matagalpa mit Jugendlichen in sexuell kommerziell ausbeuterischen Verhältnissen arbeitet. Und verwunderlich wäre es nicht, ähnliches auch bei einer anderen Partnerorganisation zu sehen (und an sich auch nicht unbedingt verwerflich).

Perspektiven der Projektarbeit: die Zukunft

Heute müssen wir kritisch feststellen, dass uns diese Projektarbeit überfordert: im Aufwand eines kontinuierlichen persönlichen Austausches, in der Kompetenz immer die richtigen Entscheidungen zu treffen, in der Zufälligkeit der Auswahl der PartnerInnen. Außerdem entsteht ein hoher Aufwand bei der Antragstellung von Projekten bei den ProjektpartnerInnen und bei der Kontrolle von Projektausführungen bei uns. Zudem bedeutet diese Art der Projektarbeit immer auch eine Beeinflussung der Initiativen, die sich bei der Antragstellung an das (vermuteten) Interesse des Förderers orientieren. Zwar haben wir versucht, uns durch das Aufstellen und die Veröffentlichung von Projektkriterien eine Orientierung für die Entscheidung und den Partnerorganisationen politische Transparenz für den Austausch zu geben, in konkreten Entscheidungen sind wir aber oft unsicher und inkonsequent.

Wir haben in unserer Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik eigene Schwerpunkte entwickelt:

● wir haben hier die kontinentalen Bewegungen (»alianza social continental«) in ihrem Widerstand gegen die Freihandelsverträge ALCA und CAFTA und gegen Privatisierungsprojekte unterstützt und dabei auch die Interessen der USA und der EU und internationaler Konzerne an den mittelamerikanischen Märkten herausgearbeitet,

● wir stehen an der Seite von Stadtteil-, Frauen- und Landlosen-, Menschenrechts- und Antikorruptionsbewegungen im Kampf um demokratische und partizipative Rechte und Selbstorganisation.

Diese Schwerpunktsetzungen unserer Öffentlichkeitsarbeit betrieben wir aber bisher weitgehend getrennt von der Projektarbeit.

Mit unserer Neuausrichtung wollen wir Organisationen unterstützen, *wenn* und *weil* sie politische Kampagnen voranbringen. Statt »Entwicklungsprojekte« wie Landkauf, produktive Maßnahmen, Zuschüsse zu Kreditsystemen und Rotationsfonds wollen wir in Zukunft auch in der Projektarbeit eher die Kampagnen-, Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit von sozialen Bewegungen fördern – entsprechend unserer eigenen Arbeit und Ausrichtung.

Wir werden diese Gruppen auf der Basis ihrer Jahresberichte ohne der Notwendigkeit von Projektanträgen und Einzelabrechnungen quasi institutionell fördern. Die Jahresberichte mit den politischen Zielsetzungen der Gruppen können wir in unsere Öffentlichkeitsarbeit einbinden und den Austausch mit den Gruppen mehr auf die politische Ausrichtung und weniger auf Abrechnung von Projektanträgen beziehen. Wir werden die Zukunft der Projektarbeit gerne auch in der Öffentlichkeit diskutieren und freuen uns jederzeit über Meinungen und Beiträge von LeserInnen und ProjektpartnerInnen.●

Unsere aktuellen politischen Leitlinien für Projekte

● Lösen sich Akteure aus der Individualisierung, bilden einen Rahmen gemeinsam handelnder Subjekte?
● Findet eine kritische Reflektion der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Ökonomie und Staat) statt?
● Wird das eigene Handeln, Arbeiten, Organisieren in diesen Zusammenhang gestellt?
● Lebt das Projekt eine Alternative zum politisch-ökonomischen System durch eine gemeinschaftliche und solidarische Handlungsweise und bildet ein Gegengewicht zu hierarchischen, autoritären, patriarchalischen Ausbeutungsstrukturen?
● Werden gleiche Rechte von Frauen und Männern angestrebt?
● Wird an der Stärkung tragfähiger sozialer Strukturen gearbeitet, an egalitären und gerechten Formen des Zusammenlebens?
● Wird die Befreiung von Abhängigkeiten von Konzernen, Wirtschaftsstrukturen oder Geldgebern angestrebt?
● Werden politische Rechte erkämpft?
● Ist das Projekt offen und transparent in seinen Zielen, wirkt es exemplarisch und steckt zur Nachahmung an?
● Werden Vernetzungen mit anderen Bewegungen und Initiativen angestrebt?

Faktisch aber lassen und ließen wir durchaus die Möglichkeit offen, uns von der Realität in den Projekten eines Besseren belehren zu lassen, wenn unsere internationalistischen Wünsche und Kriterien an die Projekte zu weit an der »Nica-« Realität vorbei projiziert sind oder waren.

Aus:
Informationsbüro Nicaragua, Rundschreiben 2009
www.informationsbuero-nicaragua.org

NEUE FORMEN SOZIALEN MITEINANDERS OHNE DIE LOGIK VON WARE, GELD UND STAAT

Fundamentaler Krisenprozess

Immer wieder taucht die Frage auf, was denn damit gemeint sei, wenn von Krise die Rede ist. Was genau gerät da eigentlich in die Krise? Und welchen Charakter hat diese Krise? Wie verhält sie sich zu Branchenkrisen und konjunkturellen Krisen? Lässt sie sich mit der Theorie der Langen Wellen von Kondratjew erklären oder als Krise der Hegemonie herrschender Akteure, also der Vorherrschaft bislang dominanter Institutionen, deuten? Sollten wir es gar mit einer System- oder darüber hinaus mit einer Menschheitskrise zu tun haben? (1)

von Julian Bierwirth ● Im Unterschied zum Platzen der New Economy-Blase ist auffällig, dass dieser Kriseneinbruch nicht nur eine Branche, sondern nahezu alle Branchen erfasst. Dass die Krise zunächst als Immobilien- und Spekulationskrise aufgetreten ist, sollte nicht dazu verleiten, in den Finanzmarktoperationen die wahren Ursachen der Krise zu sehen. Denn wo und wie eine Krise erscheint, muss nicht zwangsläufig darauf hindeuten, wo sie entstanden ist und welchen Charakter sie hat. Bereits 1857 bemerkte Marx solche Kurzschlüsse in der zeitgenössischen Debatte und formulierte dazu in einem Leitartikel im New York Daily Tribune derart treffend, dass er als Kommentar zur aktuellen Diskussion gelesen werden könnte:

»Wenn Spekulation gegen Ende einer bestimmten Handelsperiode als unmittelbarer Vorläufer des Zusammenbruchs (crash) auftritt, sollte man nicht vergessen, daß die Spekulation selbst in den vorausgehenden Phasen der Periode erzeugt worden ist und daher selbst ein Resultat und eine Erscheinung (accident) und nicht den letzten Grund und das Wesen (the final cause and the substance) darstellt. Die politischen Ökonomen, die vorgeben, die regelmäßigen Zuckungen (spasms) von Industrie und Handel durch Spekulation zu erklären, ähneln der jetzt ausgestorbenen Schule von Naturphilosophen, die das Fieber als den wahren Grund aller Krankheiten ansehen.« (2)

Der jetzige Kriseneinbruch setzt sich in seinem Umfang von dem, was wir aus den letzten Jahrzehnten gewohnt sind, deutlich ab. Nicht nur, weil alle Branchen betroffen sind, sondern auch darin, dass im Unterschied zur Asien-, Mexiko- oder Argentinienkrise sich die Krise nicht nur auf einen Staat oder eine Weltregion beschränkt. Selbst die BRIC-Staaten, (3) lange Zeit als zukünftiger Wachstumsmotor der Weltwirtschaft gehandelt, sind vom Konjunktureinbruch betroffen. (4) Auch China, das in den letzten Jahren mit zweistelligen Wachstumsraten aufwarten konnte, hat diesen Glanz mittlerweile weitestgehend verloren. (5)

Es handelt sich also um einen weltweiten Krisenprozess und es liegt die Frage nahe, ob es sich hier vielleicht um das Ende einer sogenannten »Langen Welle« handeln könnte. Gemäß der Theorie der Langen Wellen wird die kapitalistische Wirtschaft etwa alle 50 Jahre von stetig wiederkehrenden großkonjunkturellen Zyklen erfasst. Es könnte hier argumentiert werden, dass auf den letzten Zyklus nach dem Kriseneinbruch ein weiterer folgen würde.

Auf den ersten Blick entbehrt diese Überlegung durchaus nicht einer gewissen Plausibilität. Wenn es der Kapitalismus bislang immer wieder geschafft hat, hinter jeden großen Krisenprozess einen Neustart zu setzen – warum sollte es dieses Mal nicht funktionieren? Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass es so einfach nicht ist. Zunächst deshalb, weil diesem Gedanken eine falsche Geschichtsphilosophie zugrunde liegt. Nur, weil sich die Kapitalverwertung bislang nach jeder Krise erholen konnte, heißt das nicht automatisch, das ihm das auch in diesem Fall gelingen wird.

Damit der Kapitalismus ordentlich vor sich hin prosperieren kann, müssen eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein. So geht es bei der Kapitalverwertung nicht einfach nur darum, nützliche Gebrauchsgegenstände herzustellen, um das Leben der Menschen angenehmer zu gestalten. Es geht vielmehr um die Akkumulation von Kapital – und Kapital ist nichts weiter als eine Anhäufung verausgabter Arbeitskraft. Nun ist der Kapitalismus bereits seit Mitte der 70er Jahre mit der Situation konfrontiert, dass der ihm eigentümliche Rationalisierungswettbewerb technische und organisatorische Veränderungen im Produktionsprozess hervorgebracht hat, die in einem so hohen Maße Arbeitskraft durch Maschinerie ersetzen konnten, dass immer mehr Arbeit überflüssig wurde.

Seitdem warten nun die ExpertInnen gespannt darauf, welche Technologie wohl den nächsten prosperierenden Zyklus, die nächste Welle kapitalistischer Akkumulation einleiten und tragen könnte. Die New Economy war lange Zeit ein heißer Tipp (6), doch seit die 2000/2001 eingebrochen ist, ist das keine ernsthaft diskutierte Alternative mehr. Und dass das »finanzmarktgetriebene Akkumulationsregime« auf Sand gebaut war, haben spätestens die Ereignisse seit dem Spätsommer 2008 gezeigt (7). Die Vermehrung von Finanztiteln an den Finanzmärkten ist nun mal keine Kapitalverwertung. Diese setzt nämlich immer die Verausgabung von Arbeit voraus, um Wert und Mehrwert zu produzieren. Nachdem die Finanzblase geplatzt ist, stellt sich also nach wie vor die alte Frage: wo soll er herkommen, der neue Aufschwung? Seit dreißig Jahren schon wird das Wirtschaftswachstum mittelweile simuliert: durch staatliche Verschuldung, ungedeckte Geldschöpfung und Finanzmarktblasen. Und es sieht nicht so aus, als würde sich etwas daran ändern. Ganz im Gegenteil: an den Finanzmärkten kriselt es unentwegt und darüberhinaus hat die Krise längst die Realwirtschaft erreicht. Auch staatliche Konjunktur- und Rettungsprogramme werden hier keine dauerhafte Lösung sein können. (8)

Wenn wir es also mit mehr zu tun haben als mit einem vorübergehenden Kriseneinbruch – lässt sich das Geschehen dann als Hegemonieverschiebung sinnvoll beschreiben? Oft zu lesen ist etwa von einer relativen Abnahme der Macht der USA, in deren Folge aus dem klassischen Imperialismus ein Empire geworden sei. (9) So richtig diese Beobachtung sein mag, so oberflächlich bleibt sie auch. Denn es ist ja keineswegs ausgemacht, das dieser relative Hegemonieverlust die Ursache der zu beobachtenden Prozesse ist – und nicht vielleicht ihre Folge. Das wird deutlicher, wenn wir uns vor Augen führen, das auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen Veränderungen ausgemacht werden. Jede Form gesellschaftlicher Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit scheint verloren gegangen zu sein, (10) selbst Unternehmen könnten nicht mehr langfristig planen und sind von stetig undurchschaubarer werdenden Marktlagen abhängig (11) und die herrschenden Institutionen verlieren mehr und mehr die Fähigkeit zur Integration. (12) Doch auch diese Feststellung bleibt auf einer sehr oberflächlichen Ebene. Denn woher rühren nun diese allumfassenden Desintegrationstendenzen? Am Ende gar aus einer Systemkrise?

Tatsächlich sieht es sehr danach aus. Wenn es stimmt, was Karl Marx sagte, und »die Warenform des Arbeitsprodukts oder die Wertform der Ware die ökonomische Zellenform« (13) der kapitalistischen Gesellschaft darstellt – müsste dann nicht ihre Krise auch weite Teile der kapitalistischen Institutionen, Lebenspraxen und Ideologien umfassen? Sollte es dem Kapitalismus tatsächlich seit dem Ende des Fordismus nicht mehr gelingen, im ausreichenden Maße Arbeit einzusaugen, dann hätte dies eine Krise der Wertvergesellschaftung zur Folge. Die gesellschaftliche Synthesis über Arbeit, Wert und Kapital würde sich als immer weniger in der Lage erweisen, einen kohärenten sozialen Gesamtzusammenhang herzustellen. Nun ist aber die Gesellschaft, in der »das Verhältnis der Menschen zueinander als Warenbesitzer das herrschende gesellschaftliche Verhältnis ist« (14), die Voraussetzung menschlicher Vorstellungen von Gleichheit und Freiheit (15), die Basis der abstrakten Vergesellschaftung über Recht und Staat (16) und überhaupt die Grundlage für gesellschaftliche Vorstellungen und Ideologien. (17)

Eine Systemkrise in diesem Sinn ließe sich daher durchaus als »fundamentale Krise« beschreiben: nicht nur im Bereich der Ökonomie, sondern weit darüber hinaus wären gesellschaftliche Institutionen und Vorstellungen von ihr betroffen. Den Ausweg aus dieser Krise würde dann auch nicht eine sorgfältig geplante Form von Politik darstellen, mit der sich das Ganze dann ein wenig effizienter und ein wenig sozialer organisieren ließe. Stattdessen steht die Menschheit vor der Wahl zwischen Emanzipation und Barbarei.

In diesem Sinne birgt die Systemkrise auch durchaus die Gefahr, zu einer noch tiefgreifenderen Menschheitskrise zu mutieren. Denn nicht nur, dass der Kapitalismus die natürlichen Lebensgrundlagen zu unterhöhlen droht und aufgrund des ihm innewohnenden Wachstumszwangs davon auch nicht ablassen können wird; (18) die immer durchgeknalltere Formen annehmende ideologische Krisenverarbeitung (19) hält noch weitere Spannungspotentiale bereit, bei denen sich mit gutem Grund fragen lässt, wie die Menschheit da wieder rauskommen will.

Aber malen wir das Szenario nicht in zu düsteren Farben. Denn der aktuelle Krisenprozess ist gewissermaßen hausgemacht. Er ist weder vom Himmel gefallen noch von unbesiegbaren Naturkräften ausgegangen. Er hat seine Ursache vielmehr in der simplen Tatsache, wie Menschen ihr Leben und damit ihre Produktion organisieren – und was das mit ihnen macht. Das bedeutet aber auch, dass es die Möglichkeit zur Veränderung gibt. Die jedoch kann nur darin bestehen, neue Formen sozialen Miteinanders zu finden, die nicht auf der Logik von Ware, Geld und Staat beruhen.●

Anmerkungen:

1) Ich beziehe mich hier auf die sechs Stufen der Krise, wie sie von Benni Bärmann vorgeschlagen wurden: www.keimform.de/2008/10/23/die-sechs-stufen-der-krise/
2) Karl Marx: Die Handelskrise in England. MEW 12, 336f.
3) BRIC ist die Bezeichnung für die Staaten Brasilien, Russland, Indien und China.
4) Michael R. Krätke: Wenn São Paulo abstürzt; www.freitag.de/2008/44/08440802.php
5) Kristin Kupfer: Die magischen acht Prozent; www.freitag.de/2009/03/09030801.php
6) Rainer Fischbach: Wasserrad der Konjunktur; www.freitag.de/2001/13/01130401.htm
7) Joachim Hirsch: Weltwirtschaftskrise 2.0 oder der Zusammenbruch des neoliberalen Finanzkapitalismus, www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_finanzkrise.html
8) Ernst Lohoff: Die Airbag-Blase, www.krisis.org/2009/die-airbag-blase
9) Toni Negri/Michael Hardt: Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt am Main/New York 2002
10) Paolo Virno: Grammatik der Multitude. Mit einem Anhang: Die Engel und der General Intellect. Wien 2005
11) Marco Revelli: Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit. Münster 1999, Seite 40ff
12) Holger Schatz: Arbeit als Herrschaft. Die Krise des Leistungsprinzips und seine neoliberale Rekonstruktion. Münster 2004
13) Karl Marx: Das Kapital. Band 1. MEW 23, 13
14) Karl Marx: Das Kapital. Band 1. MEW 23, 74
15) Vgl. dazu ausführlich Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. MEW 42, 166ff
16) Karl Marx: Das Kapital. Band 1. MEW 23, 99f
17) Karl Marx: Das Kapital. Band 1. MEW 23, 86ff;
18) Andreas Exner/Christian Lauck/Konstantin Kulterer: Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern. Wien 2008.
Christian Lauck: Weniger Wirtschaft oder kaputtes Klima? Über Prioritätensetzungen einer Geldökonomie, www.social-innovation.org/?p=792
19) Robert Kurz: Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung. Bad Honnef 2003.
Ernst Lohoff: Die Exhumierung Gottes. In: Krisis 32, www.krisis.org/2008/die-exhumierung-gottes

Anzeige

Antifaschistisches Blatt
info
Nr.81 | Winter 2008/2009

Pro und Contra - Bürgerbewegung Pro und Gegenaktivitäten

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: mail@antifainfoblatt.de
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

EU-VORSCHLAG GEFÄHRDET VERTRAULICHE KOMMUNIKATIONSDATEN

Vorratsdatenspeicherung

Das Misstrauen des Staates in seine BürgerInnen scheint groß zu sein und die Verlockung per Netz den »gläsernen Bürger« zu schaffen, ebenso. Vorsichtshalber sollen alle unsere Kommunikations- und Bewegungsdaten gespeichert werden. Und unsere schöne neue Internet- und Handywelt verleitet geradezu dazu. Erschreckend sind die Versuche von staatlicher Seite, alle BürgerInnen unter »Generalverdacht« zu stellen und die technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, allemal. Das nachfolgende Beispiel veranschaulicht, wie unter dem Vorwand der »Sicherheit« nun auch auf europäischer Ebene in die Privatsphäre eingegriffen werden soll.

Die Bürgerrechtsorganisationen *La Quadrature du Net, European Digital Rights (EDRi)* und *AK Vorrat* fordern das Europäische Parlament auf, dem Rat des Europäischen Datenschutzbeauftragten Peter Hustinx zu folgen und einen Vorschlag zu streichen, der als »freiwillige Vorratsdatenspeicherung« bekannt geworden ist.

»Das Europäische Parlament diskutiert zur Zeit im Rahmen des 'Telekom-Pakets' einen Vorschlag, der es Anbietern ermöglichen würde, eine potenziell unbegrenzte Menge an sensiblen, vertraulichen Kommunikationsdaten aufzuzeichnen, etwa unsere Telefon- und E-MailKontakte, die geografische Position unserer Handys und die von uns im Internet besuchten Webseiten«, warnt Patrick Breyer von der Datenschutzorganisation *Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung*. »Neben der Schaffung unüberschaubarer Datenhalden, die weit über die nach der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung gespeicherten Daten hinaus gehen könnten, würde es der Vorschlag auch ermöglichen, Telekommunikationsdaten zu 'Sicherheitszwecken' an andere Unternehmen weiterzugeben. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine potenziell unbegrenzte Menge an vertraulichen Daten auf diese Weise Offenlegungs- und Missbrauchsrisiken ausgesetzt wird.«

»Für diesen Vorschlag wird unter dem Vorwand der 'Sicherheit' Lobbying betrieben, aber was er wirklich bedeutet, ist, dass Nutzer und Bürger im Internet keine Privatsphäre mehr zu erwarten hätten«, ergänzt Ralf Bendrath von EDRi. »Dies ist ein klarer Bruch mit der Europäischen Tradition, die Privatsphäre als grundlegendes Menschenrecht zu achten.«

In einem Positionspapier vom Monatsanfang schloss sich der Europäische Datenschutzbeauftragte Peter Hustinx den Kritikern an und warnte, der Vorschlag schaffe ein »Missbrauchsrisiko« und »könnte so ausgelegt werden, dass er die Erhebung und Verarbeitung von Verkehrsdaten für Sicherheitszwecke auf unbestimmte Zeit ermöglicht«. (1) Hustinx kommt zu »dem Schluss, dass es am besten wäre, den vorgeschlagenen Artikel 6.6(a) insgesamt zu streichen« – eine Auffassung, die La Quadrature du Net, EDRi, netzpolitik.org und der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung uneingeschränkt teilen.

»Einige Monate vor den Wahlen haben die Bürger die Gelegenheit, zu beobachten, ob die Europaabgeordneten bereit sind, ihre Privatsphäre zu schützen«, erklärt Jérémie Zimmermann, Mitbegründer der Bürgerinitiative *La Quadrature du Net*. »Jeder Bürger sollte seine Europaabgeordneten informieren und sie bitten, den geplanten Artikel 6 (6a) der TK-Datenschutzrichtlinie massiv zurückzuweisen. Weitere zentrale Fragen über Inhalts- und Netzwerkneutralität stehen ebenfalls auf dem Spiel. (2) Wir müssen unsere Europaabgeordneten daran erinnern, dass sie gewählt worden sind, um die Grundrechte und Freiheiten der Europäer zu schützen und nicht, um sie zugunsten von Partikularinteressen aufzugeben.«

Bereits in einem Schreiben vom September 2008 hatten 11 Bürgerrechts-, Journalisten-, Anwalts- und Verbraucherschutzverbände die Kommission, den Rat und das Parlament »dringend« gebeten, den geplanten Artikel 6 (6a) zu streichen und »den bewährten Schutz von Verkehrsdaten zu erhalten«, welcher ihnen zufolge »erwiesenermaßen die beste Garantie unserer Sicherheit in der Informationsgesellschaft darstellt«. (3)●

Anmerkungen:

1) www.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/Consultation/Opinions/2009/09-01-09_ePricacy_2_EN.pdf
2) www.laquadrature.net/files/20081208_LaQuadrature_letter-rapporteurs-tp-second-reading_EN.pdf
3) www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/271/79/lang,en/

WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFTEN

Besser geht immer

– Genossenschaftliches Engagement für die Quartiersentwicklung

Die Beiträge von Genossenschaften zur Quartiersentwicklung sind so vielfältig wie die Genossenschaften selbst. Sie reichen von der positiven Ausstrahlung, die Traditionsgenossenschaften mit einem solide und gut bewirtschafteten Wohnungsbestand im Quartier haben, bis zu Impulsen, die neu gegründete Genossenschaften mit Selbstorganisation und Selbsthilfe in Wohn- und Wohnumfeldprojekten setzen.

Klaus Habermann-Nieße / Kirsten Klehn, Red. Genossenschaften ● Nach den Grundsätzen des Genossenschaftsrechts erfüllen alle Wohnungsbaugenossenschaften die Voraussetzungen, ein höheres Maß bürgerschaftlichen Engagements in den Stadtquartieren zu entfalten als die traditionelle Wohnungswirtschaft, da ein höheres Maß der Eigenorganisation ohne staatliche Förderung historisch betrachtet ein Merkmal ihrer Entstehung ist. Ihre Organisation stützt sich auf Selbsthilfe, Solidarität und soziale Stabilität. Das genossenschaftliche Eigentum wird kraft Genossenschaftsgesetz und Satzung auf Dauer individueller Verwertung entzogen und wirkt so theoretisch stabilisierend auf ein Stadtquartier.

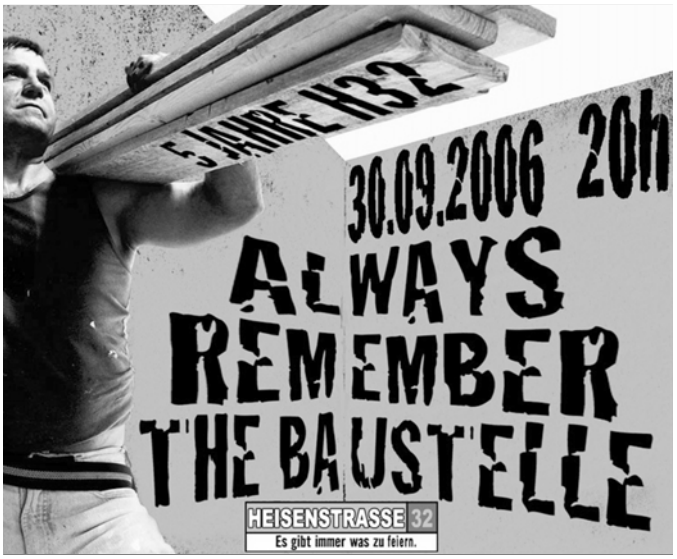
Beschränkungen durch Mitgliederförderung

Gleichwohl werden die Potenziale, die sich aus der genossenschaftlichen Satzung ergeben, nicht immer als solche wahrgenommen. Die eingeschränkte Aufgabenwahrnehmung ist in der Struktur der Genossenschaften zu suchen, die satzungsgemäß in erster Linie ihren Mitgliedern zu dienen haben. Diese Form der Abschließung kann zwar soziale Stabilität, aber auch Abgrenzung gegenüber Neuerungen bewirken. In der Folge haben Genossenschaften heute Probleme, junge Haushalte und andere Lebensstilgruppen für sich zu gewinnen, und sie beteiligen sich in vielen Fällen nicht aktiv an der Quartiersentwicklung.

Angesichts der Tendenzen der Quartiersentwicklung ist aber die Öffnung in die Stadtquartiere und die Entfaltung der genossenschaftlichen Grundlagen bürgerschaftlichen Engagements zur Sicherung der Werthaltigkeit ihrer Immobilien eine notwendige Aufgabe auch der Sicherung der Interessen der Genossen selbst. Die Potenziale der Genossenschaft, die in der Gewährleistung von Sicherheit und Qualität, der Chance zu sozialer Einbettung und nachbarschaftlicher Kommunikation und damit gesellschaftlicher Integration liegen, können in den Stadtquartieren einen erweiterten Aktionsraum finden. Wenn sie ihre Besonderheit der Selbstbestimmung und Kommunikation herausstellen und in den Stadtteil ausweiten, können Genossenschaften ihren eigenen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Quartiersentwicklung realisieren.

Vielfältige positive Ansätze

Auch wenn viele Potenziale heute noch nicht ausgeschöpft werden, engagieren sich bereits viele Genossenschaften in den Kernaufgaben der Quartiersentwicklung durch Sicherung der Standards der Wohnungsversorgung, der Stabilisierung der Bewohnerstruktur mittels Bestandsübernahmen, Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen, der Sicherung sozialer und infrastruktureller Dienstleistungen bis zur Aktivierung der Bewohner und Bewohnerinnen für den Stadtteil.



Bauen in Selbsthilfe erleichtert die Finanzierung bei der Wohnungsgenossenschaft WOGE Nordstadt eG. Mindestens ebenso wichtig ist aber die Identifikation mit dem Wohnprojekt und dem Quartier.

Die Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen ist unmittelbar verbunden mit dem Schaffen von Möglichkeiten zu nachbarschaftlicher Kommunikation (Anlässe für Kommunikation, Nachbarschaftseinrichtungen, Bewohnervereine etc.), für die genossenschaftliches Wohnen eine gute Voraussetzung bietet. Als zentrales Handlungsfeld ist die Herausbildung von kleinteiligen Nachbarschaften (z.B. in Hausgemeinschaften oder Wohnblocks) zu nennen, um den Aufbau und die Stabilität von Nachbarschaften zu befördern. Hierfür gilt es kulturelle Identitäten zu stärken, gleichzeitig aber auch eine Transparenz und einen Austausch zwischen den Kulturen zu erreichen. Neben der Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens nach innen könnten die sozialen Bezüge durch das Angebot stadtteilorientierter Kultur- und Nachbarschaftsangebote nach außen durch Genossenschaften verbessert werden.

Konkrete Umsetzungsformen

Beispielhaft sind hier folgende Genossenschaften zu nennen:

● Vermietungsgenossenschaft Ludwig Frank eG (Gründung 1990) in Mannheim: Nach Modernisierung der 1990 übernommenen sanierungsbedürftigen Wohnungsbestände hat sie eine Begegnungsstätte und einen Kindergarten im Bestand eingerichtet und mit den gemeinschaftsfördernden Angeboten zur Stabilisierung des Quartiers beigetragen.

● Wohnungsgenossenschaft Freie Scholle Bielefeld eG (Gründung 1911): Sie richtete im Zuge der Alterung ihrer Mitglieder unter anderem Projekte zur Betreuung, zur Nachbarschaftshilfe und einen Nachbarschaftstreff ein.

● Wohnungsgenossenschaft Bremer Höhe eG in Berlin Prenzlauer Berg (Gründung 2000): Sie beschreitet mit Nachbarschaftstreffs, Tauschbörsen, Geschichtswerkstatt, Initiativenfonds und Nachbarschaftsfesten Schritte zur Identifikation mit dem Stadtquartier.

● Wohnungsgenossenschaft WOGE Nordstadt eG (Gründung 1989): Sie hat im Herbst 2006 eine historische Grammophonfabrik, die als Stadtteilkultureinrichtung von Künstlern und Gewerbetreibenden genutzt wird, aus dem Sanierungstreuhandvermögen der Stadt erworben.

Grenzen des Engagements

Auch wenn Genossenschaften in erster Linie »ihren Mitgliedern zu dienen« haben, ist ein Quartiersbezug der Aktivitäten unabhängig vom Gründungsjahr in allen Wohnungsgenossenschaften indirekt und direkt auszumachen. Gleichwohl sind die genossenschaftlichen Projekte geprägt durch ein »Selbstverständnis als Inselprojekt«, für das kleinkörnige Aktivitäten im Vordergrund stehen, die den Anspruch haben, eine ausstrahlende Wirkung im gesamten Quartier zu entfalten. Eine Aktivierung von Genossenschaften für den Quartierszusammenhang über ihre wohnungswirtschaftliche und soziale Funktion hinaus, wie z.B. in Kooperation mit dem örtlichen Handel oder der Kommune das Stadtquartier zu aktivieren, ist bisher wenig entwickelt.

Voraussetzung für eine aktive Rolle der Genossenschaften in der Quartiersentwicklung ist, dass sich die Genossenschaften auf das »Milieu« in ihrem Stadtquartier einlassen und sich möglichen Konflikten stellen. Wenn die Möglichkeiten, die die Organisationsstruktur bietet, über das genossenschaftliche Innenleben hinaus genutzt und die wohnkulturellen Chancen auf alle sozialen Gruppen im Stadtteil hin orientiert werden, kann der Beitrag von Genossenschaften zur Stabilisierung von Stadtquartieren verstärkt werden. Ein Beispiel hierfür ist etwa die Genossenschaft Bremer Höhe, die sich für die Verkehrsberuhigung in ihrem Quartier einsetzt. Gleichwohl können die Genossenschaften nicht in allen Kernaufgaben der Quartiersentwicklung Lösungswege anbieten.●

Anzeige

BUCHBESPRECHUNG: BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT VON UND IN GENOSSENSCHAFTEN

Unbezahlt und freiwillig sollst Du es tun?

Bei der Debatte um bürgerschaftliches Engagement werden die Genossenschaften weitgehend vergessen. Dieses Defizit bearbeitet Mareike Alscher in ihrer Veröffentlichung »Genossenschaften und Engagement«. Genossenschaften sind nicht nur ein sehr alter Bereich des Engagements, sie sind zugleich ein Bereich, der sich gerade auf diesem Feld dynamisch entwickelt. Das Buch umfasst einen historischen Abriss, rechtssoziologische Erörterungen sowie Ergebnisse zweier empirischer Untersuchungen zu den verschiedenen Formen des Engagements im genossenschaftlichen Kontext.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Seit Beginn ihrer Entstehung waren und sind Genossenschaften eine Organisationsform, die für aktive Mitgliederbeteiligung und organisierte Gruppenselbsthilfe steht und damit gleichzeitig ein Ort bürgerschaftlichen Engagements«, erläutert die Autorin Mareike Alscher in ihrer Einleitung. Dennoch bleiben in den öffentlichen Debatten um zivilgesellschaftliche Engagementformen die potentiellen Zusammenhänge zur genossenschaftlichen Organisationsform weitgehend ausgeblendet. Hierdurch werden, so ihre Schlussfolgerung, »Chancen vertan, den innovativen Potentialen und auch praktischen Erfahrungen alteinhergebrachter sowie neuer Zusammenspielmöglichkeiten zwischen der Rechtsform der Genossenschaft und dem Engagement die nötige Aufmerksamkeit zu bieten.«

Unterschiedliche Engagementformen

Im Verlauf ihrer Untersuchung unterscheidet Alscher verschiedene Formen des Engagements: organisationsbezogenes, institutionell-individuelles sowie zivilgesellschaftliches. Beim organisationsbezogenem Engagement geht es um Genossenschaftsgründungen als Ganzes, indem sie sich durch die damit verbundene Selbsthilfe, durch die moralökonomischen Elemente sowie Elemente der Sozialfürsorge von anderen Unternehmensgründungen stark unterscheiden. Das institutionell-individuelle Engagement stellt das interne ehrenamtliche Einbringen von Arbeit durch die Mitglieder der Genossenschaft in den Vordergrund. Da dies bisher sehr wenig erforscht wurde, konzentriert sich Alscher darauf in ihren Interviews mit sechs neu gegründeten Genossenschaften. Das Ergebnis: die Aufbauarbeit erfordert sehr viel unbezahlte Arbeit und ist Teil der genossenschaftlichen Gründungskultur. Dies wird von der Autorin differenziert und ausführlich herausgearbeitet.

Die Bewertung der gesamten Veröffentlichung ist zwiespältig. Die Alscher arbeitet einige der nur spärlich vorhandenen, relevanten Aufsätze zum Thema Engagement im Genossenschaftssektor nicht ein. Das traditionelle Selbstverständnis im Genossenschaftssektor, nach dem bestimmte Ämter wie Aufsichtsratsarbeit oder Vertreterfunktionen ehrenamtlich ausgeübt werden, bleibt unzureichend aufbereitet. Auch werden wichtige Engagementformen etablierter Genossenschaften wie Quartiersentwicklung bei den Wohnungsbaugenossenschaften und Spenden und Unterstützung von sozialen und kulturellen Projekten besonders von Volks- und Raiffeisenbanken zu wenig gewürdigt. Größtes Manko stellt allerdings die fehlende begriffliche Schärfe der Ausarbeitung dar.

Pilotstudie mit Vorbildcharakter

Positiv muss hervorgehoben werden: Mareike Alschers Studie übernimmt eindeutig eine Pionierfunktion bei dem bisher vernachlässigtem wichtigen Genossenschaftsthema »Engagement«. Auch die Vorgehensweise – eine Literaturaufarbeitung, in diesem Fall stärker der Engagementliteratur, Entwicklung einer ersten Typologie, Durchführung einer Pilotstudie dazu mit sechs Fallbeispielen und deren Auswertung – ist vorbildlich. Die zuvor dargestellten Befragungsergebnisse der Genossenschaftsverbände über Genossenschaftsneugründungen der letzten sechs Jahre stellt eine Informationsbereicherung dar, die eigentlich zum Standard der etablierten Genossenschaftsinstitute gehören sollte. Insofern: Nur solche engagierten Autorinnen tragen dazu bei, die Engagementform Genossenschaft voranzubringen.●

Alscher, Mareike: Genossenschaften und Engagement. Ein erfolgreiches Zusammenspiel zweier Konzepte, Saarbrücken 2008 (VDM Verlag), 59 EUR

Widerspruch – Alternative Ökonomien

Der Schwerpunkt des Heftes befasst sich mit der Frage, welche Alternativen es gibt zur kapitalistischen, auf Konkurrenz und Profit basierenden Wirtschaftsform, die nicht in der Lage ist, die beiden großen Zukunftsfragen sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit in einer globalen Welt zu lösen.

Die Redaktion des *Widerspruch* macht drei wirtschaftliche Gegenentwürfe ausfindig, die weltweit diskutiert werden: den als »Wohlfahrtsökonomie« bezeichneten Ansatz einer Wirtschaft auf Basis der freien Entfaltung der individuellen Fähigkeiten (anstelle eines ökonomischen Nutzenkalküls), die »Solidarische Ökonomie« der Selbstverwaltung (vor allem in Lateinamerika) und eine marxistische »sozialistische Ökonomie« vergesellschafteter Produktionsmittel und planwirtschaftlicher Kontrolle.

Nach einer einführenden Reflektion von Frieder Otto Wolf zur Frage der historischen und systematischen Voraussetzungen und Bedingungen einer Debatte über eine andere Wirtschaftsform zeichnet Alexander von Pechmann die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft von Smith, Ricardo und Marx bis zum heutigen neoklassischen Diskurs nach.

Neun namhafte Ökonomen, Soziologen, Politologen und Philosophen (das große »I« habe ich nicht vergessen, sondern die HerausgeberInnen haben leider wirklich nur Männer einbezogen) werden zu ihrer Einschätzung der Grundfesten der herrschenden Wirtschaftswissenschaften befragt: Sind der ausschließlich nutzenorientierte »homo oeconomicus«, das Privateigentum und der Markt Gegebenheiten, die lediglich modifiziert werden sollten, oder braucht ein alternativer Wirtschaftsansatz ganz andere, neu zu entwickelnde Begriffe, Institutionen und Prinzipien? Eine letzte Frage zielt auf die Einschätzung eines bedingungslosen Grundeinkommens ab.

Anschließend reflektiert Manuel Knoll die Arbeiten von Martha Nussbaum als Ansatz eines neuen ökonomischen Denkens, und Horst Müller stellt das Konzept der »Sozialwirtschaft« vor und die Möglichkeiten, wie die heutige Kapitalwirtschaft in eine solche transformiert werden könnte. Ein umfangreicher Teil mit Besprechungen einiger aktueller Bücher zum Thema schließt den Schwerpunkt ab.

Daneben gibt es eine Betrachtung der »Münchner Philosophie« aus Studierendensicht sowie einen Text zum Sonderthema »Willensfreiheit« und weitere Rezensionen.●

Elisabeth Voß

Widerspruch 47: Alternative Ökonomien, Münchner Zeitschrift für Philosophie, 27. Jahrgang 2008, 212 Seiten, 8 EUR

Neustart Schweiz

Mit erneuerbaren Energien und Sparmaßnahmen allein ist die 2000-Watt-Gesellschaft nicht zu realisieren. Der Bedarf nach Mobilität muss erheblich reduziert werden. Dazu macht der Zürcher Kultautor P.M. mit »Neustart Schweiz« einen schlüssigen Vorschlag. Er setzt dort an, wo das Zusammenleben mit anderen Menschen, die Gesellschaft an sich, beginnt: in der Nachbarschaft. Anstatt sie auf Treppenhausgespräche und ein gelegentliches Quartierfest zu beschränken, gibt er ihr eine soziale Struktur und eine wirtschaftliche Funktion. Mit dem Bestseller »bolo'bolo« von 1983 hat P.M. die Idee der lebendigen Nachbarschaft in einer ganzen Generation von Alternativen und Urbanisten populär gemacht. »Neustart Schweiz« ist gewissermaßen die politisch-wirtschaftliche Fortsetzung seiner 25 Jahre alten Vision, erweitert um die Erfahrungen mit konkreten Siedlungsprojekten und angepasst an die Forderungen dieser Zeit des Umbruchs.

Basis der Neuorganisation der Schweiz nach P.M. ist eine neue Kooperation von Stadt und Land: Landwirtschaftsbetriebe mit je rund 100 Hektar versorgen Nachbarschaften von etwa 500 Personen mit den nötigen Lebensmitteln. Die Landwirtschaftsbetriebe verfügen über eigene Verarbeitungskapazitäten und beliefern kleine Läden, die von den Nachbarschaften genossenschaftlich geführt werden. Die Nachbarschaften verfügen über ein Begegnungszentrum mit Großküche, Mediothek und anderen Dienstleistungen, die das Leben vereinfachen und je nach Wunsch auch luxuriöser machen. »Was man im Pantoffelbereich erledigen kann, spart Energie«, sagt P.M., der geistige Vater der europaweit beispielhaften Siedlung *Kraftwerk 1* in Zürich. Obwohl diese Siedlung mit 250 Bewohnerinnen und Bewohnern nur halb so groß ist wie eine ideale Nachbarschaft, ist das Interesse an Mitarbeit groß. Im Kraftwerk-eigenen Laden wollen jeweils mehr Leute – gratis – mithelfen, als nötig sind.

Die Idealgröße einer Nachbarschaft von 500 Personen ergibt sich einerseits aus Forschungen des Instituts für Agrarökonomie der ETH Zürich, die 500 als minimale Größe für eine dörfliche Ökonomie ermittelt hat. Andererseits hat die Kommunikationsforschung in Gruppen gezeigt, dass in kleineren Gruppen die Nebenwirkungen unvermeidlicher individueller Konflikte mehr Gewicht haben als in größeren Gruppen, die über vereinsähnliche Strukturen verfügen.

Das Leben in solchen Nachbarschaften wird einfacher, lebendiger und auch luxuriöser, was das Bedürfnis, für Einkauf, Vergnügen und Erholung an andere Orte zu fliehen erheblich reduziert. Die soziale Energie einer intelligenten Lebensweise vermindert auch den Energieverbrauch. *Kraftwerk 1* als vergleichsweise unvollkommene Nachbarschaft hat die 2000-Watt-Gesellschaft bereits verwirklicht.

Das nächsthöhere Organisationselement nach der Nachbarschaft ist gemäß »Neustart Schweiz« die Basisgemeinde mit zehn bis vierzig Nachbarschaften, also Quartiere und Kleinstädte mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern. Diese Basisgemeinde ist die grundlegende politische Arena, die Trägerschaft von Polizei, Bildung, öffentlichen Diensten und allen Bereichen, die nicht auf höherer Ebene geregelt werden, den sieben Regionen, die die Kantone ersetzen, und dem Territorium Schweiz.

Das Leben in einer solchen Schweiz braucht nicht nur wesentlich weniger Energie, sondern auch weniger Geld. Mit den Mitteln, die so gespart werden, soll die Schweiz nach dem Vorschlag von P.M. ihren Nutzen für die Welt erhöhen, durch humanitäre Dienste zum Beispiel oder durch die Verbilligung von lebenswichtigen Medikamenten für die Länder der Dritten Welt. »Neustart Schweiz« kann man als Utopie abtun. Aber einerseits kommt der Begriff im knapp hundertseitigen Büchlein kein einziges Mal vor. Und andererseits hat P.M. als Schriftsteller konkrete Langzeitwirkung. Die Siedlung *Kraftwerk 1* ist ein Beispiel dafür.

Der Umbau der Schweiz kostet nach Schätzungen des Autors mit aufgerundet 100 Milliarden nicht viel mehr als die vorläufige Rettung der UBS. Zudem bleibt das Geld in der Schweiz und zirkuliert in der realen Wirtschaft. 70 Milliarden kostet der Umbau der 14.000 Nachbarschaften, 30 Milliarden der Bau der Zentren der 500 Basisgemeinden. Ein Teil der Gelder fließen bereits heute als Investitionen oder Subventionen und müssten nur umgeleitet werden. Im Vergleich zu den Sanierungskosten der Finanzbranche erscheint die ökologisch-soziale Sanierung der Schweiz geradezu günstig. »Neustart Schweiz« ist nicht als Antwort auf die Finanzkrise gedacht, aber es könnte eine sein.●

dipo

P.M.: Neustart Schweiz – So geht es weiter. Edition Zeitpunkt, November 2008. 96 Seiten, 18,70 sFr. ISBN: 978-3-033-01779-5 erhältlich im Buchhandel oder unter www.zeitpunkt.ch/neustart-schweiz.html

Ferien im Führerbunker

Die Mädchen tragen lange Röcke, die Jungen meist die »Kluft« genannte Uniform – in entlegenen Gehöften, Jugendherbergen oder Waldhütten erzieht die rechtsextreme Szene ihren Nachwuchs nach »soldatischen Tugenden« und vermittelt ihr rassistisch-nationalistisches Weltbild. Den Vermietern ist, falls sie nicht selbst aus der Szene stammen, oft nicht bekannt, wem sie da ihre Räume überlassen und nicht jeder traut sich, der »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) wieder zu kündigen, wenn es herauskommt. Ein straff organisiertes Lagerleben mit Morgenappell und körperlichen Ertüchtigungen, sowie theoretische Unterweisungen sollen den rechten Nachwuchs bei den regelmäßig stattfindenden Zeltlagern auf den »richtigen Pfad« bringen.

Die freie Journalistin Andrea Röpke zeigt in ihrem Buch »Ferien im Führerbunker« die Strukturen und personellen Verflechtungen der HDJ zur NDP sowie zu ihrer verbotenen Vorgänger-Organisation, der Wiking-Jugend, auf. Der jetzt in Neuauflage erschienen Broschüre ist zusätzlich eine DVD beigefügt, die einen schnellen Einblick ins Thema ermöglichst. Die Broschüre ist aufgrund ihrer Informationsflut für Menschen, die sich zum ersten Mal mit dieser Thematik beschäftigen, fast ein wenig erschlagend. Trotz alledem leistet das Buch wichtige Aufklärungsarbeit zu einem Thema, dass meist nur im verborgenen stattfindet.

Autorin Andrea Röpke wurde bereits mehrfach mit Preisen für ihre verdeckten Recherchen in der rechten Szene ausgezeichnet. Ein weiterer wird am 25. April 2009 hinzukommen, wenn ihr in Zeitz der Lutherpreis »Das unerschrockene Wort« verliehen wird. Die Broschüre »Ferien im Führerbunker« ist im Internet unter www.arug.de zu beziehen.●

(uc)

Perspektive ländlicher Raum

In diesem Band gilt das Interesse einem fast tot geglaubten Lebensumfeld: dem ländlichen Raum und seinen BewohnerInnen. Neue Arbeits- und Lebensformen bieten heute dort einer allmählich größer werdenden Zahl von Menschen berufliche und persönliche Perspektiven. *Leben auf dem Land* bezeichnet ein lebendiges soziokulturelles Handlungsfeld und ist in vielerlei Hinsicht damit ein interessanter Fokus für die Forschung, in dem sich manche der gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturveränderungen zeitlich und räumlich verdichten.

Angehende Europäische EthnologInnen der Humboldt-Universität Berlin haben sich deshalb im Rahmen eines Studienprojektes forschend unter dem Thema: »Nachhaltigkeit als Lebensform« dem 300 EinwohnerInnen zählenden Ort Wallmow und seinem Umfeld in der brandenburgischen Uckermark zugewandt und dort die bestehenden kulturellen und sozialen Netzwerke untersucht. Wallmow steht gegen den Trend der Entleerung ländlicher Räume und für neuartige Formen ländlichen Zusammenlebens: Zuzug bestimmt die Bevölkerungsstruktur, Eigen- und Subsistenzarbeit jenseits der Erwerbsarbeit erlangen neue Bedeutung, eine Freie Schule ohne Schülermangel probiert selbständige Wege. Die Uckermark war in den 1980er Jahren am Wochenende die »Aussteiger-Region« für die DDR-Staatsklasse, vor allem aus Berlin – nun gibt es neue EinwohnerInnen, die sich fest niederlassen. Als offene Frage bleibt: Wie können solche Potenziale genutzt werden, um in Brandenburg jenseits einer Politik mit »Speckgürtel«-Perspektive die Entwicklung von Lebensqualität und Wertschöpfung in den Regionen anzustoßen und weiterzubringen?

Nach dem Vorwort von Herausgeberin Leonore Scholze-Irrlitz widmet sich Martina Rudolph »neuen Lebensformen auf dem Land«, Anja Decker untersucht Eigenarbeit und Andreas Boyke und Mike Schmidt schreiben über »Grundschulen in Aktion«. Stefan Dietrich berichtet am Beispiel von »Land in Sicht e.V.« über ein bundesweit ausgezeichnetes Modell vorbildhafter Gemeindepsychiatrie. Vanessa Pertsch schreibt zum Handwerk im dörflichen Wandel, Paul Buerschaper sehr kritisch zum mittlerweile auch schon historischen Programm der Dorferneuerung »von unten«.

Durch die Feldforschung vor Ort werden konkrete Informationen über die peripheren ländlichen Regionen gewonnen, die man sonst so nicht lesen kann.●

Bernd Hüttner

Berliner Blätter: Ethnographische und ethnologische Beiträge. Heft 45, Münster, LIT Verlag, 200 Seiten, 19,80 EUR (www.berliner-blaetter.de)

Der Rhythmus der Freiheit

Mikis Theodorakis ist der zeitgenössische griechische National-Komponist. Aber Theodorakis ist, wie es dieses mit Fotos versehene Buch eindrucksvoll vor Augen führt, mehr. Er ist ein Mythos. Der junge Musiker engagierte sich gegen den Faschismus und die damalige griechische Militärjunta, wurde drei mal inhaftiert und gefoltert und kämpfte dennoch unbeirrt weiter, auch im Exil. Geschichtsträchtig ist sein Zusammentreffen mit dem chilenischen Nobelpreisträger Pablo Neruda, dessen Canto General er eindrucksvoll vertonte. Neruda starb bald nach dem faschistischen Militärputsch in Chile, Theodorakis erlebte den Zusammenbruch der Militärjunta. Als zur Feier des Sieges über dieses autoritäre System sein Canto General in Athen aufgeführt wurde, wogten die Emotionen von tausenden Zuhörern spürbar über den Platz.

Das Buch zeigt einen mutigen, lange in der Politik tätigen Menschen, dessen Leben zwischen den Polen des Idealistischen und des Wirklichen, zwischen der alltäglichen Mühsal und großen Visionen hin und her pendelte. Frustrationen, bedingt durch den Sumpf der politischen Praxis, führten sodann zum Rückzug des alten Theodorakis aus der politischen Arena. Seinen kritischen, unbequemen Kampfgeist hat er sich aber bis heute bewahrt.

Der Autor recherchierte fünf Jahre für sein Buch, interviewte Freunde und Bekannte des Komponisten und sprach lange mit ihm in seinem Haus in Griechenland. Das Ergebnis ist ein eindrucksvoller Bericht über ein engagiertes Leben, wie es nur wenige Menschen aufweisen können.●

Roman Schweidlenka

Hansgeorg Hermann: Mikis Theodorakis. Der Rhythmus der Freiheit. Autorisierte Biographie. neues leben Verlag, 2008. ISBN 978-3-355-01740-4 , 19,90 EUR

Praxiswissen Öffentlichkeitsarbeit

Norbert Franck ist Profi in jeder Hinsicht. Der heute 58-jährige Journalist war Pressesprecher bei den Grünen, hat lange Jahre das Parteimagazin *»schrägstrich«* betreut und ist heute Pressesprecher des *BUND*. Aber Franck ist auch Pädagoge und seit vielen Jahren erfolgreicher Fachbuchautor. Sein Leitfaden »Schreiben wie ein Profi« ist seit mehr als 15 Jahren in immer neuen Auflagen (zuletzt 2004) erschienen und hat so manchem Unerfahrenen geholfen, sich in Artikeln oder Pressemitteilungen schriftlich besser auszudrücken. Und das liegt nicht zuletzt an Francks flüssigem und immer auch für Laien gut verständlichen Stil.

Somit ist die Vorstellung seines aktuellen Buches fast ein Selbstläufer. Ein »Leitfaden für Verbände, Vereine und Institutionen« soll es sein. Wer mag, kann das »Praxiswissen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit« als gelungene Ergänzung von »Schreiben wie ein Profi« begreifen. Denn zu einer wirksamen Medienpräsenz gehören eben nicht nur treffsichere Formulierungen, sondern erst recht eine erfolgreiche Organisation der Verbreitung. Für diejenigen, die das Standardwerk übers Schreiben nicht kennen, enthält die hier besprochene Broschüre aber ein paar grundlegende Tipps für Wortwahl, Ausdrucksform und Interpunktion.

Darüber hinaus informiert Franck aber auch detailliert über Möglichkeiten, einen guten Verteiler aufzubauen, und erläutert Vorbereitung und Gestaltung von Pressekonferenzen. Er gibt Tipps für die Kontaktpflege zu Journalisten und übt mit dem Leser, wie dieser sich verhalten sollte, wenn er von den Medien interviewt wird. Aber nicht nur Pressemitteilungen und Verbandspostillen, sondern auch moderne Kommunikationsformen wie Mailinglisten oder Webpräsenzen werden besprochen. Selbst von vielen Verbrauchern als belästigend empfundene Maßnahmen wie so genannte Direktwerbung bleibt nicht unerwähnt.

Wer heute als Individuum oder als Teil einer BürgerInnen-Initiative versucht, ein politisches Anliegen in eine breitere Öffentlichkeit zu vermitteln, kann das mit Hilfe dieses Buches optimieren. Klar, viele Tipps von Franck beispielsweise im Umgang mit den Medien gehen aus von »reiner Lehre«, wie eine unabhängige und überparteiliche Presse strukturiert sein und funktionieren sollte. Das muss dann nicht unbedingt anwendbar sein für den – leider immer häufigeren – Kontakt zum unausgebildeten freien Mitarbeiter der Regionalzeitung, der zudem vielleicht unter Verlagsdruck steht, diese Investoren oder jene Lokalpotentaten nicht vergraulen zu dürfen. Qualität der eigenen Pressearbeit kann sich eben nur auszahlen, wenn auch die Presse (noch) Qualität hat – dann aber ist dieses Buch mehr als wertvoll.●

Burkhard Ilschner

Norbert Franck: Praxiswissen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008; Paperback, ca. 250 Seiten; 19,90 EUR.

Diese Rezension wurde der Ausgabe 4/2008 der WATERKANT. Umwelt, Mensch und Arbeit in der Nordseeregion entnommen. Bis Ende 2008 war WATERKANT offizielles Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee (AKN) in Bremen; nach dem Ausstieg der AKN (aus finanziellen Gründen) versuchen einige langjährige MacherInnen und UnterstützerInnen, nun die Zeitschrift auf eigene Beine zu stellen. Nähere Informationen über das Projekt und die Möglichkeiten auf der website www.waterkant.info.

Zwischen Gottestaat und Demokratie

Dieses Buch bezieht sich vor allem auf Österreich, hat aber wegen seiner allgemeinen Thesen und seinem gegebenen Überblick über islamische Strömungen, die weltweit auftreten, Relevanz für den gesamten deutschen Sprachraum. Das erkennbare Hauptanliegen der zahlreichen, meist akademisch ausgebildeten Autoren, die oft einen muslimischen Migrationshintergrund haben, ist es, mit Klischees und Vereinfachungen aufzuräumen; was so manchem sicherlich weh tun kann. Das stereotype Bild des nur guten oder nur schlechten Ausländers bzw. Moslems wird aufgebrochen, dahinter wird eine Vielfalt an bunten Trends in den islamischen Gemeinschaften deutlich, die den Laien überrascht. So wird das Thema rund um die Verträglichkeit des Islams mit der modernen Demokratie und den Menschenrechten in den moslimischen Vereinigungen meist intensiver geführt als in der restlichen Gesellschaft. Viele Muslime setzen sich sehr kritisch mit den autoritären Strömungen in ihrer Religion auseinander. Ziel des Buches ist die Versachlichung und Präzisierung der öffentlichen Debatte, die mit oft scharfer kritischer Analyse durchgeführt wird. So erhält der Leser einen Einblick in ein breites Spektrum, das von parlamentarisch-legalistisch agierenden Gruppen bis zu solchen mit dschihadistischem Hintergrund reicht. Vertreter einer islamisierten Demokratie werden ebenso anschaulich dargestellt wie jene eines Kalifats.●

Roman Schweidlenka

Thomas Schmidinger, Dunja Larise (Hg): Zwischen Gottesstaat und Demokratie; Handbuch des politischen Islam, Deuticke Verlag, 2008

Versteckspieler

Während sich in anderen Bereichen zunehmend Menschen zu ihrer Homosexualität bekennen, ist dieses Thema im Profifußball bis heute ein Tabu. Aus Furcht vor den öffentlichen Reaktionen hat sich bis heute kein namhafter Spieler geoutet. Marcus Urban, ehemaliger Jugendnationalspieler und Nachwuchskicker bei Rot-Weiß Erfurt, bricht nun das Schweigen und hat dem Journalisten Ronny Blaschke für das Buch »Versteckspieler« seine Lebensgeschichte erzählt. Blaschke erzählt einfühlsam und ohne Effekthascherei von dem Zwiespalt des Fußballtalentes, zwischen der angestrebten Karriere und seinen heimlichen Gefühlen. Aufgelockert wird die Erzählung von thematischen Exkursionen, in den Blaschke über schwule-lesbische Mannschaften und Fanclubs oder Homosexualität im Frauenfußball berichtet.●

(uc)

PROJEKTE

Kommune-Projekt auf dem Land sucht MitkommunardInnen, die Lust auf Kommune, Landleben und linke/linksradikale Politik haben. Wir leben auf einem schon teilweise ausgebauten Resthof ca. 35 km nördlich von Bremen und wollen mehr werden. Interessiert? Dann meldet euch doch einfach mal!
☎(0 42 96) 74 82 25
kommune-p-u@gmx.de
Ein paar mehr Infos über uns findet ihr unter:
www.kommuja.de/wiki/index.php/Kommune-Projekt_Uthlede

Hausprojekt sucht MitbewohnerInnen!
Wir wohnen am Rand von Potsdam mit 7 Erwachsenen und 5 Kindern in Haus und Wägen mit Platz drumrum.
Kontakt per E-Mail:
kunstundhandwerk@web.de

Linkes Hofprojekt im Münsterland sucht MitbewohnerInnen für Wagen oder Zimmer.
Mehr Infos unter laerifari@yahoo.de
☎(0 25 54) 64 04 (AB)
oder www.laerifari.de.ms

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb! Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax (**06 21) 30 38 13, E-Mail:** nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Selbstorganisation im Alltag: 12435 Berlin**, Patrick Neuhaus, Krüllstr. 5, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

IM E-MAIL-POSTFACH

Betr.: CONTRASTE Nr. 292
Peer Economy von unten

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich sehe mich als Teil der Bewegung, die vom Tauschen und Handeln loskommen will; ich arbeite in einem Umsonstladen mit. Aber in der gegenwärtigen euphorischen Diskussion scheinen mir doch die gesellschaftlichen Kontexte zu wenig berücksichtigt und das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt zu werden.

Wenn das täglich Brot der Freeware-Produzenten gefährdet ist, kommt selbst *die LINKE* mit einem Sofortprogramm zur Rettung des Kapitalismus heraus. Im angeblichen Sozialismus gab es schon das freie täglich Brot und die freie Wohnung. Auch das Geld spielte im gesellschaftlichen Umgang nur eine untergeordnete Rolle. Aufgrund dieser Commons musste sich dort niemand mehr täglich so darum sorgen wie die Menschen im Kapitalismus. Aber nach außen wurde noch der Kapitalismus praktiziert: Man wollte mit ihm in einen Wettbewerb treten. Man wollte mit ihm Handel treiben. Man wollte nicht vom Geld lassen und setzte es sogar falsch ein. Ein Bedürfnis der Menschen war es nicht, im Weltall herumzufliegen und hochgerüstet zu sein; dieses Geld hätte sinnvoller so eingesetzt werden können, dass man nicht mehr auf den Handel mit dem Kapitalismus angewiesen gewesen wäre.

Auch der Freeware-Produzent ist nicht ganz im Besitz seiner Produktionsmittel. Die Beratung(sliteratur) soll ganz schön kostspielig sein, hört man. Die Stromzufuhr und der Internetzugang sind im Privatbesitz. Am letzten lässt sich übrigens deutlich machen, wie die Selbstversorgung eines kleinen Kreises (durch ein kleines Netzwerk) vom Kapitalismus kopiert und ausgeschlachtet wird, wenn sich damit in größerem und differenzierteren Maßstab Profit machen lässt. Wer verhindert, dass aus einem Johann Philipp Reis ein Alexander G. Bell wird?

Gemeinsam werden auf der unteren Ebene (Dorf, Sippe, Freundeskreis) schon immer Dinge gemeinsam genutzt. Die Kunst besteht darin, das wieder gesellschaftsrelevant werden zu lassen: Wie lange kann ein Dorf überleben, wenn um es herum der Kapitalismus implodiert?

Mit dem Übergang vom Tauschen zum Teilen wird die Systemfrage gestellt. Das wird der Kapitalismus, wenn es gesellschaftsrelevant wird, nicht so geräuschlos und geschmeidig hinnehmen, wie die Freeware-Produzenten uns glauben machen wollen.

Die Notwendigkeit, den Kapitalismus möglichst schnell hinter uns zu lassen, steht außer Frage. Ich halte es jedoch für wenig aussichtsreich, eine Gesellschaft von oben her, d.h. sowohl intellektuell wie von Privilegierten (z.B. Internet-Nutzern), zu verändern. Menschen müssen bei sich selbst, bei ihren unmittelbaren Bedürfnissen anfangen können: Welche Fähigkeiten habe ich, diese zu befriedigen? Mit wem kann ich mich dazu zusammentun? Sie werden zunächst für die, die sich da zusammentun, produzieren wollen: für ihre Sippe, für ihr Dorf. Im Extremfall kann dieses Dorf auch über die ganze Erde verteilt sein; aber in der Regel wird mensch nur gerne für die etwas produzieren, die er täglich sieht oder zumindest persönlich gut kennt. Denn Freude und Freiheit sollen ja das Neue sein in der Produktionsweise. Dazu eignet sich am besten ein Bedingungsloses Grundeinkommen von 1.500 EUR netto monatlich für jedeN in Deutschland; in anderen Ländern sind andere Beträge nötig. Sie sind jedenfalls bezahlbar und erübrigen sich im Laufe der Zeit, wenn Menschen (besonders im Norden) wieder gelernt haben, sich auch gesellschaftlich aus eigenen Kräften, d.h. durch Selbstversorgen und Teilen, zu reproduzieren. **KT**

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

LOS GEHT'S 2009

Jetzt noch wichtiger!
... wer den Krisen etwas entgegensetzen will, muss anfangen, sich zu bewegen. Menschen aus Kommunen treffen Menschen, die auf der Suche nach Gemeinschaft sind. Gründungsinitiativen und bestehende Gruppen stellen sich vor, neue Gründungsinitiativen entstehen. Pfingsten 2009 (**29.5. bis 2.6.2009**) findet das siebte »Los Geht's« statt. Veranstaltet und getragen vom Netzwerk der politischen Kommunen. Der Veranstaltungsort ist in der Nähe von Kassel Staufenberg-Escherode, gASTWERKe e.V..
Information & Anmeldung:
www.losgehts2009.de

BASEL

Selbstverwaltungskongress
Die kollektiv selbstverwaltete Genossenschaftsbeiz Hirscheneck in Basel organisiert zu ihrem 30jährigen Jubiläum einen Kongress.
Dort möchten wir der Frage nachgehen, ob denn in selbstverwalteten Betrieben noch emanzipatorisches Potential steckt? Hat die »Selbstverwaltung« den politischen Anspruch eine bessere, menschlichere Welt möglich zu machen oder gar vorwegzunehmen? Und was können wir bei unserer Arbeit im Kollektiv lernen, für den zwischenmenschlichen Umgang, der auf Gleichwertigkeit und Respekt beruht?
Gemeinsam werden wir diese zwei Tage während sowie auch abseits des geplanten Programmes mit Leben füllen. Es warten einige sehr interessante Denkanstöße, viele hitzige Diskussionen, spannende Gespräche und informative Vorträge auf alle Teilnehmenden.
ReferentInnen: Gabriel Kuhn, Autor von »Jenseits von Staat und Individuum«; Werner Portmann, Autor von »Die wilden Schafe«; PM, Autor von »bolo'bolo« und »subcoma«; Arndt Neumann, Autor von »kleine geile Firmen«; und weitere.
Termin: 4.-5. April 2009
Mehr Infos:
www.selbstverwaltung.hirscheneck.ch

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 3.-5.4.2009
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

ANARCHISMUS

Anarchismus im 21. Jahrhundert
Geschichtlich hat der Anarchismus seit seiner Entwicklung ab dem 18. Jahrhundert regional eine zentrale Rolle gespielt. Bei der Märzrevolution in Deutschland und der Pariser Kommune des 19. Jahrhunderts spielten anarchistische Ideen mit, in Bayern, Mexico, Spanien und der Ukraine gelang es im 20. Jahrhundert, kurze Phasen anarchistischer Organisierung in der Gesellschaft zu etablieren. Der Anarchismus brachte eine erhebliche Menge theoretischer Arbeiten, neuer Strömungen und breit rezipierter Aktionen hervor. Dazu hat der Anarchismus wichtige Impulse für Kunst und Kultur gegeben.
Welche Rolle spielt der Anarchismus heute? Thematisiert er bestehende Herrschaftsverhältnisse, bietet er Analysen und Lösungen dafür an? Welche neuen Ansätze bietet er und wie verarbeitet er die neuen Impulse und Erkenntnisse der Forschung? Beziehen sich ProtagonistInnen zeitgenössischer wissenschaftlicher Diskurse und lokale Bewegungen auf den Anarchismus oder ist er nur eine marginalisierte Szene ohne jeden Rückhalt? Welche Struktur hat die anarchistische Szene zur Zeit global, welche Angebote macht sie und wird sie in absehbarer Zeit wieder zur Bewegung werden? Welchen Weg kann der Anarchismus im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts gehen und wo wird er möglicherweise ansetzen? Diese Fragen und viele, die sie berühren, werden auf dem anarchistischen Kongress erörtert.
Die Geschichte des Anarchismus hat eine Fülle unterschiedlicher Strukturen hervorgebracht, darunter unterschiedliche Interpretationen des anarchistischen Modells der Föderation, die Organisation in Gewerkschaften und Parteien bis hin zur konsequenten Organisierung in temporären autonomen Zonen, kleinen Projekten und autonomen Affinity-Groups. Welche Form bietet welche Vorteile und ist mit welchen Risiken verbunden? Wie kann sich die anarchistische Philosophie dauerhaft in den gesamtgesellschaftlichen Diskursen etablieren? Zusätzlich bietet der Kongress die Möglichkeit, die Erfahrungen und Arbeitsweisen einzelner anarchistischer Zusammenhänge, Projekte, Gruppen und Föderationen kennenzulernen, sich darüber auszutauschen und Verbindungen zu knüpfen.
Der anarchistische Kongress findet vom **10.-13. April 2009**, zu Ostern, in Berlin statt. Räume und Schlafplätze werden organisiert und die genauen Orte kurzfristig bekanntgegeben. Bitte Isomatte, Schlafsack und Hygieneartikel mitbringen. Neben vorbereiteten Beiträgen und Workshops wird parallel ein Open Space durchgeführt.
Nach dem Kongress wird ein Reader herausgegeben, wir bitten um Erarbeitung und Zusendung von Abstracts und Protokollen der Workshops.
Der Fortschritt kann im frei bearbeitbaren Wiki unter www.akongress.org verfolgt werden. Für Anmeldungen bitte an Akongress09@gmx.de mailen.

FRAUEN/LESBEN

Autonom-Feministisches FrauenLesbenTreffen
Zum ersten Mal findet in Österreich ein europaweites FrauenLesbenTreffen statt bei dem Feministinnen aus verschiedenen Ländern zusammenkommen, um sich über Theorie und Praxis in der autonomen Frauen- und Lesbenbewegung auszutauschen.
Anknüpfend an das europaweite FrauenLesbenTreffen in Freiburg (Deutschland) im vergangenen Jahr organisiert eine Gruppe von Feministinnen in Wien ein nächstes Treffen für Ostern 2009. »Wir wollen feministische FrauenLesben aus verschiedenen Ländern kennenlernen, die sich in unterschiedlichen Kämpfen gegen Sexismus, Rassismus, Homophobie, Kapitalismus, Faschismus, Patriarchat bewegen. Wir wollen uns zu radikal-feministischer Theorie und Praxis austauschen und gemeinsam Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten diskutieren. Zusätzlich wollen wir in Workshops unsere praktischen Fähigkeiten erweitern und Aktionen vor Ort setzen.«
Bei diesem sechstägigen Treffen wird es neben Arbeitskreisen zu verschiedensten Themen – wie z.B. Frauenbewegungsgeschichte, Feministische Gegenöffentlichkeit, Alternative Beziehungsformen, Leben und Alter, Abtreibung, Pornographie, Radikalfeminismus versus Queerfeminismus, Antirassismus, Prekariat und Ökonomie, Krieg und Militarisierung – auch praktische Workshops geben und außerdem Filmscreenings und Ausstellungen.
Für die gesamte »D.I.Y«-Veranstaltung gilt, sie ist selbstorganisiert, basisdemokratisch, partizipativ und setzt auf die aktive Beteiligung aller Teilnehmerinnen. Hauptveranstaltungsort ist dabei das »FZ-autonom-feministisches FrauenLesbenMädchenZentrum« in Wien, ein seit 1980 bestehendes Zentrum in Selbstverwaltung von und für Frauen, Lesben und Mädchen.
Aufgrund der bisherigen Reaktionen werden derzeit etwa 200 bis 500 Teilnehmerinnen erwartet. Darunter auch viele aus Ost- und Südosteuropa und der Türkei.
Das FrauenLesbenTreffen möchte »an feministische Kämpfe, Erfahrungen, Analysen, Träume und Visionen anknüpfen. Wir wollen über gesellschaftliche Verhältnisse nachdenken und Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse ins Wanken bringen.« Frauen, die einen Workshop, Austausch oder eine Diskussion machen wollen, werden gebeten, ihre konkreten Vorschläge sobald als möglich zu schicken. Genereller Anmeldeschluss für die Teilnahme am Treffen ist der 28. Februar 2009.
Termin: 9.-14.4.2009, Wien
Infos & Kontakt:
feministeurope@wolfsmutter.com
http://feministgathering.
wolfsmutter.com

KONGRESSVORSCHAU

Vierter McPlanet.com Kongress
Gegenwärtig erleben wir die wahrscheinlich heftigste Krise der Globalisierung: Die Weltwirtschaft ist massiv im Umbruch. Die globalen Finanzmärkte sind ins Wanken geraten, eine weltweite Rezession droht. Zugleich verschieben sich die weltwirtschaftlichen Gewichte: China und Indien haben das westliche Wirtschafts- und Konsummodell übernommen, rasches Wachstum paart sich dort mit krasser sozialer Ungleichheit und bedrückender Umweltzerstörung. Derweil geht in Europa und den USA die Angst um vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und Absatzchancen an die neuen Konkurrenten, ökologische Standards geraten zunehmend aus dem Blickfeld.
Durch den Nachfrageschub aus Asien, Spekulation und ein falsches Wirtschaftsmodell schießen die Preise für Nahrung, Öl und andere Rohstoffe in die Höhe. Das Ende des billigen Öls ist in Sicht, eine globale Energiekrise steht am Horizont. Wasser wird knapp, die Meere sind überfischt. Und parallel werden die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher spürbar.
All dies macht deutlich: »Business as usual« ist keine Option, und weit mehr als Kosmetik ist nötig, um die anstehenden Probleme zu bewältigen. Vom **24.-26. April 2009** wird in Berlin zum vierten Mal der McPlanet.com-Kongress stattfinden und echte Alternativen und Lösungen zu den Krisen der Globalisierung diskutieren. McPlanet.com stellt unbequeme Fragen, sucht Antworten und bringt in über 100 Veranstaltungen Aktive aus Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung, aus Politik, Kirche und Kultur, aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um über Globalisierung und Umwelt zu diskutieren und zu informieren.
Wieder werden namhafte ReferentInnen dazu beitragen. So haben beispielsweise der indische Ökonom Jagdish Bhagwati, Wirtschafts- und Politikprofessor an der Columbia University, der Schriftsteller Ilija Trojanow und Christiane Grefe, Journalistin (Die Zeit) und Mitautorin von »Der Globale Countdown« bereits zugesagt.
Termin: 24.-26. April 2009
Ort: Technische Universität Berlin
Mcplanet.com 2009 ist ein gemeinsamer Kongress von Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung und wird gemeinsam von Attac, dem BUND, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie veranstaltet.
Info: www.mcplanet.com

BUKO

Klima, Bildung und Finanzkrise
Der 32. BUKO-Kongress wird vom **21.-24. Mai 2009** in Lüneburg stattfinden. Veranstalter und Kooperationspartner ist der Asta der Universität. Mit den Schwerpunkten zu Bildung und Klima nimmt sich der Kongress zweier Themen an, denen gerade in Lüneburg eine besondere Bedeutung zukommt. Einerseits ist die Stadt vielen als ein widerständiger Ort bekannt, der sich kreativ gegen die Atommüll-Transporte ins nahe Wendland wehrt und damit gegen eine Energieform, die aktuell unter dem (vermeintlichen) Label des Klimaschutzes neuen Aufwind erfährt. Andererseits gelangte die Universität Lüneburg in den letzten Monaten mit einem umfassenden Reformmodell zu überregionaler Bekanntheit.
An der »Leuphana«-Universität wird ein Modell von Bildung forciert, das sich vor allem an den Bedürfnissen der Wirtschaft und des Marktes orientiert. Auch wenn Angela Merkel bei ihrer so genannten Bildungsreise an die »Leuphana« die Meinung kundtat: »Hier entsteht etwas Spannendes«, so sind nicht wenige Studierende und auch SchülerInnen mittlerweile vom Gegenteil überzeugt. Mit dem Kongress wollen wir ausloten, was Bildung international – jenseits von Kommerzialisierung und Marktkonformität – sein kann.
Im Schwerpunkt »Klima« wird es, neben Fragen der Energiepolitik, um die weltweiten Unterschiede in der Verursachung und Betroffenheit des Klimawandels gehen. Im Zentrum stehen Fragen nach einer emanzipativen klimapolitischen Praxis.
Als dritter thematischer Fokus sind Workshops zu den globalen Auswirkungen der Finanzkrise in Planung.
Kontakt: mail@buko.info
www.buko.info

SEMINAR

Soziale Ökologie
Internationalistische Perspektiven auf den Klimawandel
Seminar des BUKO (Bundeskoordination Internationalismus)
Seit Frühjahr 2008 gibt es innerhalb der Bundeskoordination Internationalismus den Arbeitsschwerpunkt soziale Ökologie (ASSÖ), der im Rahmen dieses Seminars internationalistische Perspektiven auf den Klimawandel diskutieren und entwickeln möchte.
Im Sommer 2008 fand auch in Deutschland ein erstes Klimacamp statt, überall wird diskutiert, publiziert, blockiert. Das zeigt: Das Interesse am Thema Klimawandel bzw. allgemeiner an ökologischen Themen ist auf einmal auch in der Linken (wieder) groß. Doch zugleich zeigt sich auch, dass noch eine Menge Diskussionsbedarf bleibt. Denn auch wenn über die große Richtung einer linken Perspektive Klarheit herrscht, so bleiben doch bisher viele Fragen offen: Was unterscheidet eine linke Position zum Klimawandel von den Ansätzen der Regierungen, der Umweltverbände? Welche Rolle spielen in unseren Diskussionen die Bedürfnisse der Menschen, welche die »Natur«? Wie gehen wir mit den Fakten um, die uns die Naturwissenschaften zum Klimawandel liefern? Und wie mit dem herrschenden Klima-Diskurs als Legitimations- und Befriedungsstrategie? Zugleich soll das Seminar auch Raum geben, die diskutierten Fragen durch die Möglichkeit zur Planung und Vernetzung in die Praxis mitzunehmen – sei es bei Diskussionen über mögliche Interventionen von links beim Klimagipfel in Kopenhagen 2009 oder bei den Vorbereitungen für den nächsten Buko-Kongress (s.oben).
Termin: 18.-19.4.2009
Ort:
Paradox, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen
Seminar der BUKO in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Anmeldung: mail@buko.info

JUNGE LINKE

Hirnforschung als Herrschaftsmythos
Eine der populärsten Thesen der modernen Hirnforschung entlarvt die menschliche Willensfreiheit als bloße Illusion. Dort, wo man zugleich sehr stolz auf freiheitlich demokratische Verfassungen ist, werden hohe Summen für Forschungsvorhaben aufgebracht, welche den Menschen in seine naturkausal determinierten Schranken weisen sollen. Die bürgerliche Freiheit erweist sich so als kompatibel mit dem Glauben an die Unfreiheit des Denkens.
Das ist dann kein Widerspruch, wenn mensch sich vor Augen führt, dass die herrschenden Bedingungen tatsächlich Zweifel daran aufkommen lassen, ob Freiheit in ihnen wirklich sei oder wenn mensch an die stabilisierende Funktion einer Ideologie denkt, die gesellschaftliche Veränderungen nicht als politisch motivierte, sondern nur als genetisch verursachte zu erklären zulässt.
Auf diesem Tagesseminar soll der ideologiekritische Zusammenhang hergestellt werden zwischen dem doppelt freien Lohnarbeiter als Konstitutionsbedingung des Kapitalverhältnisses und dem Limbischen System, in welchem der Willensimpuls mit einer halben Sekunde Verspätung auf die getroffene Entscheidung folgt. Hierbei soll deutlich werden, was Freiheit in der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet und wie aus objektiven Forschungsergebnissen Herrschaftsmythen resultieren können.
Termin: 25.4.2009, 11-16 Uhr
Bremen
Information & Anmeldung:
info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

WOHNEN

Studienfahrt zu Wohn- und Quartiersprojekten nach Hessen
Ziel der diesjährigen Studienreise sind unterschiedliche Wohn- und Quartiersprojekte in Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden und ggf. Kassel. Besonders interessieren uns die Wohnprojekte, die in Kooperation mit Wohnungsunternehmen umgesetzt wurden und wie diese in das Quartier ausstrahlen. Neugegründete Bau- und Wohnungsgenossenschaften stehen ebenso auf dem Programm wie die Frage nach Wohnmodellen für generationenübergreifendes Wohnen bzw. altershomogenes Wohnen. Insbesondere für Vertreter/innen von Kommunen dürfte die Vorstellung der »aktivsten Gemeinde Hessens« Antworten darauf geben, wie es gelingen kann, den demografischen Wandel mit den BürgerInnen zu gestalten. Zielgruppe sind PlanerInnen und Planer, Verantwortliche aus Politik und Verwaltung und Wohnungsbaugenossenschaften, InitiatorInnen von Wohnprojekten und sonstige Interessierte am gemeinschaftsorientierten Wohnen.
Anmeldeschluss: 10.04.2009/max. 25 TeilnehmerInnen
Termin: 21.-23.05.2009
Information & Anmeldung:
bsp@baysem.de, www.baysem.de

BERLIN

Anarchie und Spiritualität
In ihrem Erstlingswerk »Anarchie – selbstbestimmtes Leben als Therapieform« versucht Jo Peace Perspektiven zu erarbeiten, die fernab von politischen Kämpfen das Individuum in den Fokus rücken. Denn genau hier fängt Anarchie an: als Selbstbestimmung der einzelnen Person. Als Einstieg werden Teile aus dem Buch vorgelesen, in denen inhaltliche Aspekte der Anarchie mit denen der Spiritualität verknüpft werden. Noch immer scheuen sich viele Menschen davor, eine Existenz jenseits des Materiellen anzuerkennen. Dass sie damit einen jahrhunderte alten Dualismus aufrechterhalten und unbewusst das gedankliche Erbe dieser zerstörerischen Zivilisation fortführen, steht dabei ebenso zur Diskussion, wie die daraus resultierende Blockierung der eigenen Selbstbestimmung. Spiritualität hat in diesem Sinne nichts mit Tarotkarten oder Räucherstäbchen zu tun, sondern bezeichnet das wieder erlangte Bewusstsein der Menschen über ihre energetische Existenz, als Teil eines unendlichen Kosmos. Dass die Logik politischen Handelns mit der Mystik des universalen Eins-Seins in keinem Widerspruch steht, sondern ganz im Gegenteil fruchtbare Anknüpfpunkte bietet, ist ein Hauptanliegen des Buches.
Termin: 27.3.2009, 19 Uhr
Bibliothek der Freien, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, Berlin

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg